Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 8. Wahlperiode: 1971/75

(3.10.1973) 36. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
8. Wahlperiode

Plenarprotokoll
36. Sitzung
03. 10. 73

36. Sitzung

am Mittwoch, dem 3. Oktober 1973

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung . 1922

Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung . 1922

Sonstiger Eingang 1922

Fragestunde

1. **Sicherheitsvorkehrungen bei der Deponierung von Giftmüll**
   Anfrage der Abgeordneten Tepperwien, Dr. Franke und Fraktion der SPD vom 27. September 1973
   (Drucksache 8/614) 1922

2. **Vorlage eines Entwurfs eines Abfallbeseitigungsgesetzes**
   Anfrage der Abgeordneten Urban, Klein und Fraktion der CDU vom 27. September 1973
   (Drucksache 8/615) 1924

3. **Vernichtung bzw. Ablieferung von Giften, Säuren oder anderen gefährlichen Chemikalien**
   Anfrage der Abgeordneten Urban, Klein und Fraktion der CDU vom 27. September 1973
   (Drucksache 8/616) 1925

4. **Einrichtung einer Informationszentrale für den Bürger**
   Anfrage der Abgeordneten Hede Lütjen, Dr. Franke und Fraktion der SPD vom 27. September 1973
   (Drucksache 8/617) 1926

5. **Aktivitäten der verbotenen KPD**
   Anfrage der Abgeordneten Urban, Klein und Fraktion der CDU vom 27. September 1973
   (Drucksache 8/618) 1927

6. **Unterbringung von Klein- und Schulkindern in Tagespflegestellen**
   Anfrage der Abgeordneten Marianne Hänecke, Klein und Fraktion der CDU vom 27. September 1973
   (Drucksache 8/619) 1930

7. **Publizierung eines Entwurfs eines bremischen Schulgesetzes**
   Anfrage der Abgeordneten Hannelore Spies, Klein und Fraktion der CDU vom 27. September 1973
   (Drucksache 8/620) 1933

8. **Sehschulen im Lande Bremen**
   Anfrage der Abgeordneten Marianne Hänecke, Klein und Fraktion der CDU vom 27. September 1973
   (Drucksache 8/621) 1934

Bericht über die Lage der mittelständischen Wirtschaft im Lande Bremen vom 12. Juli 1973
(Drucksache 8/583)

Mittelständische Wirtschaft im Lande Bremen Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD vom 3. Oktober 1973
(Drucksache 8/613)

Abg. Klein (CDU) zur Geschäftsordnung . . 1935

Abg. Kunick (SPD) 1936

Abg. Koschek (CDU) 1939

Abg. Ostendorff (FDP) 1942
Abg. Dr. Foth (CDU) 1945
Abg. Ingeborg Förster (CDU) 1950
Abg. Lahmann (FDP) 1951
Abg. Tiedemann (SPD) 1955
Abg. Krauss (CDU) 1956
Abg. Dr. Foth (CDU) 1959
Senator für Arbeit und für Wirtschaft und Außenhandel Jantzen 1959
Abg. Dr. Sieling (CDU) 1963
Senator für Arbeit und für Wirtschaft und Außenhandel Jantzen 1964
Abg. Kunick (SPD) 1964
Abg. Klein (CDU) 1965
Abg. Ostendorff (FDP) 1965
Abstimmung 1965

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 43 vom 10. September 1973
(Drucksache 8/602) 1966

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 44 vom 14. September 1973
(Drucksache 8/603) 1966

Ausländische Arbeitnehmer
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 26. Juni 1973
(Drucksache 8/566) 1966

Dazu

Antwort des Senats vom 12. September 1973
(Drucksache 8/600) 1966

Mittelfristige Eindämmung des Zustroms ausländischer Arbeitnehmer
Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP vom 30. August 1973
(Drucksache 8/593) . . . . (zurückgezogen) 1966

Integration ausländischer Arbeitnehmer
Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU vom 5. September 1973
(Drucksache 8/595)

Ausländische Arbeitnehmer
Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD vom 26. September 1973
(Drucksache 8/605)

Mittelfristige Eindämmung des Zustroms ausländischer Arbeitnehmer
Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP vom 27. September 1973
(Drucksache 8/607)
Abg. Brasse (CDU) 1967
Abg. Stäcker (SPD) 1970
Abg. Lahmann (FDP) 1976
Senator für Arbeit und für Wirtschaft und Außenhandel Jantzen 1979

Anhang zur Fragestunde der 35. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) 1982

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Brockmann, Dr. Franke, Ramke, Scherer, Schepers, Sonntag.

Unentschuldigt fehlen die Abgeordneten Änne Gebel, Koenen.

Präsidium

Präsident **Dr. Klink** Vizepräsident **Bugla**

Schriftführer **Kauffmann**

Am Senatstisch

Bürgermeister **Koschnick** (SPD), Präsident des Senats

Bürgermeister Annemarie **Mevissen** (SPD), Senator für Soziales, Jugend und Sport

Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst **Thape** (SPD)

Senator für Arbeit und für Wirtschaft und Außenhandel **Jantzen** (SPD)

Senator für Inneres **Fröhlich** (SPD)

Senator für Rechtspflege und Strafvollzug **Kahrs** (SPD)

Senator für Gesundheit und Umweltschutz **Müller** (SPD)

Senatsdirektor **Dr. Heidorn** (Senator für Arbeit)

Senatsdirektor **Dr. Kahrs** (Senator für Inneres)

Senatsdirektor **Kreuser** (Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst)

Senatsdirektor **Dr. Nemitz** (Senator für Wirtschaft und Außenhandel)

Senatsdirektor **Stahl** (Senator für Soziales, Jugend und Sport)

Regierungsdirektor **Hilliges** (Senator für das Bauwesen)

Regierungsrat **Moczarski** (Senator für Wirtschaft und Außenhandel)

Referent **Groppe** (Senator für Arbeit)

(A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 10.16 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Meine Damen und Herren, gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Berücksichtigung von hervorragenden sportlichen Leistungen bei der Vergabe von Studienplätzen.

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU vom 27. September 1973. (Drucksache 8/606)

Über die Dringlichkeit dieses Antrags muß die Bürgerschaft (Landtag) zunächst gemäß Paragraph 21 Absatz 1 Satz 2 der Geschäftsordnung einen Beschluß herbeiführen.

Wird gewünscht, die Dringlichkeit zu begründen?

(Abg. K l e i n [CDU]: Ja!)

Bitte sehr, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wir bitten Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen. Wie Sie aus dem Antrag entnehmen können, möchten wir die Kultusministerkonferenz veranlassen, den Numerus clausus zugunsten von Spitzensportlern zu entschärfen. Die Kultusministerkonferenz findet am 8. November in Bremen statt, und damit die Beschlußfassung, die heute hier erfolgen soll, in die Kultusministerkonferenz eingeführt werden kann, bitten wir, die Dring-
(B) lichkeit zu bejahen. Dadurch wird die Dringlichkeit gerechtfertigt. Würden Sie die Dringlichkeit ablehnen, dann könnte sich erst die nächste Kultusministerkonferenz im nächsten Jahr damit befassen, und das wird dem Rang des Gegenstands nicht gerecht. — Ich darf mich bedanken!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort zur Geschäftsordnungsdebatte über die Dringlichkeit des Antrags der Abgeordnete Franke.

Abg. **Franke** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Klein, wir glauben, dem Rang des Gegenstands, wie Sie es ausdrückten, könne es durchaus gerecht werden, wenn wir uns bei der Beratung dieses Problems doch ein wenig Zeit nehmen. Wir würden nämlich gern das Problem der bevorzugten Zulassung einer bestimmten Gruppe von Studenten — hier also der Spitzensportler — ein wenig im Kontex des Zulassungsverfahrens überhaupt sehen. Erste Erfahrungen liegen ja jetzt vor. Die Kriterien des Staatsvertrags sind erstmalig angewendet worden. Und wenn wir schon über das Problem einer solchen Privilegierung bestimmter Gruppierungen der Studenten reden, dann sollte man mal über die Erfahrungen mit dem Verfahren insgesamt sprechen und nicht so einen schnellen Hochsprung, der unter Umständen die Latte reißt, hier an diesem Punkt praktizieren. Deswegen sprechen wir uns gegen die Dringlichkeit aus.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen zur (C) Beratung der Dringlichkeit der Behandlung liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der dringlichen Behandlung dieses Antrags zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die dringliche Behandlung dieses Antrags ab. Damit kommt dieser Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Meine Damen und Herren, ich fahre fort mit der Verlesung der Eingänge gemäß Paragraph 21 unserer Geschäftsordnung:

2. Ausländische Arbeitnehmer.

Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD vom 26. September 1973. (Drucksache 8/605)

3. Mittelfristige Eindämmung des Zustroms ausländischer Arbeitnehmer.

Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP vom 27. September 1973. (Drucksache 8/607)

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, daß die Fraktion der FDP ihre unter Tagesordnungspunkt 6 aufgeführte Ent- (D) schließung mit der Drucksachen-Nummer 8/593 zurückgezogen hat.

Die beiden Entschließungsanträge Nummer 8/605 und 8/607 gelten gemäß Paragraph 31 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als dringlich.

Interfraktionell ist vereinbart worden, die Entschließungsanträge der Fraktionen der SPD beziehungsweise der FDP mit Punkt 7 der Tagesordnung zu verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch. — Dann werden wir so verfahren.

4. Mittelständische Wirtschaft im Lande Bremen.

Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD vom 3. Oktober 1973. (Drucksache 8/613).

Auch diese Entschließung gilt gemäß Paragraph 31 Absatz 3 unserer Tagesordnung als dringlich.

Ich schlage vor, sie mit Punkt 2 der Tagesordnung zu verbinden.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. — Dann wird so verfahren.

5. Wahl eines Mitglieds der Deputation für zentrale Planung.

Die vorschlagsberechtigte Fraktion der FDP hat beantragt, die Wahl in der heutigen Sitzung vorzunehmen.

Ich werde die Wahl nach Punkt 8 der Tagesordnung durchführen lassen.

Ich höre keinen Widerspruch. — Dann wird so verfahren.

(A) Die übrigen Eingänge bitte ich dem verteilten Umdruck zu entnehmen:

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Bericht über die Haushaltslage nach dem Stande vom 30. Juni 1973.
   Mitteilung des Senats vom 25. September 1973 (Drucksache 8/604).
   Die Mitteilung des Senats kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.
2. Versuchsprogramme mit dem Berufsbildungsjahr. Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 27. September 1973 (Drucksache 8/608).
3. Besoldungsrechtliche Stellung der Bremer Sonderschullehrer.
   Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 27. September 1973 (Drucksache 8/609).
4. Konsequenzen aus der Unterrichtung der Schulkinder nach der Ganzheitsmethode.
   Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 27. September 1973 (Drucksache 8/610).

Die Anfragen sind dem Senat bereits zur Beantwortung zugeleitet worden. Sie kommen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

5. Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft (Verhaltensregeln für Abgeordnete). Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP vom 27. 9. 1973 (Drucksache 8/611).
   Der Antrag kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.
6. Stellungnahme zum Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses „Land" vom 12. März 1973 zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Rechnungsjahr 1970 und zum Bericht des Rechnungshofs zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen vom 19. Mai 1972.
   Mitteilung des Senats vom 2. Oktober 1973 (Drucksache 8/612).
   Die Mitteilung des Senats kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

(B)

II. Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung

1. Schreiben des Senators für Bildung, Wissenschaft und Kunst mit dem Entwurf eines **neuen bremischen Schulverwaltungsgesetzes.**
2. Schreiben des Bundesverbandes Bürgerinitiativen-Umweltschutz e. V. mit einem Appell zu Fragen des **Umweltschutzes.**
   Die Eingaben können bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.
3. Informationsbroschüre des Senators für Arbeit als **Orientierungshilfe für Gastarbeiter.**
   Die Broschüre ist an die Abgeordneten verteilt worden.

III. Sonstiger Eingang

Entnahme von Wasser zu Kühlzwecken aus der Weser. Schriftliche Antwort des Senats zu einer Zusatzfrage in der Fragestunde der Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) am 5. September 1973.
Die Antwort wird als Anhang zum Plenarprotokoll der 36. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) gedruckt.

Meine Damen und Herren, zum heutigen Verfahren schlage ich Ihnen vor, daß wir die Tagesordnungspunkte 3 und 4 miteinander verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

An unserer heutigen Vormittagssitzung nehmen unter anderen als Zuhörer teil eine Klasse der Realschule Graubündener Straße, eine Klasse des Gymnasiums Waller Ring und eine Klasse der Hauptschule In der Vahr. (C)

Ich begrüße unsere Zuhörer recht herzlich.

(Beifall)

Vom Senat begrüße ich Herrn Bürgermeister Koschnick, Frau Bürgermeister Mevissen, Herrn Senator Thape, Herrn Senator Jantzen, Herrn Senator Fröhlich, Herrn Senator Kahrs und Herrn Senator Müller.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Es sind 8 Fragen frist- und formgerecht eingereicht worden.

Die erste Frage beschäftigt sich mit **Sicherheitsvorkehrungen bei der Deponierung von Giftmüll** und ist unterschrieben von den Abgeordneten Tepperwien, Dr. Franke und Fraktion der SPD.

Ich bitte den Abgeordneten Tepperwien, die Frage zu stellen.

Abg. **Tepperwien** (SPD): Wir fragen den Senat:

Welche Vorkehrungen sind im Lande Bremen getroffen, um Vorfälle wie die im Giftmüllskandal in Hessen zugrunde liegenden zu verhindern? (D)

Präsident Dr. Klink: Herr Senator Jantzen, sind Sie bereit, die Antwort zu geben? — Bitte sehr!

Senator für Arbeit und für Wirtschaft und Außenhandel Jantzen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat beantwortet die Frage wie folgt:

Fälle der illegalen vorsätzlichen Beseitigung von gefährlichen Giftmüllmengen sind denkbar durch erstens ihre Ablagerung auf den allein für Hausmüll, hausmüllähnliche und andere unschädliche Abfälle vorgesehenen Deponien und der Müllverbrennungsanlage in Bremen, zweitens durch Ablagerung in der freien Landschaft.

Zu 1: Alle zur Beseitigung bei den kommunalen Deponien im Lande Bremen und der Müllverbrennungsanlage angelieferten Abfälle werden vor der Ablagerung beziehungsweise Verbrennung einer äußerlichen Kontrolle und im übrigen einer stichprobenartigen näheren Kontrolle durch die bei dieser Anlage beschäftigten, fachlich jedoch nicht vorgebildeten Bediensteten unterzogen. Darüber hinaus wird eine schriftliche Erklärung über die Beschaffenheit der angelieferten Abfallstoffe gefordert werden. Zweifelhafte Ladungen werden sichergestellt und in der Stadtgemeinde Bremen durch Laboruntersuchungen auf ihre Ablagerungsfähigkeit hin überprüft. Gegenüber unbefugtem Zutritt sind die Deponien, soweit sie frei zugänglich wären, eingezäunt und werden überdies zum Teil rund um die Uhr bewacht. Bei verdächtigen Anlieferungen wird der Chemiker

(A) des Amtes für Stadtentwässerung und Stadtreinigung eingeschaltet. Damit sind hier unkontrollierte, gefährliche Ablagerungen weitgehend ausgeschlossen.

Zu 2: Die Gefahr wilder Ablagerungen von bedeutenden Mengen gefährlicher Abfallstoffe in der Landschaft ist in Bremen geringer als in den Flächenstaaten, da wegen der dichten Besiedlung fast des gesamten Staatsgebietes hierfür kaum geeignete Flächen bleiben und das Risiko der Entdeckung relativ groß ist. Die Überwachung erfolgt durch die Polizei im Rahmen ihrer Streifengänge beziehungsweise -fahrten.

Eine entscheidende Maßnahme zur Verbesserung der Sicherung gegen wilde Sondermüllablagerungen ist die im Bundesabfallbeseitigungsgesetz vorgesehene Erfassung dieser Abfälle bereits am Entstehungsort, also in den Betrieben, verbunden mit der Kontrolle der Sonderabfalltransporte.

Ein Entwurf der Bundesregierung mit erforderlichen ergänzenden rechtlichen Regelungen für die Kontrolle der Betriebsstätten gemäß Paragraph 11 des Bundesabfallbeseitigungsgesetzes liegt bisher noch nicht vor. Der Senator für das Bauwesen wird einen der zu erwartenden Regelung entsprechenden Überwachungsapparat aufbauen. Hierfür werden zu gegebener Zeit Anträge auf Bewilligung zusätzlichen, entsprechend qualifizierten Personals vorgelegt werden.

(B) Ebenfalls liegt noch keine Ausführungsverordnung der Bundesregierung zu Paragraph 12 des Bundesabfallbeseitigungsgesetzes bezüglich der Kontrolle von Abfalltransporten vor. Es ist vorgesehen, hierfür vorläufige Regelungen auf Landesebene zu erlassen. Zur Praktizierung einer solchen Überwachung steht zur Zeit noch kein Personal — qualifizierte Chemiker — zur Verfügung. Auch in diesem Falle werden entsprechende Anträge vorgelegt werden.

Im Bereich der bremischen Häfen ist dafür gesorgt, daß beschädigte Packstücke oder sonstiges nicht zum Transport geeignetes Gut auf einem besonderen Gefahrgutlagerplatz aufbewahrt werden kann, bis eine ordnungsgemäße Weiterbehandlung sichergestellt ist. Die Behandlung gefährlicher Güter wird in den Häfen durch die Wasserschutzpolizei, die Feuerwehr und das Hafenamt überwacht. Das hat bisher einwandfrei funktioniert.

Soweit Firmen mit gefährlichen Stoffen arbeiten und diese regelmäßig transportieren, sind derartige Transporte der Feuerwehr bekannt. In diesen Fällen werden Maßnahmen zur Gefahrenabwehr getroffen.

Für die in Haushalten selten und nur in geringen Mengen anfallenden giftigen Abfallstoffe sollen bei den Fuhrparkstellen, die über die ganze Stadt verteilt sind, geeignete Sammelbehälter kostenlos bereitgehalten werden. Die endgültige Beseitigung der Giftstoffe übernimmt dann ebenfalls kostenlos das Amt für Stadtentwässerung und Stadtreinigung.

Bei der Beurteilung des Problems darf nicht übersehen werden, daß auch der aufwendigste Überwachungsapparat die Gefahr einer illegalen Ablagerung von giftigen Abfallstoffen nicht absolut ausschließen kann. (C)

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Tepperwien** (SPD): Welche Regelungen, Herr Senator, sind für Sondermüll getroffen, und werden diese für ausreichend gehalten?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Jantzen: Herr Abgeordneter Tepperwien, ich habe bereits in der Antwort darauf hingewiesen, daß wir zwei Verordnungen hinsichtlich des Paragraphen 11 des Bundesabfallbeseitigungsgesetzes wie auch des Paragraphen 12 für Einsammlungs- und Beförderungsrichtlinien noch erwarten. Wir sind allerdings der Meinung, daß die vorhandenen Deponien ausreichend kontrolliert werden. Ich darf hier nur eine nennen, die Blockland-Deponie in Walle. Hier wird jedes Fahrzeug bei der Einfahrt auf die Deponie kontrolliert. Das heißt, daß wir die Möglichkeit haben, das Gut, das dort gebracht wird, in den Verpackungsbehältern, oder wie auch immer, aufgrund der Klassifizierung, wie die Firmen es angeben, stichprobenartig zu kontrollieren, so daß mit dieser Möglichkeit relative Sicherheit herrscht, obwohl, glaube ich, die Situation, wie sie in Hessen entstanden ist, Anlaß dafür gibt, stärker als bisher — das aber nur durch mehr Personal und geeignetes Personal — nicht nur stichprobenartig, sondern bereits in den Betrieben beim Abtransport besser als in der Vergangenheit zu kontrollieren. In Bremen können wir sagen, daß bei den Sonderdeponien nach Möglichkeit die Kontrolle durchgeführt wird. (D)

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Tepperwien** (SPD): Herr Senator, sind die von Ihnen angesprochenen personellen Verstärkungen bereits für den Haushalt 1974 vorgesehen oder für später?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Jantzen: Von seiten der Bauverwaltung, Herr Abgeordneter Tepperwien, ist zur Zeit aufgrund der gegenwärtigen Personalsituation für das Jahr 1974 daran gedacht, im Rahmen der Bauverwaltung einen innerbetrieblichen Ausgleich für diese Maßnahmen durchzuführen. Wir werden allerdings dann, wenn diese Dinge innerhalb der Bauverwaltung abgeschlossen sind, möglicherweise dann noch rechtzeitig an das Parlament herantreten, wenn es innerhalb der Bauverwaltung selbst nicht leistbar sein sollte, die Personalanforderungen erfüllen zu können.

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Tepperwien, Sie haben keine Zusatzfrage mehr?

Zu einer weiteren Zusatzfrage hat das Wort der Abgeordnete Tiedemann.

(A) Abg. **Tiedemann** (SPD): Herr Senator, da sich Ihre Antwort sich überwiegend auf die Stadtgemeinde Bremen bezog, frage ich Sie, inwieweit die Zuständigkeiten der Landesregierung auch für das Stadtgebiet Bremerhaven gegeben sind.

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Jantzen: Herr Abgeordneter Tiedemann, die Zuständigkeiten sind für den Bereich der Abfallbeseitigung insoweit noch nicht geregelt, weil — ich habe bereits darauf aufmerksam gemacht — für den Bundesgesetzgeber hinsichtlich der Verordnungsmöglichkeiten, auf Landesebene Verordnungen zu erlassen, nicht gegeben sind. Der Kontakt mit den zuständigen Stellen in Bremerhaven seitens der Bauverwaltung ist so, daß diese Maßnahmen mit den jeweiligen Bremerhavener Dezernenten besprochen und abgestimmt werden.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, Herr Dr. Schäfer, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Dr. Schäfer** (CDU): Herr Senator, werden die Abwässerkanäle, besonders die Einflüsse in die Weser laufend überwacht, um auch über diesen Weg Giftmüllablagerungen zu vermeiden, und wie werden sie überwacht?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Jantzen: Ja!

(B) Herr Dr. Schäfer, Sie werden sicherlich dafür Verständnis haben, da ich kein technischer Experte bin, daß ich Ihnen die Frage des „Wie" nicht beantworten kann. Ich hoffe aber, daß sich das Parlament sicherlich mit der Antwort zufrieden geben kann, die da lautet, ja, es wird geprüft.

Präsident Dr. Klink: Herr Kunick, haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte!

Abg. **Kunick** (SPD): Herr Senator, gibt es regelmäßige Kontrollen, die gewährleisten, daß Unternehmen auch auf eigenem Werksgelände keinen Giftmüll lagern?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Jantzen: Ja, es gibt diese Kontrollmöglichkeiten. Ich hatte bereits darauf hingewiesen, daß zur Gefahrenabwendung der Feuerwehr bekannt ist, welche der Firmen möglicherweise aufgrund ihrer Produktionen Restbestände haben, die nicht für die Ablagerung auf öffentlichen Mülldeponien geeignet sind. Diese Firmen werden laufend überwacht. Bei solchen Firmen gibt es Vorratsbehälter, die dann aber, wenn der Abtransport beginnt, durch die Feuerwehr begleitet und sichergestellt werden. Auch in solchen Fällen prüfen Feuerwehr und Polizei.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen zu dieser Frage liegen nicht vor.

Ich rufe auf die zweite Frage. Sie befaßt sich mit der **Vorlage eines Entwurfs eines Abfallbeseitigungsgesetzes** und ist unterzeichnet von den Abgeordneten Urban, Klein und Fraktion der CDU. (C)

Ich bitte den Abgeordneten Urban, die Frage zu stellen.

Abg. **Urban** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wann wird der Senat der Bürgerschaft (Landtag) den Entwurf eines Abfallbeseitigungsgesetzes für das Land Bremen vorlegen?

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, Herr Senator Jantzen, die Antwort des Senats zu geben? — Bitte sehr!

Senator Jantzen: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Der Senat beantwortet die Frage wie folgt:

Ein Referentenentwurf des Bremischen Abfallgesetzes liegt vor. Er ist allen beteiligten Ressorts und dem Magistrat Bremerhaven zur Stellungnahme übersandt worden und wird am 8. Oktober 1973 beim Senator für das Bauwesen zwischen allen Beteiligten erörtert werden. Nach Abschluß dieser Beratungen, einer anschließenden Überarbeitung und einer Beschlußfassung durch die zuständigen Deputationen und den Senat wird der Entwurf der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zur Beschlußfassung zugeleitet werden.

Präsident Dr. Klink: Frau Abgeordnete Hänecke, haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr! (D)

Abg. Marianne **Hänecke** (CDU): Herr Senator, sind bei der Erarbeitung des Entwurfs auch die niedersächsischen Randgemeinden mit herangezogen worden? Ich könnte mir sehr gut vorstellen, daß dort eine ganz intensive Zusammenarbeit erforderlich sein wird.

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Jantzen: Frau Hänecke, im Rahmen der gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen ist in Abstimmung mit dieser gemeinsamen Landesplanung bereits ein Auftrag an Professor Dr. Seyfried über die Frage von Mülldeponien gegeben worden. Dabei soll auch wissenschaftlich untersucht werden, welche Stoffe an welchen Plätzen, mit welcher Eindringtiefe, mit welcher Gefährdung der Ökologie dort draußen denkbar und möglich sind. Dieses Gutachten wird noch erstellt werden müssen, um es dann mit den Umlandgemeinden gemeinsam zu erörtern und zum Abschluß zu bringen.

Präsident Dr. Klink: Herr Brasse, haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Brasse** (CDU): Herr Senator, darf ich in diesem Zusammenhang die Frage stellen, ob die beabsichtigte Altmüllbeseitigungsstellen bei den Fuhrparkstellen in Bremen inzwischen eingerichtet worden sind?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

(A) **Senator Jantzen:** Ich darf Ihnen sagen, daß Mengen bis zu 200 Liter von Firmen kostenlos abgeholt werden. Ich brauche in diesem Rahmen die Namen der Firmen nicht zu nennen. Es ist sichergestellt, daß diese Frage in den vorliegenden Problemkreis mit einbezogen wird.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen zu dieser Frage Nummer 2 nicht vor.

Ich rufe die dritte Frage auf. Sie hat die **Vernichtung beziehungsweise Ablieferung von Giften, Säuren oder anderen gefährlichen Chemikalien** zum Inhalt und trägt die Unterschriften der Abgeordneten Urban, Klein und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Abgeordneten Urban, seine Frage zu stellen!

Abg. **Urban** (CDU): Wir fragen den Senat:

Welche Möglichkeiten bestehen für Unternehmen und private Haushalte in Bremen, die in ihrem Besitz befindlichen und zur Vernichtung bestimmten Gifte, Säuren oder sonstigen gefährlichen Chemikalien ohne Umweltgefährdung vernichten beziehungsweise abliefern zu können?

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, Herr Senator Jantzen, die Antwort zu erteilen? — Bitte sehr!

Senator Jantzen: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Der Senat beantwortet die Frage wie folgt:

(B) Erstens: Gifte, Säuren und gefährliche Chemikalien werden, wie auch andere nicht dem Hausmüll zuzurechnende Abfälle, unter dem Sammelbegriff „Sondermüll" zusammengefaßt.

Das Amt für Stadtentwässerung und Stadtreinigung hält ein Merkblatt bereit, das die Anschriften von Firmen enthält, die Altöle und Lösungsmittel zur Beseitigung annehmen. Es weist im Einzelfall den Beseitigungspflichtigen auch andere Beseitigungsmöglichkeiten nach.

Im Rahmen der gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen — ich wies bei der Beantwortung der Frage von Frau Hänecke bereits darauf hin — ist Herrn Professor Seyfried, Hannover, ein Auftrag für ein Gutachten über die Planung der Sonderabfallbeseitigung für das Gebiet der gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen erteilt worden. Es ist damit zu rechnen, daß dieses Gutachten Ende 1973 vorliegt.

Zweitens: Möglichkeiten für größere Unternehmen zur geordneten Beseitigung von Sondermüll: In Bremen gibt es außer den kapazitätsmäßig noch nicht ausgelasteten beiden Shredderanlagen zur Beseitigung aller in Bremen anfallenden Autowracks zur Zeit keine Möglichkeit zur Beseitigung größerer Sonderabfallmengen.

Bremer Firmen beseitigen bis auf weiteres ihre Sonderabfälle in anderen Bundesländern, und zwar

a) durch Rückgabe verunreinigter Chemikalien an Hersteller- oder andere Vertragsfirmen zur Aufarbeitung oder Umarbeitung,

b) durch Beseitigung in zugelassenen Sonderdeponien oder Verbrennungsanlagen. (C)

Drittens: Möglichkeiten für kleinere gewerbliche Unternehmen zur geordneten Beseitigung von Sondermüll: Laugen und Säuren werden bis Herbst 1973 zur zentralen Entgiftungsanlage der Stadtreinigung Hamburg gebracht. Ab Dezember 1973 wird das Amt für Stadtentwässerung und Stadtreinigung bei der Müllverbrennungsanlage eine Versuchsanlage zur zentralen Neutralisation kleinerer Laugen- und Säurenmengen in Betrieb nehmen, mit der Bemessungsdaten für den weiteren Ausbau der Anlage gewonnen werden sollen.

Feste Rückstände werden gesammelt und in den Beseitigungsanlagen anderer Bundesländer beseitigt.

Viertens: Möglichkeiten für Haushalte zur geordneten Beseitigung von Sondermüll: In privaten Haushalten fallen normalerweise keine größeren Mengen von Sonderabfällen an. Kleinere Mengen, zum Beispiel Arzneimittelreste, Säurenreste, Laugenreste et cetera, können im allgemeinen zusammen mit den Fäkalien oder dem Hausmüll unschädlich beseitigt werden.

Für diesbezügliche Anfragen steht das Labor des Amtes für Stadtentwässerung und Stadtreinigung im Einzelfall zur Verfügung.

Präsident Dr. Klink: Herr Urban, haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

(D) Abg. **Urban** (CDU): Herr Senator, würden Sie bestätigen, daß private Haushalte in Bremen zur Zeit nicht in der Lage sind, bei der Müllverbrennungsanlage Gifte, Säuren und Chemikalien — auch nicht in kleinsten Mengen — abgenommen zu bekommen, und daß das Amt für Stadtreinigung auch keinen Rat geben kann, wie eine legale Vernichtung in Bremen in die Wege geleitet werden kann?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Jantzen: Diese Frage kann ich Ihnen nicht bestätigen und auch nicht beantworten, da ich, weil ich hier stellvertretend für den Senator für das Bauwesen gefragt bin, diese Kenntnisse nicht habe. Sind Sie damit einverstanden, daß Ihre Frage von der Bauverwaltung schriftlich beantwortet wird?

(Abg. Urban [CDU]: Ja! — Abg. Klein [CDU]: Das ist die Kernfrage!)

Sicherlich ist das die Kernfrage, Herr Klein. Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß zur Zeit der Senator für das Bauwesen dabei ist, eine solche Anlage zu erstellen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Senator, Sie haben selbstverständlich die Möglichkeit, wenn Sie die Frage jetzt nicht beantworten können, sie schriftlich zu beantworten.

Werden weitere Zusatzfragen gewünscht? — Bitte sehr, Herr Urban!

(A) Abg. **Urban** (CDU): Darf ich Sie zusätzlich darauf aufmerksam machen — —

(Zurufe: Frage!)

Ist der Senat bereit, davon Kenntnis zu nehmen, daß es mir persönlich nicht gelungen ist, eine in meinem Besitz befindliche Flasche, deren Inhalt wahrscheinlich Säure ist, trotz Rücksprache mit dem Leiter des Amtes für Stadtreinigung abgenommen zu bekommen und ich vertröstet wurde, daß so etwas gegebenenfalls in Bremen in den nächsten ein bis zwei Jahren möglich ist? Besteht aufgrund solcher Auskünfte nicht die Möglichkeit, daß in diesem Bereich giftige Stoffe unkontrolliert beseitigt werden?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Jantzen: Herr Urban, aufgrund der Einleitung Ihrer Frage bin ich nicht bereit, das zu bestätigen, da ich keine Gelegenheit gehabt habe, bei dem Beamten, den Sie angesprochen haben, zu überprüfen, ob es sich so verhält. Sie werden mir sicherlich konzedieren, daß ich bei dem Leiter des Amtes fragen muß, ob es so gewesen ist, daß Sie die Absicht gehabt haben, eine Flasche abzuliefern, eventuell gefüllt mit Säure, und eine Annahme verweigert worden ist. Ich werde diesen Fall überprüfen und in die schriftliche Antwort mit einbeziehen.

(B) **Präsident Dr. Klink:** Werden weitere Zusatzfragen gewünscht? — Bitte sehr, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Senator, unbeschadet Ihrer Bemühungen um die Aufklärung dieses Sachverhalts möchte ich Sie fragen, was halten Sie denn persönlich davon, daß in Bremen offenbar eine solche Vernichtungsmöglichkeit nicht besteht?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Jantzen: Was ich persönlich davon halte? Ich identifiziere mich mit der von mir für den Senator für das Bauwesen stellvertretend gegebenen Antwort. Daß sich der Senator für das Bauwesen bemüht, im Dezember 1973 eine solche Anlage bei der bremischen Müllverbrennungsanlage zu installieren, ist bekannt. Gegenwärtig hat uns die Stadtreinigung Hamburg diese Aufgabe noch abgenommen. Wir erkennen die Notwendigkeit an, wir haben gehandelt und werden eine solche Einrichtung versuchsweise errichten, um, wenn sie läuft, festzustellen, in welcher Dimension sie ausgebaut werden muß, damit nicht unnötigerweise Größenordnungen dimensioniert werden, die kostenmäßig dann wieder von den Bürgern über den Weg der Gebühren zu tragen wären. Wir werden das Problem lösen und gleichzeitig, wie ich meine, uns wirtschaftlich richtig verhalten.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Ich bedanke mich bei Herrn Senator Jantzen für die erteilten Antworten.

Die vierte Frage hat die **Einrichtung einer Informationszentrale für den Bürger** zum Inhalt und ist unterschrieben von den Abgeordneten Hede Lütjen, Dr. Franke und Fraktion der SPD. (C)

Ich bitte die Abgeordnete Frau Lütjen, die Frage zu stellen.

Abg. Hede **Lütjen** (SPD): Wir fragen den Senat:

Besteht die Möglichkeit, eine Informationszentrale für den Bürger einzurichten, wo dieser sich beispielsweise Auskunft über Zuständigkeiten innerhalb der Behörden holen kann?

Präsident Dr. Klink: Herr Bürgermeister Koschnick, sind Sie bereit, die Frage zu beantworten? — Bitte sehr!

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats: Der Senat beantwortet die Frage wie folgt:

Eine Informationsstelle für ratsuchende Bürger besteht bereit seit 1945 im Rathaus — Senatskanzlei. Hier werden auch Auskünfte über die Zuständigkeiten der Behörden erteilt. Von dieser Auskunftsmöglichkeit haben die Bürger häufig Gebrauch gemacht.

Die Frage wird zum Anlaß genommen, über die Pressestelle des Senats die Bürger erneut auf die Informationsmöglichkeiten im Rathaus hinzuweisen.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr, Frau Lütjen!

Abg. Hede **Lütjen** (SPD): Ist beabsichtigt, diese Zentrale auszuweiten, um eine größere Wirkung zu erzielen? (D)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Koschnick: Frau Abgeordnete, wir stehen vor zwei Fragen. Ein Teil der Großkommunen haben diese Informationszentralen besetzt mit vier bis sechs Inspektoren, die teils auch abends und nachts zu erreichen sind, weil ein Teil der berufstätigen Bürger am Tage diese Informationen sich nicht holen kann. Sollte also eine Möglichkeit bestehen, mit diesem Hause gemeinsam in der Haushaltsberatung über die entsprechende Sach- und Personalverstärkung zu sprechen, so wird der Senat es tatkräftig unterstützen.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr, Frau Lütjen!

Abg. Hede **Lütjen** (SPD): Liegen bereits Realisierungspläne vor?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Koschnick: Wir wollten in dem Neubau des Pavillons des Verkehrsvereins am Hauptbahnhof eine entsprechende Informationsstelle aufbauen. Das wird in absehbarer Zeit in der jetzigen Form nicht gehen, weil wir durch eine klare Trennung zwischen Verkehrsverein und Stadt aus umsatzsteuerlichen Gründen eine solche Kombination nicht erreichen werden.

(A) Wir stehen wirklich vor der Frage, falls wir eine solche Informationsstelle einführen, wo sie untergebracht sein soll und in welchen Bereich sie eingegliedert sein müßte. Die räumlichen Möglichkeiten müßten geschaffen werden, damit die Bürger ohne großen Zeitaufwand diese Stelle besuchen können, und dann bleibt die Frage, wie groß ist der Aufwand im Verhältnis zum Nutzen. Hier muß man wirklich den Aufwand im Verhältnis zum Nutzen sehen.

Ich muß Ihnen sagen, nur eine Informationsstelle aufzubauen, die Auskunft dahingehend gibt, daß zum Beispiel Sachbearbeiter Meier die Angelegenheit bearbeitet, ist in Bremen nicht möglich wegen der großen Anzahl der öffentlich Bediensteten. Es kann sich hierbei nur um die Hinführung zu bestimmten Behördenbereichen handeln. Es kann aber sein, und ich halte es auch für wünschenswert, das, was wir in der Senatskanzlei gemacht haben, mit bescheidenen Mitteln aufzustocken.

Präsident Dr. Klink: Zu einer weiteren Zusatzfrage hat die Abgeordnete Howey das Wort!

Abg. Gisela **Howey** (SPD): Kann die Informationsstelle im Rathaus auch Informationsmaterial ausgeben? Ich denke zum Beispiel an die Broschüre „Zuhause in Bremen" oder auch an die Broschüre, die hier heute verteilt worden ist „Als Gastarbeiter in Bremen"!

(B) **Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Koschnick: Das haben wir bisher nicht gemacht. Ich muß Ihnen dazu sagen, ich hätte im Rathaus auch keine Räume frei, um dieses Material zu lagern. Alle nur möglichen Räume benötigen wir, um unsere Mitarbeiter unterzubringen. In der Sache kann es eines Tages notwendig werden, daß wir in Bremen eine zentrale Stelle schaffen müssen, alle Behördeninformationen auch für diejenigen anzubieten, die Sachinteresse haben.

Präsident Dr. Klink: Besteht der Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr, Frau Howey!

Abg. Gisela **Howey** (SPD): Besteht keine Möglichkeit, in einem kleineren Umfang Informationsmaterial auszugeben?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Koschnick: Wir geben einen Teil Informationsmaterial aus, wir verweisen auch auf Behörden, die Informationsmaterial haben. Das wird besser werden, wenn der Senator für Rechtspflege und Strafvollzug aus dem Rathaus auszieht!

(Abg. Klein [CDU]: Soll er zur Uni ziehen? — Abg. John [FDP]: Das wollten Sie ja schon früher!)

Das ist ganz sicher eine Raumfrage.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Ich bedanke mich bei Herrn Bürgermeister Koschnick für die Antworten. (C)

Die fünfte Frage beschäftigt sich mit den **Aktivitäten der verbotenen KPD** und ist unterzeichnet von den Abgeordneten Urban, Klein und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Abgeordneten Urban, seine Frage zu stellen.

Abg. **Urban** (CDU): Wir fragen den Senat:

Ist dem Senat bekannt, daß die verbotene KPD, unter voller Nennung des Namens KPD, in Bremer Betrieben Betriebszeitungen und Flugblätter in Umlauf gebracht hat, und in welcher Form ist der Senat seinen Verpflichtungen, diese verbotenen Aktivitäten zu unterbinden, nachgekommen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator Fröhlich!

Senator für Inneres Fröhlich: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf auf die Frage für den Senat wie folgt antworten: Nein!

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte!

Abg. **Urban** (CDU): Ist dieses Nein darauf zurückzuführen, Herr Senator, daß Sie es deswegen ausgesprochen haben, weil hinter dem Namen KPD, durch Schrägstrich getrennt, ML steht?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator! (D)

Senator Fröhlich: Nein!

Präsident Dr. Klink: Wollen Sie eine Zusatzfrage stellen? — Bitte!

Abg. **Urban** (CDU): Muß der Senat nicht tätig werden, wenn zum Beispiel in der KPD/ML-Betriebszeitung „Schlag zu" der AG Weser vom September 1973 folgende Ausführung steht: „Unser Staat trägt eine demokratische Maske, jeder kann sehen, daß der Arbeiter kein Streikrecht hat, sondern daß er es sich notfalls mit dem Knüppel in der Hand gegen die Bullen erkämpfen muß." Oder: — —

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Können wir die Frage nicht kürzer fassen? Sie haben dann die Möglichkeit, eine weitere Zusatzfrage zu stellen.

Bitte, Herr Senator!

Senator Fröhlich: Selbstverständlich werden wir in diesen Bereichen tätig. Hier ist die Frage, daß alle Dienststellen, die in meinem Hause dafür in Frage kommen, das entsprechende Material auswerten und den zuständigen Bundesstellen zur Verfügung stellen. Da es sich hier bei diesen Organisationen um überregionale Verbände beziehungsweise Vereinigungen handelt, sind wir verpflichtet, dieses Material den Bundesstellen zur Verfügung zu stellen, die dann hier zuständig sind. Nach dem Gesetz ist nach Paragraph 3 der Bundesminister des Innern für diese Frage zuständig.

(A) **Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Urban** (CDU): Hält der Senat Äußerungen der von mir eben zitierten Betriebszeitung mit dem Grundgesetz in Einklang, die da lauten: „Dafür braucht sie in erster Linie die Kommunistische Partei, die KPD/ML. Ihre Aufgabe ist es, die Arbeiterklasse auf den bewaffneten Kampf gegen die bürgerliche Staatsmacht vorzubereiten"?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Fröhlich: Herr Urban, mit Sicherheit verfolgen diese Organisationen KPD, KPD/ML und eine weitere Reihe von Organisationen Ziele, die nicht mit diesem Grundgesetz in Einklang zu bringen sind. Wir haben uns darüber bereits in diesem Hause bei der Frage des KBB, heute bereits KBW, unterhalten, ob es hier zweckmäßig ist, diese Organisationen zu verbieten und sie in den illegalen Bereich zu drängen, oder aber, ob es besser ist, mit diesen Organisationen offen politisch tätig zu werden.

Wir sind eine Demokratie, und wir sind eine streitbare Demokratie, und hier wird es notwendig sein, sich mit diesen Vereinigungen offensiv auseinanderzusetzen in Diskussionen, in Betrieben und in Veranstaltungen. Hier ist sowohl vom Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Dr. Franke, als auch vom Fraktionsvorsitzenden der FDP, Herrn John, in der damaligen Debatte erklärt worden, daß man mit
(B) diesen Organisationen im politischen Bereich fertig werden müsse, und auch hier ist bisher bei der Prüfung dieser Fälle auch der Bundesinnenminister davon ausgegangen, und ich glaube, in dieser Frage waren es auch frühere Bundesinnenminister, die der Auffassung waren, daß mit einem Verbot in diesem Bereich nichts, aber auch nichts getan ist, weil wir an Hand der ständigen Namensänderungen einmal zum Teil die gleichen Leute hätten, sie zum anderen in die Illegalität gedrängt würden und wir es weit schwieriger hätten, uns mit diesen Leuten auseinanderzusetzen. Ich darf hier sagen, mir wäre es sehr lieb, wenn sich alle Demokraten mit diesen Gruppierungen in der Diskussion auseinandersetzen würden.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Urban** (CDU): Herr Senator, darf ich Sie so verstehen, daß es sich bei der KPD/ML um eine zur Zeit legale, auf dem Boden des Grundgesetzes stehende

(Lachen bei der SPD)

Vereinigung handelt,

(Unruhe bei der SPD)

und müßte der Senat nicht doch auch tätig werden, wenn er folgendes liest: „Kollegen, um Freiheit zu erlangen, müssen wir mit dem Gesindel abrechnen. Im Sozialismus werden die Betriebsbelegschaften mit der Waffe in der Hand ihre Fabriken selber schützen"? (C)

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Urban, das waren wieder mehrere Fragen!

Bitte, Herr Senator!

Senator Fröhlich: Herr Urban, vielleicht haben Sie die Frage vor meiner Antwort aufgeschrieben, denn ich habe bereits begründet, daß wir auch der Auffassung sind, daß diese Organisationen nicht bei ihrer Zielsetzung und bei ihren Aufgaben in Einklang zu bringen sind mit dem Grundgesetz, daß ja dieser Staat zum Teil mit Gewalt verändert werden soll. Das wissen wir.

Die Frage ist nach dem Opportunitätsprinzip ja nur, ob man diese Organisationen verbieten soll, die illegal arbeiten. Ich denke an die Diskussion damals beim Verbot der KPD, wo man fünf Jahre Zeit hatte, sich darauf einzustellen — Antrag 1951, Verbot 1956 —, wo ein großer Teil der Politiker der Meinung war, daß ein solches Verbot nichts hilft, im Gegenteil, man arbeitet in der Illegalität, und hier ist einfach die politische Konfrontation notwendig, um offensiv mit diesen Gruppierungen abzurechnen in Betrieben, in Diskussionen und in öffentlichen Veranstaltungen. Das, so meinen wir, ist wirkungsvoller, als hier etwa ein Verbot auszusprechen und morgen kämen sie eventuell mit einem neuen Namen wieder auf den Markt.

(D) **Präsident Dr. Klink:** Herr Klein, haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Senator, ist Ihnen bekannt, daß, unabhängig von der Frage eines Verbots und auch der Frage der Nachfolgeorganisation der Kommunistischen Partei Deutschlands, Flugblätter solchen Inhalts, in denen also zur Gewalt als einem Weg der politischen Auseinandersetzung aufgerufen wird, verhindert werden können durch den Einsatz rechtsstaatlicher Mittel?

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Das würde ich Ihnen raten, das können auch Sie nur fragen! — Heiterkeit — Abg. Sagner [CDU]: Das war mal wieder eine gute Antwort, Herr Böhrnsen! — Abg. Böhrnsen [SPD]: Sie haben doch noch nie im Betrieb gestanden!)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Böhrnsen, nicht Sie waren gefragt, sondern Herr Senator Fröhlich! — Bitte, Herr Senator!

Senator Fröhlich: Herr Abgeordneter Klein, soweit es sich um strafrechtliche Tatbestände handelt, prüft im einzelnen die Staatsanwaltschaft diese Fakten, und es wird entsprechend, wenn es sich um Straftatbestände handelt, Anklage erhoben. Das ist bisher auch in Bremen geschehen, nur glauben wir, daß wir nicht in jeder Passage und in jedem Artikel, weil ja ständig hier in Bremen eine Fülle von Papier verteilt wird, das zum Teil gar nicht in Bre-

(A) men gedruckt wird, etwas enthalten ist, was generell jedesmal dem Bundesinnenminister zur Prüfung vorzulegen ist.

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Klein, haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Senator, sind Sie bereit, dem Hause alsbald Mitteilung darüber zu machen, weshalb bei diesem Flugblatt, dessen Inhalt aus der Frage des Herrn Kollegen Urban bekannt geworden ist, nicht strafrechtlich eingeschritten wurde?

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Darüber denken Sie mal selbst nach! — Abg. Sagner [CDU]: Das war wieder schlau, Herr Böhrnsen!)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Fröhlich: Herr Klein, ich habe bereits vorhin dargelegt, daß hier auch die Frage der Opportunität eine Rolle spielt. Soweit es sich um strafrechtliche Tatbestände handelt, wird natürlich verfolgt, und hier kann durchaus ein Dissens in der Beurteilung dieser Fragen und wie sie in den Flugblättern dargestellt werden, vorliegen. Das ist mit Sicherheit bei solchen Fragen oft der Fall, daß selbst bei Juristen verschiedene Auffassungen beim gleichen Tatbestand bestehen.

Präsident Dr. Klink: Zu einer weiteren Zusatz-
(B) frage der Abgeordnete Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Senator, weil wir der Auffassung sind, daß hier in diesem Flugblatt strafrechtliche Tatbestände erfüllt sind, darf ich meine Frage wiederholen: Sind Sie bereit, dem Hause offiziell zu berichten, weshalb nicht eingeschritten worden ist?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Fröhlich: Dazu bin ich bereit!

Präsident Dr. Klink: Herr Klein zu einer weiteren Zusatzfrage, bitte!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Senator, wir haben die Prüfung der Frage des Verbots des Kommunistischen Bundes verlangt, und Sie haben uns dazu einen Bericht des Bundesinnenministers in Aussicht gestellt. Können Sie heute dem Hause mitteilen, wann dieser Bericht vorliegen wird?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Fröhlich: Das kann ich nicht! Das liegt letztlich daran, daß der Bundesinnenminister den Bericht gibt. Ich habe mehrfach den Bundesinnenminister in dieser Frage angeschrieben, und mir ist mitgeteilt worden, daß in dieser Frage die Prüfung noch nicht abgeschlossen ist.

Präsident Dr. Klink: Zu einer weiteren Zusatzfrage der Abgeordnete Jackisch!

Abg. **Jackisch** (CDU): Herr Senator, kann ich (C) davon ausgehen, daß Sie, nachdem Sie keine Kenntnis von den Vorgängen der aktiven verbotenen KPD in Bremen hatten, jetzt tätig werden wollen, um sich wenigstens an Ort und Stelle zu informieren oder informieren zu lassen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Fröhlich: Herr Jackisch, was Sie hier unterstellen, ist nicht richtig, denn diese KPD, die im Jahr 1970 von Horlemann und Semler gegründet wurde, hat sich bei der Bundestagswahl beworben, und sie ist vom Bundeswahlleiter nicht zugelassen worden. Ich habe hier den Bericht des Wahlprüfungsausschusses, und aus diesem Bericht geht hervor, sowohl vom Antragsteller als auch von den Herren des Wahlprüfungsausschusses, daß es eben nicht die verbotene KPD ist. Es ist sogar fraglich, ob es eine Partei ist, eventuell nur eine Vereinigung.

Von daher habe ich am Anfang mit nein geantwortet, weil diese Vereinigung 1970 entstanden ist, aber mit Sicherheit andere Zielsetzungen hat, als etwa die frühere KPD, wenn ich Ihnen mitteilen darf, daß sie sich zwar beworben hat, an der letzten Bundestagswahl beteiligt zu werden, es aber ablehnte, die Kandidaten aufzustellen, und zwar mit dem Hinweis, daß sie den Wahlbürgern Wahlboykott vorschlagen wollte.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, (D) eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte!

Abg. **Jackisch** (CDU): Herr Senator, ich möchte also zunächst von mir aus feststellen, daß ich nicht mit Unterstellungen gearbeitet habe.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Jackisch, ich bitte nicht festzustellen, sondern zu fragen!

Abg. **Jackisch** (CDU): Nehmen Sie, Herr Senator, dann freundlicherweise zur Kenntnis — —

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Eine Frage endet mit einem Fragezeichen!

Abg. **Jackisch** (CDU): Herr Senator, nachdem Sie die beiden ersten Fragen des Kollegen Urban mit nein beantwortet haben, kann ich davon ausgehen, daß Sie sich informieren lassen werden, ob die Tatbestände gegeben sind und sie weiter zu verfolgen sind oder nicht?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Fröhlich: Herr Jackisch, zunächst darf ich noch einmal darauf hinweisen, daß es sich trotz Namensähnlichkeit beziehungsweise -gleichheit nicht um die vom Bundesverfassungsgericht am 17. August 1956 verbotene Kommunistische Partei handelt, daß sie mit dieser identisch ist. Aus diesem Grunde war dieses ja in der Frage enthalten. Von

(A) daher habe ich gesagt, nicht bekannt, weil es sich hier nicht um die verbotene KPD handelte, sondern hier ist eine KPD, wie ich ausführte, die erst 1970 entstanden ist. Die KPD/ML ist 1968 entstanden.

Ich habe auch ausgeführt, daß es sich hier um überregionale Vereinigungen handelt und hier nach dem Gesetz die Zuständigkeit des Bundesinnenministers gegeben ist.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen, Herr Kunick? — Bitte sehr!

Abg. **Kunick** (SPD): Herr Senator, betrachtet der Senat jede Partei als radikal, das heißt außerhalb des Grundgesetzes stehend, wenn diese Partei den Sturz einer demokratischen Regierung fordert oder begrüßt?

(Abg. Klein [CDU]: Mit Gewalt!)

Mit Gewalt, wohlgemerkt!

Senator Fröhlich: Würden Sie bitte noch einmal wiederholen!

Abg. **Kunick** (SPD): Betrachtet der Senat jede Partei als radikal, das heißt außerhalb des Grundgesetzes stehend, wenn diese Partei den Sturz einer demokratischen Regierung mit Gewalt fordert oder einen solchen Sturz mit Gewalt begrüßt?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Fröhlich: Ja!

(B)

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Kunick** (SPD): Herr Senator, ist der Senat bereit, dieses Urteil auch dann zu fällen, wenn sich eine solche Artikulation nur aus den Parteiorganen dieser Partei ergibt? Aus der Parteizeitung oder den Parteizeitungen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Fröhlich: Das ist schwierig zu beantworten, Herr Kunick! Es kann nämlich hier durchaus der Fall sein, daß in einer Zeitung ein Einzelner hierzu Stellung nimmt, und das Spektrum der Möglichkeiten auch in einer Demokratie ist ja weit gespannt, ob es sich hier um einzelne Meinungswiedergaben in einer Zeitung handelt oder ob es die Wiedergabe der Meinung dieser Partei ist, wobei ich auch sagen darf, ich würde das Wort „radikal" hier zumindest etwas anders formulieren wollen, denn es gibt durchaus Demokraten, die radikal sein können. Hier geht es aber wohl um die Frage, daß sie hier mit Gewalt diese Demokratie beseitigen wollen.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen, Herr Kunick? — Bitte sehr!

Abg. **Kunick** (SPD): Herr Senator, wären Sie bereit, mit mir übereinzustimmen, wenn ich sage, eine Zeitung mit dem Namen „Bayern-Kurier", für deren Herausgabe der Vorsitzende einer Partei — sprich: Herr Strauß — verantwortlich ist, ist in dem Augenblick rechtsradikal, wenn sie den Sturz einer demokratischen Regierung, nämlich der in Chile, begrüßt? (C)

(Beifall bei der SPD — Widerspruch bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Fröhlich: Herr Kunick, mir ist bekannt, daß in Fragen von Artikeln der von Ihnen zitierten Zeitung zum Teil der Vorsitzende der CSU sich nachher mit diesen Artikeln nicht identifiziert hat, sondern der Auffassung war, daß der Chefredakteur oder der Redakteur hierfür die Verantwortung trägt.

Präsident Dr. Klink: Zu einer weiteren Zusatzfrage hat der Abgeordnete John das Wort.

Abg. **John** (FDP): Herr Senator, darf ich Ihre Ausführungen zu diesem Thema so verstehen, daß der Senat der Meinung ist, daß das Verbot einer rechts- oder linksradikalen Organisation oder Partei das allerletzte Mittel sein sollte, davor aber die Auseinandersetzung der Demokraten im politischen Raum mit diesen radikalen Kräften zu erfolgen hat?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Fröhlich: Der Senat teilt voll Ihre Auffassung!

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist die fünfte Frage ebenfalls erledigt. (D)

Ich bedanke mich bei Herrn Senator Fröhlich.

Die nächste Frage befaßt sich mit der **Unterbringung von Klein- und Schulkindern in Tagespflegestellen** und trägt die Unterschriften der Abgeordneten Marianne Hänecke, Klein und Fraktion der CDU.

Ich bitte Sie, Frau Abgeordnete Hänecke, die Frage zu stellen!

Abg. Marianne **Hänecke** (CDU): Wir fragen den Senat:

In welchem Umfang sind im Land Bremen Klein- und Schulkinder in Tagespflegestellen bei sogenannten Tagesmüttern untergebracht?

Präsident Dr. Klink: Das Wort zur Beantwortung hat Frau Bürgermeister Mevissen.

Bürgermeister Annemarie Mevissen, Senator für Soziales, Jugend und Sport: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Stadtgemeinde Bremen sind zur Zeit 120 Kinder in 75 Tagespflegestellen untergebracht. In der Stadtgemeinde Bremerhaven sind 23 Kinder in 20 Tagespflegestellen untergebracht. Die in der Stadtgemeinde Bremen in Tagespflegestellen untergebrachten Kinder sind überwiegend Kleinkinder im Alter von 1 bis 4 Jahren und Schulkinder, die nur in Ausnahmen in Tagespflegestellen untergebracht werden, weil sie in der Regel in den Aufbau- und Vermittlungsgruppen und in den

(A) Hortgruppen der Kindertagesheime Aufnahme finden.

Frau Hänecke, damit hätte ich an sich die Frage Ihrer Fraktion beantwortet, wenn nicht im Text Ihrer Frage von sogenannten Tagesmüttern die Rede wäre. Die Unterbringung von Kindern in Tagespflegestellen entspricht nicht der Aufnahme von Kindern durch sogenannte Tagesmütter. In Tagespflegestellen werden Kinder nach dem von den Jugendämtern entwickelten Konzept — übrigens in der ganzen Bundesrepublik — während der Arbeitszeit ihrer Eltern für einen Teil des Tages, an einzelnen Wochentagen oder regelmäßig an fünf Wochentagen untergebracht. Vorrangig sind es Kinder in den ersten Lebensjahren und Kinder, die wegen der Arbeitszeit ihrer Eltern, die zum Teil Früh- oder Spätdienst haben, einer individuellen Unterbringung bedürfen.

In Tagespflegestellen sind im Regelfall ein bis zwei Kinder, im Ausnahmefall drei bis vier Kinder untergebracht. Die Pflegekosten in Höhe von 200 bis 250 Mark werden von den Eltern der Kinder selbst getragen. In Einzelfällen werden die Pflegekosten ganz oder teilweise vom Jugendamt übernommen.

Die Aufnahme von Kindern durch sogenannte Tagesmütter ist gegenüber der Unterbringung in Pflegestellen eine neue Einrichtung. Nach Berichten in einer Frauenzeitschrift über den in Schweden entwickelten Beruf der Tagesmutter hat sich in Bremen, wie in anderen Städten, eine Interessentengruppe gebildet, deren Bestreben darauf gerichtet (B) ist, eine Institutionalisierung der Tagesmütter als Beruf zu erreichen.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. Marianne **Hänecke** (CDU): Frau Bürgermeister, sieht der Senat beziehungsweise sehen Sie die Tagespflegestellen und auch die Tätigkeit der Tagesmütter als mögliche ständige Einrichtung oder nur als Überprüfungsmaßnahme des Fehlbestands an Kindergartenplätzen und so weiter an?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Bürgermeister!

Bürgermeister Annemarie Mevissen: Frau Hänecke, die Diskussion in der Deputation für Jugendhilfe ist angelaufen, aber noch nicht abgeschlossen. Es gibt unterschiedliche Meinungen zu diesem Problem. Wenn Sie mich persönlich fragen, dann möchte ich ungern durch eine neue Einrichtung dieser Art eine Provokation für Eltern erreichen, ihre Kleinstkinder vor Eintritt in den Kindergarten in anderen Stellen, ob Pflegestellen oder ähnlichen Einrichtungen, unterzubringen, weil die Bezugsperson für das Kind eine entscheidende Entwicklungshilfe für das Kind für das ganze Leben bedeutet.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. Marianne **Hänecke** (CDU): Würden Sie eine Mindestqualifikation voraussetzen bei der Erhaltung der Tagespflegestellen und bei der Neuschaffung, der eventuellen Neuschaffung des Berufsbildes Tagesmutter. (C)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Bürgermeister!

Bürgermeister Annemarie Mevissen: Ganz ohne Zweifel! Aber hier treffen Sie einen wunden Punkt, mit dem sich die Deputation sehr ernsthaft beschäftigen muß. Dadurch, daß die Eltern mit den Pflegestellen private Verbindungen anknüpfen und auch privat die entsprechenden Beträge zahlen, sind wir bisher nicht imstande, die ausreichende Qualifikation beziehungsweise Fortbildung und Beratung der Pflegemütter zu erreichen. Ich glaube, bei der neuen Festsetzung der Beträge für Pflegestellen, Mütter oder Eltern sollte dieses Problem einer Verbesserung der Beträge für die Aufnahme von Kindern verbunden werden mit dem Nachdruck, gleichzeitig während dieser Zeit der Aufnahme auch Fortbildungslehrgänge etwa in der Mütterschule oder anderen Stellen des Jugendamts von den Müttern zu erwarten beziehungsweise zu fordern.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. Marianne **Hänecke** (CDU): Wie — das heißt in welcher Form — wird heute eine Beaufsichtigung der Tagespflegestellen durchgeführt?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Bürgermeister!

Bürgermeister Annemarie Mevissen: Das Jugendamt vermittelt zum Teil, zum größten Teil durch Beratung die Eltern, die ihr Kind aus verschiedenen Gründen in eine Pflegestelle geben. Dadurch bekommt das Jugendamt die Möglichkeit, vor einer solchen Beratung die Pflegestelle selbst zu überprüfen und Gespräche mit der aufnehmenden Pflegemutter zu führen. Das Jugendamt bemüht sich um einen ständigen Kontakt mit der Pflegestelle insbesondere dann, wenn sich Erziehungsschwierigkeiten ergeben. (D)

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. Marianne **Hänecke** (CDU): Findet eine Überprüfung der Tagespflegestellen monatlich, zweimonatlich oder in welchem Rhythmus sonst statt?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Bürgermeister!

Bürgermeister Annemarie Mevissen: Diese Pflegestellen werden nicht in Form von monatlichen oder vierteljährlichen Überprüfungen einer Überprüfung unterzogen, sondern in der Verbindung auch mit dem Sozialdienst, mit dem Familiendienst und mit den Familienfürsorgerinnen wird eine solche Pflegestelle in unregelmäßigen Abständen besucht und die Beratung durchgeführt.

Aber ich sagte bereits, ich glaube mit Ernst, daß diese Aufgabe der Pflegestellen sehr viel enger an das Jugendamt angebunden werden muß, sowohl

(A) in der Überprüfung, als vor allem in der Beratung durch Fachkräfte.

(Abg. Marianne Hänecke [CDU]: Danke!)

Präsident Dr. Klink: Zu einer weiteren Zusatzfrage hat Herr Vizepräsident Bugla das Wort.

Abg. **Bugla** (SPD): Frau Bürgermeister, können Sie der Kollegin Hänecke bestätigen, daß die zuständige Fachdeputation aufgrund einer vorgelegten sehr umfangreichen Vorlage der Verwaltung sich mit diesem Problem bereits beschäftigt?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Bürgermeister!

Bürgermeister Annemarie Mevissen: Herr Bugla, ich erwähnte diese Situation bereits, und ich kann dieses nur bestätigen. Ich glaube, daß auch der CDU-Fraktion diese umfangreiche Synopse, die mit den Vorlagen den Mitgliedern der Deputation für Jugendhilfe zugeleitet worden ist, bekannt sein müßte. Und ich erwähnte gleichzeitig, daß eine Entscheidung in der Deputation für Jugendhilfe gefällt werden soll und in Vorbereitung ist.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Bugla** (SPD): Frau Bürgermeister, sind Sie mit mir der Auffassung, daß, wenn man der Frage der Prüfung der Einführung eines Tagesmüttersystems nähertritt, dabei berücksichtigen muß, daß (B) das bisherige Pflegewesen in keiner Form schlechter gestellt wird und keinerlei nachteilige Auswirkungen auf diesen Bereich erfolgen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Bürgermeister!

Bürgermeister Annemarie Mevissen: Ich bin mit Ihnen dieser Meinung, insbesondere weil in Bremen das Pflegekinderwesen nicht nur in den Tagespflegestellen, sondern auch in der vollen Aufnahme eines Pflegekindes in der Weiterentwicklung durch heilpädagogische Pflegestellen unter keinen Umständen gefährdet werden sollte, sondern fortentwickelt werden müßte mit einer Intensivierung dieser guten Entwicklung, die sich aber auch durch die heilpädagogischen Pflegestellen heraushebt aus der Bemühung auch anderer Großstädte und anderer Länder.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Bugla** (SPD): Frau Bürgermeister, sind Sie mit mir der Meinung, daß das, was im Bereich des Tagesmütterwesens im Zusammenhang mit arbeitsrechtlicher Lösung steht, mit der Frage versicherungsrechtlicher Lösung in dem System unserer sozialen Sicherung, nach unseren heutigen gesetzlichen Grundlagen überhaupt nicht möglich ist?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Bürgermeister!

Bürgermeister Annemarie Mevissen: Jedenfalls wird es außerordentlich schwierig sein, weil die Frage der Voraussetzung für eine solche Sicherung im Arbeits- und Rentensystem für jede Frau eine andere sein würde, wenn dies nicht nur zur Aufwandsentschädigung im Rahmen der Bezahlung der Pflegestellen kommen würde, sondern wenn diese Tagesmütter den Beruf einer Tagesmutter, also eine Institutionalisierung, anstreben, was bedeuten würde, daß sie zu Angestellten der Stadtgemeinde werden würden. (C)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort zu einer Zusatzfrage die Abgeordnete Frau Howey.

Abg. Gisela **Howey** (SPD): Frau Bürgermeister, ist in den Pflegestellen die Kontinuität der Betreuung der Kinder gewährleistet oder wird häufig gewechselt?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Bürgermeister!

Bürgermeister Annemarie Mevissen: Frau Howey, die Kontinuität innerhalb der Pflegestellen ist im Grunde die Voraussetzung, daß hier nichts Böses geschieht für die Kleinkinder, weil die Bezugsperson eine kontinuierliche sein müßte. Ich muß eingestehen, die Untersuchungen des Jugendamts haben sehr deutlich zu erkennen gegeben, daß diese Kontinuität durch das Zusammenspiel von abgebenden Eltern für eine vorübergehende Zeit und aufnehmenden Pflegeeltern in dem gegenwärtigen System des Pflegekinderwesens nicht gewährleistet ist. Wir haben bei der Überprüfung festgestellt, daß in einem Überprüfungszeitraum und in einer geringeren Zahl als der Gesamtzahl von etwa 57 Kindern in Pflegestellen bereits 21 Kinder mehrere Pflegestellen durchlaufen haben, und dies ist allerdings ein Alarmsignal, daß die Deputation sich mit dieser Frage, um die Absicherung der Pflegestellen ernsthaft bemühen muß. (D)

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. Gisela **Howey** (SPD): Wieweit werden bereits jetzt pädagogische Hilfen gewährt in den Fällen, wo zum Beispiel durch Eifersucht der Mutter auf die Pflegemutter pädagogische Probleme entstehen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Bürgermeister Mevissen!

Bürgermeister Annemarie Mevissen: Wie die Beratung am Beginn der Aufnahme eines Pflegeverhältnisses vom Jugendamt durchgeführt wird, so auch in den Fällen, in denen sich Konflikte ergeben, die zwischen der abgebenden Mutter und der aufnehmenden Mutter sehr leicht geschehen. In solchen Fällen wird die Beratung intensiv mit beiden Müttern, besonders mit der leiblichen Mutter, geführt, um nach anderen Wegen zu suchen.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr, Frau Howey!

Abg. Gisela **Howey** (SPD): Wieweit werden bei der Aufnahme eines Kindes in eine Pflegestelle

(A) Absprachen darüber getroffen, daß die Pflegemutter verpflichtet wird, das Kind über einen längeren Zeitraum hinaus zu betreuen und von daher auch einen häufigen Wechsel zu vermeiden?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Bürgermeister!

Bürgermeister Annemarie Mevissen: Das sind privatrechtliche Absprachen, Frau Howey! Insofern kann das Jugendamt nicht zwingend eingreifen, sondern nur beratend.

Präsident Dr. Klink: Wird eine weitere Zusatzfrage gewünscht? — Bitte, Herr Abgeordneter Ehlers!

(Zurufe: Vizepräsident!)

Herr Vizepräsident Ehlers!

Abg. **Ehlers** (CDU): Frau Bürgermeister, haben Sie Verständnis dafür, daß einzelne Kollegen oder auch ganze Fraktionen dieses Hauses, unabhängig von dem Beratungsstand eines Problems in der zuständigen Fachdeputation, im Interesse der Transparenz daran interessiert sein können, derartige Fragen auch hier in diesem Hause anzusprechen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Bürgermeister!

Bürgermeister Annemarie Mevissen: Natürlich, Herr Vizepräsident!

(Heiterkeit)

(B) Vor allen Dingen bin ich froh darüber, daß ein Thema, das nicht so aktuell ist wie das gerade eben diskutierte Thema, das ganze Haus einmal in Bewegung bringt.

Präsident Dr. Klink: Es war ein Fehler meinerseits, daß ich Herrn Ehlers nicht als Vizepräsidenten tituliert habe. Ich bin nur davon ausgegangen, daß nur der Amtierende Vizepräsident ist, da lag bei mir ein kleines Mißverständnis vor. Ich gebe zu, wir sollten künftig anders verfahren.

Als nächste hat das Wort zu einer Zusatzfrage die Abgeordnete Frau Lütjen.

Abg. Hede **Lütjen** (SPD): Frau Bürgermeister Mevissen, stimmt es, daß durch die Einrichtung von Tagespflegestellen Kinderwohnheime geschlossen werden können?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Bürgermeister!

Bürgermeister Annemarie Mevissen: Nein, das Kinderwohnheim ist eine völlig andere Einrichtung, in dem die Kinder ganztätig und meistens über eine längere Zeit untergebracht werden. Die Tagesmütter nehmen Kinder während einiger Stunden des Tages auf. Insofern ist das eine andere Form.

Präsident Dr. Klink: Zu einer weiteren Zusatzfrage hat das Wort der Abgeordnete Lahmann!

Abg. **Lahmann** (FDP): Frau Bürgermeister Mevissen, darf ich Sie zum Abschluß dieses Komplexes scherzhaft fragen, ob Sie nicht vorhin bei der Fragestellung — —

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Lahmann, wir wollen aber doch ernsthaft fragen! (C)

Abg. **Lahmann** (FDP): Aber doch wohl nicht tierisch-ernste Fragen, scheint mir. Erlauben Sie mir, die Fragestellung wieder aufzunehmen. Darf ich Sie also mehr oder weniger scherzhaft fragen, Frau Bürgermeister Mevissen, ob Sie nicht vorhin bei der Fragestellung durch Frau Kollegin Hänecke wegen der besonderen Betonung der Worte „Klein- und Schulkinder" auch die Assoziation gehabt haben, daß die CDU offenbar mit dem Gedanken zu spielen scheint, auch ihren Fraktionsvorsitzenden Klein in die Obhut einer Tagesmutter zu entlassen?

(Heiterkeit — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Es ist Ihnen überlassen, ob Sie antworten oder nicht, Frau Bürgermeister!

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Ich bedanke mich recht herzlich bei Frau Bürgermeister Mevissen.

Herr Abgeordneter Lahmann, ich muß Ihnen bestätigen, es war eine scherzhafte Frage.

Ich rufe auf die Frage Nummer 7. Sie hat die **Publizierung eines Entwurfs eines bremischen Schulgesetzes** zum Inhalt und ist unterschrieben von den Abgeordneten Hannelore Spies, Klein und Fraktion der CDU.

Ich darf Sie bitten, Frau Spies, die Frage zu stellen. (D)

Abg. Hannelore **Spies** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie beurteilt der Senat die Tatsache, daß ein Entwurf aus dem Hause des Senators für Bildung, Wissenschaft und Kunst zu einem neuen bremischen Schulgesetz von der AdL oder einer anderen Organisation publiziert wird, obwohl die Abgeordneten und Deputierten für Bildung bisher keine Vorlage dazu erhalten haben?

Präsident Dr. Klink: Das Wort zur Beantwortung hat Herr Senator Thape!

Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Thape: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Senat antwortet auf die Frage wie folgt:

Der Senat bedauert, daß ein für die behördeninterne Beratung bestimmter Entwurf eines Schulgesetzes schon in die Öffentlichkeit gelangt ist.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr, Frau Spies!

Abg. Hannelore **Spies** (CDU): Können Sie, Herr Senator, hier schon sagen, welche amtlichen Unterlagen diesem veröffentlichten und verkauften Entwurf zugrunde liegen? Ist es nur eine Vorbereitung oder schon eine amtliche Unterlage?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Thape: Ich kenne diesen Entwurf, der von einigen Gruppen außerhalb unseres Hauses

(A) verkauft wird, nicht. Ich kann nicht sagen, ob er auf amtlichen Unterlagen beruht. Ich kann nur sagen, daß wir einen Entwurf im Hause erarbeitet haben, der der Deputation, wenn er durchgearbeitet ist, selbstverständlich übergeben wird. Ich kann nur jeden warnen, solche Abdrucke zu kaufen, denn Entwürfe ändern sich sehr schnell, und unter Umständen stimmen sie dann mit dem, was nachher endgültige Wahrheit ist, zumindest für die Beratungen im parlamentarischen Raum, nicht mehr überein.

Präsident Dr. Klink: Zu einer weiteren Zusatzfrage hat das Wort die Abgeordnete Frau Spies.

Abg. Hannelore **Spies** (CDU): Sind Ihnen, Herr Senator, Bedienstete Ihres Hauses bekannt, die mit der AdL oder ähnlichen Organisationen zusammenarbeiten?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Thape: Nein!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Spies!

Abg. Hannelore **Spies** (CDU): Was gedenken Sie, Herr Senator, zu tun, um künftig solch ungewünschte Indiskretionen zu vermeiden?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Thape: Gar nichts! Wir können nicht auf
(B) der einen Seite mehr Transparenz verlangen von Verwaltungsvorgängen und -vorbereitungen, verlangen, daß viele Gruppen unterrichtet werden. Das bedeutet sehr hohe Druckauflagen, die wir von den Entwürfen herstellen müssen. Hohe Auflagen bedeutet, daß keine lückenlose Kontrolle mehr vorhanden ist.

Ich habe das Thema neulich schon in der Deputation angesprochen. Wir müssen uns entscheiden, sofort an die Öffentlichkeit zu gehen, unter Umständen auch im Hause, ohne die Abgeordneten zu unterrichten oder gleichzeitig die Abgeordneten zu unterrichten, weil Geheimhaltung oder Vertraulichkeit in dem Sinne, wie wir es früher gewohnt waren, einfach nicht mehr vorhanden ist. Ich habe keine Möglichkeit, in meinem Hause zu kontrollieren, wer ein Blatt weitergibt und wer nicht.

Präsident Dr. Klink: Wollen Sie noch eine weitere Zusatzfrage stellen? — Bitte sehr, Frau Spies!

Abg. Hannelore **Spies** (CDU): Da Sie eben den Vorgang des Schulverwaltungsgesetzes anführten, Herr Senator, sind Sie bereit, mir zuzugestehen, daß bei der Indiskretion dieses Falles keine Deputierten in Frage kommen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Thape: Ich bitte um Entschuldigung, wenn dieser Eindruck entstanden sein könnte. Ich habe das nur als Beispiel genannt, weil wir darüber diskutiert haben, daß die Deputierten einverstanden sein sollten, wenn bestimmte Ereignisse eintreten, daß man sie zwar unterrichtet, aber gleichzeitig (C)
auch die Öffentlichkeit unterrichtet, weil sonst ein schiefes Bild entsteht, beziehungsweise die Abgeordneten das Gefühl bekommen, sie würden aus der Presse unterrichtet, obwohl wir die Presse gar nicht benachrichtigten.

Falls der Eindruck entstanden sein sollte, daß ich in diesem speziellen Fall, den Sie aufgeworfen haben, Abgeordnete in Verdacht habe, sie könnten Informationen nach draußen getragen haben, so ist das nicht der Fall. Ich erkläre hier ausdrücklich, daß ich das nicht glaube.

Aber nur in diesem speziellen Fall!

(Heiterkeit)

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Thape sehr herzlich für die Antworten.

Die letzte Frage im Rahmen der Fragestunde hat **Sehschulen im Lande Bremen** zum Thema und ist unterzeichnet von den Abgeordneten Marianne Hänecke, Klein und Fraktion der CDU.

Ich bitte die Abgeordnete Frau Hänecke, die Frage zu stellen.

Abg. Marianne **Hänecke** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wieviele Sehschulen gibt es im Lande Bremen und wieviele Kinder wurden in den letzten zwei Jahren in diesen Sehschulen wegen Schielens behandelt? (D)

Präsident Dr. Klink: Das Wort zur Beantwortung hat Herr Senator Müller!

Senator für Gesundheit und Umweltschutz Müller: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat beantwortet die Frage wie folgt:

Im Lande Bremen gibt es insgesamt vier — Bremen drei, Bremerhaven eine — Sehschulen, das heißt Übungsstätten für Schielkinder, in denen mit Hilfe bestimmter Geräte, die von Orthoptistinnen bedient werden, nach augenärztlicher Anordnung Schielbehandlungen durchgeführt werden.

In den Sehschulen der Stadtgemeinde Bremen werden täglich etwa 80 Kinder behandelt. In Bremerhaven werden täglich etwa 20 Kinder behandelt.

Wieviel Kinder insgesamt in den letzten zwei Jahren in diesen Sehschulen wegen Schielens behandelt worden sind, konnte in der Kürze der Zeit nicht ermittelt werden. Ich bin aber bereit, der Deputation entsprechende Auskünfte zu geben, wenn die Ermittlungen abgeschlossen sind.

Präsident Dr. Klink: Wollen Sie eine Zusatzfrage stellen? — Bitte sehr, Frau Hänecke!

Abg. Marianne **Hänecke** (CDU): Können alle Kinder, die einer Behandlung bedürfen, momentan behandelt werden? Sind die Plätze ausreichend?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Müller: Die Plätze sind nicht voll ausreichend. Es bestehen Wartezeiten, zum Beispiel im

(A) Zentralkrankenhaus St. Jürgen-Straße zwei Monate Wartezeiten.

Präsident Dr. Klink: Zu einer weiteren Zusatzfrage hat das Wort die Abgeordnete Frau Hänecke!

Abg. Marianne **Hänecke** (CDU): Was ist der Grund für die Wartezeiten? Sind nicht genügend Orthoptistinnen vorhanden, fehlt es an Augenärzten?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator Müller!

Senator Müller: Sowohl-Als-auch! Es fehlt an Augenärzten, insbesondere aber an Orthoptistinnen, die nicht in der genügenden Zahl nicht nur nicht in Bremen, sondern auch im Bundesgebiet vorhanden sind.

Präsident Dr. Klink: Wollen Sie eine weitere Zusatzfrage stellen? — Bitte, Frau Hänecke!

Abg. Marianne **Hänecke** (CDU): Halten Sie es für lohnenswert, in Bremen eine Schule für Orthoptistinnen einzurichten, damit zumindest unser Bedarf gedeckt werden kann?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Müller: Frau Hänecke, wir sind der Meinung, daß es nicht sinnvoll ist, eine solche Schule in Bremen einzurichten. Wir nehmen jedoch andere Schulen in der Bundesrepublik in Anspruch, um (B) dann die Kräfte hier in Bremen zu beschäftigen, die sich melden. Tatbestand ist, daß wir insgesamt in der Bundesrepublik zu wenig Orthoptistinnen haben. Wir würden durch eine neue Schule in Bremen, die nicht voll frequentiert würde, unwirtschaftlich handeln. Die Zusammenarbeit mit den anderen Ländern halten wir für vorteilhafter. Dieser Weg wird gegangen, wenn Bewerbungen vorliegen.

Präsident Dr. Klink: Wollen Sie noch eine weitere Zusatzfrage stellen? — Bitte sehr, Frau Hänecke!

Abg. Marianne **Hänecke** (CDU): Ist Ihnen bekannt, daß es noch keine einheitlichen Ausbildungsrichtlinien für Orthoptistinnen gibt, und würden Sie sich dafür einsetzen, daß das in Zukunft bundeseinheitlich geregelt werden kann?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator Müller!

Senator Müller: Es gibt zur Zeit keine bundeseinheitliche Regelung, sie wird aber angestrebt. Wir sind der Meinung, daß diese Ausbildung in Zukunft bundeseinheitlich geregelt werden muß. Tatbestand ist jedoch, daß die Urkunden, die von den einzelnen Schulen ausgestellt werden, bundeseinheitlich von allen Ländern akzeptiert werden.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Senator Müller, für die erteilten Antworten.

Damit ist der Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich bedanke mich bei Ihnen, daß Sie so geschäftsordnungsfreundlich waren, denn die Fragestunde war um. Ich hätte sonst in eine Abstimmung eintreten lassen müssen, wenn noch weitere Fragen vorgelegen hätten, ob wir die Fragestunde verlängern wollen. Wir haben jedoch genau die Stunde eingehalten, ich glaube, zum ersten Mal. (C)

Bericht über die Lage der mittelständischen Wirtschaft im Lande Bremen vom 12. Juli 1973

(Drucksache 8/583)

Wir verbinden hiermit:

Mittelständische Wirtschaft im Lande Bremen
Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD vom 3. Oktober 1973

(Drucksache 8/613)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Jantzen, ihm beigeordnet Herr Senatsdirektor Dr. Nemitz und Herr Regierungsrat Moczarski.

Nach den Ausführungen des Sachverständigen, Herrn Ingo Benoit, zum Bericht der Wirtschaftskammer in der Sitzung am 5. September 1973 ist die Beratung dieses Tagesordnungspunktes auf die heutige Sitzung vertagt worden. (D)

Der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD ist unterschrieben von den Abgeordneten Kunick, Kähler und Fraktion der SPD. Er ist hektographiert an die Abgeordneten verteilt worden.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die SPD-Fraktion hat uns heute morgen die Entschließung Nummer 8/613 zugeleitet, die sich mit dem Gegenstand dieser Debatte befaßt. Sie umfaßt acht Punkte, und ich muß zu dieser Entschließung einen Beschluß meiner Fraktion herbeiführen. Dafür werden Sie sicherlich Verständnis haben. Deswegen möchte ich zu Beginn der Debatte den Antrag stellen, nach Abschluß der Debatte damit einverstanden zu sein, daß die Sitzung um rund eine halbe Stunde unterbrochen wird. In dieser Zeit werde ich dann eine Fraktionssitzung einberufen, um abschließend eine Stellungnahme zu Ihrem Entschließungsantrag zu erarbeiten.

Präsident Dr. Klink: Herr Kollege Klein, ich nehme Ihren Hinweis auf. Ich werde nach Schluß der Beratung — vor der Abstimmung — gemäß Paragraph 25 unserer Geschäftsordnung die Sitzung für eine halbe Stunde unterbrechen.

(Abg. Klein [CDU]: Schönen Dank!)

(A) Das Wort hat der Abgeordnete Kunick als erster Debatten-Redner.

Abg. **Kunick** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für die Fraktion der SPD darf ich Herrn Benoit, dem Gutachter der Wirtschaftskammer, danken für seine in der letzten Bürgerschaftssitzung gegebene ausführliche Darstellung der wichtigsten Fakten der Untersuchung über die Situation der mittelständischen Wirtschaft im Lande Bremen.

Dieses Gutachten, das durch die Wirtschaftskammer in paritätischer Beteiligung der Arbeitnehmerwie Arbeitgeberseite, also der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven, der Handwerkskammer, der Handelskammer Bremen, der Angestelltenkammer, der Arbeiterkammer, in 35 Sitzungen bei der Wirtschaftskammer erarbeitet worden ist, gibt nach unserer Auffassung eine solide und detaillierte Grundlage, wie eine künftige Wirtschaftspolitik mit der Zielrichtung auf kleine und mittlere Unternehmen aufgebaut werden kann.

Die SPD-Fraktion erkennt eine Reihe von Strukturschwächen aus diesem Gutachten, die zu mindern teils Aufgabe der Unternehmerkammern, der Unternehmerverbände, teils Aufgabe der politischen Gremien ist. Darüber hinaus möchten wir im Rahmen dieser Debatte auf einige Sorgen der kleinen und mittleren Betriebe hinweisen, die außerhalb des eigentlichen Untersuchungsgegenstandes auftreten, beziehungsweise außerhalb des Unter-
(B) suchungszeitraumes relevant geworden sind.

Lassen Sie mich zuerst eingehen auf die Frage, ob der Rückgang der Zahl kleiner und mittlerer Unternehmen eine Auflösung der mittelständischen Wirtschaft signalisiert. Ich meine, so kann man das nicht sehen. Auch der Begriff, was ein kleines und ein mittleres Unternehmen ist, unterliegt in der zeitlichen Perspektive einer gewissen Dynamik. Und zumindest die Unternehmer, die aus dem Bereich der in dem Gutachten als kleines und mittleres Unternehmen eingegrenzt sind, also die Unternehmer, die aus diesem Bereich herausgewachsen sind, werden das Wachsen ihrer Unternehmen kaum als Ende ihrer mittelständischen Situation auffassen.

Der Bericht weist zu Recht darauf hin, daß sich eine Reihe von Unternehmen in die Gruppe der größeren Unternehmen hochgearbeitet hat, weiter, daß der technische Fortschritt zur Vergrößerung von Unternehmen zwingt, und schließlich teilen wir Sozialdemokraten auch die Ansicht, daß diejenigen, deren Betriebsstrukturen veralten, das unternehmerische Risiko dafür zu tragen haben, und daß natürlich gerade in diesem Bereich, der noch Marktwirtschaft im engeren Sinn darstellt, das unternehmerische Risiko mit echter Konkurrenz auch dazu führt, daß Unternehmen aus dem Marktprozeß ausscheiden.

Wir halten diesen Bereich für besonders wichtig, gerade deshalb, weil wir, entgegen allen Unterstellungen, die Marktwirtschaft, wo sie funktioniert, hoch einschätzen, weil es sich hier um einen Bereich handelt, in dem Eigentümer noch durch Mitarbeit (C) sich um die Ertragserzielung bemühen.

In diesem Zusammenhang lassen Sie mich besonders hinweisen auf Belastungen, die nach Beantwortung der Fragen der Kammer, die gar nicht in diesem Bericht stehen können, die nachträglich auf die kleinen und mittleren Unternehmer zugekommen sind, und zwar auch Fragen der Zinsbelastung. Soweit die kleinen und mittleren Betriebe mit Fremdkapital arbeiten, leiden sie besonders unter den gegenwärtigen astronomischen Zinssätzen, welche zum Zeitpunkt der Fragestellung für sie noch nicht relevant waren.

Sie leiden darunter ungleich schwerer als eine Großwirtschaft, die in der Lage ist, über Lieferungen an Tochterunternehmungen oder Bezüge von Tochterunternehmungen sich Kapital zu beschaffen, das billiger ist als Kapital, das man zur Zeit auf dem Inlandsmarkt aufnehmen kann. Die kleinen und mittleren Unternehmungen stehen zudem nicht in gegenseitiger Abhängigkeit von den Großbanken, in gegenseitiger Abhängigkeit, die der Großwirtschaft immer noch günstigere Konditionen sichert als dem Mittelstand.

Genau dies ist einer unserer Kritikpunkte am gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftssystem, nämlich daß die Großkonzerne doch eigentlich industrielle Preispolitik machen, die zu Kreditrestriktionen führt, der Mittelstand, insbesondere aber die kleinen und mittleren Unternehmungen, dann die Lasten dieser durch die konjunkturelle Situation (D) bedingten Kreditmarktpolitik zu tragen hat, wie die Vergleichs- und Konjunkturstatistiken beweisen.

Die SPD-Fraktion begrüßt in diesem Zusammenhang — Sie können das auch aus unserer Entschließung ersehen — die Zinssubventionspolitik des Senats im Hinblick auf kleine und mittlere Unternehmungen und gibt dem Willen Ausdruck, die Zinssubventionstitel auch zu erhöhen, wenn es einmal zu einer Ausschöpfung dieser Titel kommen sollte. Bisher war das leider nicht der Fall.

Die sozialdemokratische Fraktion dieses Hauses, meine Damen und Herren, schätzt die Funktion der mittelständischen Wirtschaft für die Deckung der Bedürfnisse der Verbraucher und für die Flexibilität der Wirtschaft außerordentlich hoch ein. Um so mehr, meinen wir Sozialdemokraten, gilt es Schwächen abzustellen, die dieses Gutachten für den unternehmerischen Sektor ausweist. Und da wir uns für die Erhaltung des marktwirtschaftlichen Bereichs aussprechen, kann es sich teils nur um eine Verbreiterung des staatlichen Unterstützungsangebots handeln, teils um Hinweise an Selbstverwaltungskörperschaften und Unternehmensverbände, sich dieser schwachen Punkte anzunehmen.

Da ist zunächst der Punkt Unternehmensführung, der aus allen Bereichen dieses Gutachtens Mängel signalisiert. Da ist als wichtigstes Problem die Stärkung der Kenntnisse in moderner Unternehmensführung bei den Eigentümern der mittelständischen Wirtschaft. Wie ein roter Faden zieht sich durch

(A) dieses Gutachten — ich nehme hier die Abteilung Verkehr teilweise aus — die Feststellung, daß die kleinen und mittleren Unternehmen kaum Kostenrechnung und Unternehmensplanung kennen, ja es wird sogar von ihnen beklagt, die vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Mindestverwaltungsarbeiten seien zu aufwendig.

Dies, meine Damen und Herren, bedeutet, daß man zum Teil nicht erkannt hat, daß Jahresabschluß und die vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Aufzeichnungen der Unternehmensleitung neben ihrer für den Fiskus wichtigen Funktion gleichzeitig auch die Funktion haben können, wichtige Instrumente der Unternehmensführung zu sein. Lehrgänge in Kalkulation, Investitions- und Absatzplanung und anderen Führungsinstrumenten der Unternehmer stärker als bisher für Unternehmen und Leitungskräfte anzubieten, muß nach unserer Auffassung vorrangig eine Aufgabe für die Handels- und Handwerkskammern sein. Die Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft werden daran gemessen werden, wie sie in Zukunft diese Aufgabe bewältigen.

Auch bei den Arbeitnehmern dieser Betriebe gibt es Ausbildungsprobleme, wie deutlich angemerkt wird. Nur mit einem Satz sei angemerkt, daß die Heranführung der Ingenieurschulen und Wirtschaftsfachschulen an den universitären Bereich eine Lücke aufgerissen hat für das Angebot an Führungskräften für kleine und mittlere Unternehmen, eine Lücke, um deren Schließung sich der Deutsche (B) Gewerkschaftsbund und die Angestelltenkammern mit ihren Fachschulen bemühen, eine Lücke, die aber leider bei der Vielzahl der ausgefallenen Institutionen für den mittelständischen Bereich noch nicht geschlossen ist.

Von besonderer Bedeutung für die Existenz unserer mittelständischen Betriebe — so das Gutachten — sei weiter die Zurverfügungstellung qualifizierter Arbeitskräfte, weil in den kleinen und mittleren Betrieben Arbeitsteilung nicht so weit fortgeschritten sei wie in der Großwirtschaft. Hier sind mehrere Problemkreise angesprochen.

Im gegenwärtigen Ausbildungssystem kann die Wirtschaft nur insoweit qualifizierte Arbeitskräfte erwarten, als sie selber qualifiziert ausbildet. Hier aber gibt es offensichtlich Mängel. Wir wollen die Fälle, in denen weniger ausgebildet als billige Arbeitskraft gewinnsteigernd eingesetzt wird, gar nicht verallgemeinern. Wir fordern aber doch eine schärfere Überwachung der Einhaltung des Berufsbildungsgesetzes. In unserer Resolution fordern wir den Senat auf, daß die staatliche Kontrolle und Überwachung der Betriebsausbildung verstärkt wird.

Die SPD-Fraktion, meine Damen und Herren, ist der Auffassung, daß hier Funktionen von den Unternehmerkammern auf den Staat übertragen werden sollten. Darüber hinaus ist eine grundsätzliche Reform der Berufsausbildung unabdingbar und auch im Sinne der mittelständischen Wirtschaft notwendig. Letztlich begünstigt das duale System die Großindustrie und belastet die mittleren und kleineren Betriebe, die die Ausbildung genau nehmen. Für die Bewältigung der gegenwärtigen Situation (C) fordern wir in unserer Resolution auf, Modelle der außerbetrieblichen und überbetrieblichen Ausbildung zu entwickeln und zu erweitern, um die Ausbildungssituation für die mittelständische Wirtschaft zu verbessern.

Nächster Punkt: Kooperation! Das Gutachten stellt leider fest, daß die Bereitschaft zur Zusammenarbeit, zur Kooperation, mit wachsender Unternehmensgröße wächst. Dabei hätten gerade die kleinen und mittleren Unternehmen es nötig, stärker in Kooperation zu gehen. Die SPD-Fraktion fordert den Senator für Wirtschaft und die berufsständischen Organisationen auf, mehr Werbung für gelungene Kooperationsbeispiele zu machen.

Ein Punkt, der auch nicht notwendigerweise immer wieder einen Mangel darstellen müßte, ist die vielfache Klage, daß man Schwierigkeiten habe mit der Finanzierung hoher Außenstände, daß man in einem hohen Maße Forderungen gegenüber Kunden hat, für die man lieber Bargeld in der Kasse hätte. Warum eigentlich, so stellt sich doch hier die Frage, gibt es keine Ansätze für die Gründung mittelständischer Factoring-Banken, also von Organisationen der mittelständischen Wirtschaft, die die Wirtschaft schneller wieder refinanzieren, indem sie Kundenforderungen aufkaufen und in Bargeld in der Kasse verwandeln!

Es ist immer wieder die Frage, ob man als Teil der Wirtschaft bestimmte Dinge in die eigene Hand (D) nimmt, oder ob man sich bedienen läßt für viel Geld. So ist es leider im kapitalistischen System.

(Abg. John [FDP]: Fordern Sie doch gleich den Sozialismus!)

Meine Damen und Herren, und ebenfalls signalisiert dieses Gutachten, daß in dem Einkaufsbereich von kleinen und mittleren Unternehmen leider die Konditionen nicht erreicht werden können, die der Großindustrie geboten werden. Auch hier stellt sich doch das Problem für die Betroffenen, ob es nicht verstärkt möglich ist, sich auf dem Gebiet des Einkaufs zusammenzuschließen. Das läßt sich ja durchaus so organisieren, daß die mit dem gemeinsamen Einkauf der Rohstoffbeschaffung betreute Organisation in der Dispositionsgewalt der einzelnen daran beteiligten Unternehmen liegt, daß die Einkaufsgenossenschaft also nicht über die Einzelunternehmen regiert, sondern umgekehrt die Einzelunternehmen sich den Einfluß auf die Einkaufsgenossenschaft erhalten.

Und schließlich zu einem wichtigen Problem, zur Frage der Unternehmensberater! Hier liegt offensichtlich — und das ergibt sich auch schon aus den anderen Punkten, die das Gutachten als mangelhaft gelöst ansieht — ein viel zu schwach beackertes Feld. Ich verweise auf die Antwort des Senats auf unsere Anfrage. Das Gutachten weist nach, daß weitgehend das Bedürfnis nach Wirtschaftsberatung noch nicht einmal erwacht ist, obgleich in vielen anderen Punkten sehr deutlich wird, daß die

(A) Arbeitsweise der Unternehmen durchaus gewinnorientiert verbessert werden könnte.

Die SPD-Fraktion fordert den Senat auf, Wege zu finden, um die Betriebsberatung der mittleren und kleinen Unternehmen zu verbessern. Ob dieser Weg über eine Stärkung bestehender Institutionen gegangen werden soll — ich denke hier insbesondere an das Rationalisierungskuratorium der Wirtschaft, eine paritätisch auch mit dem DGB besetzte Organisation —, oder ob wir einen eigenen Wirtschaftsberatungsservice des bremischen Staates schaffen, das muß einer weiteren Untersuchung und Beratung in der Deputation vorbehalten bleiben.

Die SPD-Fraktion fordert, staatliche Hilfen für den mittelständischen Bereich in Zukunft stärker mit Unternehmensberatung zu verbinden, um eine langfristige Wirksamkeit beim Erreichen der Förderungsziele stärker als bisher zu garantieren. Unsere Kritik an der bisherigen Beratungspraxis bezieht sich insbesondere darauf, daß von den Institutionen der Unternehmerschaft viel zu schwach auf die Notwendigkeit betrieblicher Beratung hingewiesen worden ist.

Man kann einen solchen Mittelstandsservice nicht einfach bei den Unternehmerkammern nebenbei unterhalten und in Ruhe abwarten, ob der eine oder andere kleine oder mittlere Unternehmer vielleicht einmal kommt und beraten werden möchte. Für die Fraktion der SPD darf ich zum Ausdruck bringen, daß wir bereit sind, die Mittelansätze für (B) die Betriebsberatung zu erhöhen, wenn eine stärkere Inanspruchnahme dieser Dienste auf uns zukommt.

Ein weiterer Mangelpunkt ist die weithin nicht vorliegende Kenntnis staatlicher Förderungsmöglichkeiten. Die SPD-Fraktion ermuntert mit dieser Resolution, die Ihnen heute vorliegt, den Senator für Wirtschaft zu einer verstärkten Öffentlichkeitskampagne, die sich direkt an die kleinen und mittleren Unternehmen richtet, also an die, um die es geht.

Hier, meine Damen und Herren, meinen wir, lohnt sich der Einsatz von Steuermitteln, um die Unternehmer an die staatliche Förderung überhaupt erst stärker heranzubringen. Ohne der Verwaltung nun in technischen Dingen Vorschriften machen zu wollen, würde ich vorschlagen, das auf dem Wege eines Loseblatt-Handbuchs zu machen, in dem sowohl die Möglichkeiten von Bundes- und Landesförderung bekannt gemacht werden, als auch Hinweise auf Institutionen, auf Kreditwesen, Beratungswesen, Kammern und so weiter enthalten sein sollten. Ein solches Buch sollte den Unternehmern direkt vom Senator für Wirtschaft und Außenhandel ins Haus geschickt werden, um damit einen in die Breite gehenden Mittelstandsdienst ins Leben zu setzen.

Lassen Sie mich schließlich noch auf einige wenige Punkte hinweisen, die außerhalb dieses Untersuchungsfeldes liegen, aber von großer Wichtigkeit für die Sicherung der Existenz der kleinen und mittleren Unternehmen sind.

Erster Punkt: Gewerbesteuerfreibetrag! Genauso (C) wie wir Sozialdemokraten eine Veränderung der Arbeitnehmerfreibeträge erwarten, erwarten wir auch, daß bei einer Anpassung der Steuertarife der Gewerbesteuerfreibetrag erhöht wird, also an eine veränderte Kaufkraft- und Geldwertsituation angepaßt wird. Beide Maßnahmen sind im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit und auf Steuergerechtigkeit in unserem Wirtschaftsablauf notwendig.

Zweitens: Die SPD-Fraktion hält eine Erleichterung des Eintritts der Selbständigen zur Solidargemeinschaft der Rentenversicherung für notwendig. Wir regen eine Initiative des Senats dergestalt an, daß die Einzahlungsfristen für die Selbständigen verlängert werden. Man kann sich in einer Vielzahl von Fällen gar nicht vorstellen, wie ein Selbständiger innerhalb von drei Jahren einen Eintrittsbetrag von 40 000 Mark aufbringen soll. Würden hier die Fristen verlängert, dann würde der gute Wille des Bundesgesetzgebers stärker in die Realität umgesetzt werden können, kämen wir verstärkt zu einer sozialen Sicherung auch dieses Bereichs unserer Gesellschaft.

Drittens: Wir geben an die Unternehmerkammern den Wunsch vieler Selbständiger nach stärkerer Mitwirkung und Repräsentation weiter. Die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD, deren Initiative an der Wiege dieses Gutachtens Pate gestanden hat, vertritt mit dieser Forderung nach stärkerer Repräsentation des Mittelstands in den Kammern die Forderung vieler kleiner und mittlerer (D) Unternehmer.

Viertens: Teilnahme an Ausschreibungen! Es gibt immer wieder Bitten der mittelständischen Wirtschaft, stärker als bisher an Staatsaufträgen beteiligt zu werden. Nun kann niemand Abgeordnete des Parlaments oder Regierungen aus der Pflicht nehmen, an den jeweilig günstigsten Anbieter zu vergeben. Daß bei gleichen Konditionen die bremische Wirtschaft den Zuschlag erhält, wird von uns begrüßt. Die SPD-Fraktion regt aber darüber hinausgehend an, auch Angebote von Teilmengen zuzulassen, um die mittelständische Wirtschaft stärker als bisher an der staatlichen Bedarfsdeckung zu beteiligen. Die SPD-Fraktion geht davon aus, daß Ausschreibungen so abgefaßt werden, daß jeder günstige Anbieter eine Chance hat.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Die SPD stellt folgende Entschließung zur Beschlußfassung:

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Vorlage des Gutachtens zur Situation der mittelständischen Wirtschaft im Lande Bremen durch die Wirtschaftskammer Bremen. Dieses Gutachten zeigt, daß die auf kleine und mittlere Betriebe ausgerichtete Wirtschaftspolitik Bremens richtig ist, jedoch der Verstärkung und Ergänzung bedarf.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert, die Information über staatliche Förderung kleiner und mittlerer Betriebe derart zu verbessern, daß die Unternehmer

(A) unmittelbar, ausführlich und aktuell unterrichtet werden.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) bedauert die durch das Gutachten wie durch die Antwort des Senats auf die Anfrage der SPD deutlich gewordenen Mängel in der Betriebsberatung. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert zu prüfen, ob die Betriebsberatung durch Stärkung bestehender Institutionen oder durch ergänzende staatliche Maßnahmen verbessert werden kann. Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, daß die Notwendigkeit betrieblicher Beratung stärker als bisher an die mittelständischen Unternehmer herangetragen werden muß. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert eine stärkere Verknüpfung von Betriebsberatung und Wirtschaftsförderung.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert eine schärfere Überwachung der Einhaltung der Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes und erwartet, daß die staatliche Kontrolle und Überwachung der Betriebsausbildung verstärkt wird.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) erkennt die besondere Belastung der kleinen und mittleren Unternehmen durch die gegenwärtige Hochzinspolitik zur Bremsung des Preisanstiegs, weil mittelständische Unternehmen im Gegensatz zu multinationalen Großkonzernen keine Möglichkeiten haben, günstigere Konditionen auf dem internationalen Kapitalmarkt wahrzunehmen.

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Bemühungen des Senats, der mittelständischen Wirtschaft (B) durch Zinssubventionen und Bürgschaften zu helfen. Sie erklärt ihre Bereitschaft, die Zinssubventionstitel zu erhöhen, wenn die zur Verfügung gestellten Mittel nicht ausreichen sollten.

5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert, Modelle der zwischenbetrieblichen und überbetrieblichen Ausbildung zu entwickeln und die Zahl der Ausbildungsplätze zu erweitern, um so den Sorgen der mittelständischen Wirtschaft um eine qualifizierte Berufsausbildung entgegenzukommen.

6. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert, das öffentliche Auftragswesen so zu gestalten, daß kleinere Betriebe Teilpositionen anbieten können. Sie begrüßt, daß bei gleich guten Angebotskonditionen bremischen Anbietern der Zuschlag gegeben wird.

7. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert, auf Bundesebene Initiativen zu ergreifen, welche den Beitritt der Selbständigen zur gesetzlichen Rentenversicherung erleichtern, indem die Fristen für die Einzahlung der Mittel verlängert werden.

8. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, daß im Rahmen einer Neuregelung der Steuerfreibeträge auch der Gewerbesteuerfreibetrag zur Stärkung der kleinen und mittleren Betriebe erhöht wird.

Soweit, meine Damen und Herren, der Antrag der Fraktion der SPD, für den wir Ihre Zustimmung erbitten.

Im übrigen beantragen wir nach Abschluß der Debatte die Überweisung des Gutachtens an die Deputation für Wirtschaft und Außenhandel, um uns dort weiter über wichtige Detailfragen zu unterhalten und zu beraten. (C)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Koschek.

Abg. **Koschek** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst eine persönliche Bemerkung zu Herrn Kunick! Damit das klar ist, damit Sie nicht in Spannung leben müssen, sage ich Ihnen, daß ich nicht Ihre Meinung teile, daß die SPD eine richtige mittelständische Politik betreibt und betrieben hat. Ich bin vielmehr der Meinung, daß gerade Ihre Politik den Kleinen und Mittelständler tötet und das Großunternehmen fördert, meine Damen und Herren!

(Abg. B e h r e n s [SPD]: Das ist aber auch nur eine Behauptung!)

Natürlich! Sie können ja anderer Meinung sein! Sie können ja in der Öffentlichkeit so tun, als wären Sie anderer Meinung!

Meine Damen und Herren, auch wir begrüßen den Bericht über die Lage der mittelständischen Wirtschaft im Lande Bremen. Er gehört leider zu den Seltenheiten in diesem Hause, daß den Wünschen der Opposition Rechnung getragen wird.

(Oho-Rufe bei der SPD)

Nur, 1970 herrschten ja noch andere Mehrheitsverhältnisse! Die SPD war ohne Mehrheit. Sie sehen, daß der Verlust der absoluten Mehrheit auch positiv sein kann. (D)

(Abg. K ä h l e r [SPD]: Das haben wir in Bonn erlebt!)

So sehr wir diesen Bericht begrüßen, um so mehr müssen wir davor warnen, aus diesem Bericht falsche Schlüsse zu ziehen. Noch nie zuvor haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik so grundlegend geändert wie in den letzten Jahren. Deshalb ist es unumgänglich, daß dieser Bericht fortgeschrieben wird, unverzüglich fortgeschrieben wird, meine Damen und Herren! Die Fortschreibung ist meiner Meinung nach mit geringen Kosten zu erreichen. Man könnte zum Beispiel einige Fragen auch telefonisch erledigen. Aber ich will mich da nicht festlegen. Über die Art und Weise muß das betreffende Institut entscheiden.

Wir müssen diesen Bericht auf dem laufenden halten und die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse erfassen. Sonst wäre dieser Bericht weniger wert. Die inflationäre Politik der Bundesregierung und die in Bewegung gesetzten Restruktionsmaßnahmen erfordern eine klare Einschätzung der mittelständischen Wirtschaft.

Auf Seite 105 stellt man fest, daß zum Beispiel der bremische Einzelhandel, die mittleren und großen Betriebe, überdurchschnittlich verschuldet sind. Die Verschuldung mit kurzfristigen Fremdmitteln war bei den kleinen Unternehmen 25 Pro-

(A) zent, bei den mittleren 32 Prozent, und bei den großen 49 Prozent. Das kann nach dem heutigen Stand bedeuten, daß sich viele dieser Unternehmen in einer schwierigen finanziellen Lage befinden, denn der Bericht, meine Damen und Herren, gibt ja nicht die heutigen Verhältnisse wieder.

Ich fordere daher den Senat auf, Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, den durch die Politik der Bundesregierung unverschuldet in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Unternehmen zu helfen. In jedem Falle halte ich es für unerläßlich, daß die Zinsbeihilfen nicht nur über den 31. 12. 73 fortgesetzt werden, sondern auch weiter ausgebaut werden müssen. Die bisher gewährte Zinsbeihilfe von 3 Prozent, meine Damen und Herren, ist nicht mehr up to date! Auch die zu verbilligende Kreditsumme zum Höchstbetrag von 100 000 D-Mark muß erweitert werden.

Ich fordere Sie auf, Mittel zur Verfügung zu stellen, die ausreichen, auch rückwirkend, meine Damen und Herren, für das Jahr 1973 Zinsbeihilfen zu gewähren, um die Ertragslage zu verbessern. Die kreditpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung treffen in erster Linie den kleinen mittelständischen Betrieb. Es liegt an uns, zu helfen, damit volkswirtschaftlich nicht wieder gutzumachende Schäden abgewendet werden können.

(Beifall bei der CDU)

Im Bericht wird zum Beispiel erwähnt, daß nur
(B) wenige die Abschaffung der Gewerbesteuer gefordert haben. Man sollte auch hier keine falschen Schlüsse ziehen, meine Damen und Herren! Es kommt doch auf die Fragestellung an! Es ist doch nicht gefragt worden: Sind Sie für die Abschaffung der Gewerbesteuer? Ich möchte nur vermeiden, daß die Regierungspartei die Erhöhung der Gewerbesteuer als einen Wunsch der Wirtschaft ansieht. Das war ja nun nicht der Fall!

Ich gehe wohl recht in der Annahme, daß wir alle der Meinung sind, daß inzwischen veränderte wirtschaftliche Verhältnisse eingetreten sind, und daß wir diesen veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragen müssen. Die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse und Strukturen werden besonders deutlich auf dem Sektor des Baumarkts.

Wenn es im Jahr 1970 noch einen unverminderten Bedarf an Wohnungen gab, die Bautätigkeit auf vollen Touren lief, in Bremen-Stadt laut Flächennutzungsplan von 1967 immer noch die projektierte Einwohnerzahl von 800 000 für das Jahr 1980 als Richtzahl galt, sind besonders in der letzten Zeit Diskussionen darüber geführt worden, ob für das Jahr 1980 eine Einwohnerzahl von 600 000 nicht realistischer ist, wobei viele Fakten hierfür angeführt werden.

Eine Verminderung der Einwohnerzahl von 800 000 auf 600 000 entspricht von der Zahl her einem Minderbedarf von etwa 50 000 Wohnungen, wenn für eine Wohnung etwa vier Personen gerechnet werden. Verteilt über einen Zeitraum von etwa zehn Jahren bedeutet das, daß jährlich etwa 5000 (C) Wohnungen weniger benötigt werden, als wenn die projektierte Einwohnerzahl von etwa 800 000 im Jahre 1980 tatsächlich auch erreicht worden wäre. Das hier von mir angesprochene Beispiel hinsichtlich der Einwohner und der Wohnungen ist deswegen sehr interessant, da auch das Baugewerbe ein Teil des Mittelstands ist, und eine Expandierung ist nur dann gegeben, wenn eine steigende Nachfrage besteht.

Doch auch andere Bereiche des gewerblichen Mittelstands werden von der Stagnierung der Bevölkerungszahl in Bremen betroffen. Die CDU-Fraktion hält es deswegen für unbedingt erforderlich, daß die begonnene Untersuchung für die Lage des Mittelstands im Lande Bremen fortgesetzt und fortgeschrieben wird, um die veränderte Lage auf die heutige Situation abzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Doch die Fortschreibung soll nicht nur statistischen Zwecken dienen. Die gewonnenen Erkenntnisse müssen dann zur Strukturverbesserung des Mittelstands auch eingesetzt werden.

Bei der Durcharbeitung des vorliegenden Berichts müssen wir positiv zur Kenntnis nehmen, daß der Mittelstand sich der Befragungsaktion sehr aufgeschlossen gezeigt hat. Der auswertbare Rücklauf erzielte einen Prozentsatz von 43,6 Prozent. Er liegt damit wesentlich höher als der bei früheren anderen Befragungen der Prognos-AG in einem anderen (D) Bundesland. Die Beurteilung ist deswegen so positiv, da die Befragungsaktion auf freiwilliger Basis erzielt wurde. Trotzdem wäre bei künftigen Aktionen zur Fortschreibung der Erkenntnisse zu wünschen, daß sich der Anteil der auswertbaren Rückläufe noch erhöht.

Wenn Kritik an der Aussagekraft des Berichts oder einzelner Teile anzubringen ist, dann hängt es damit zusammen, daß im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel und Personals die Arbeit sich vorwiegend nur auf die Auswertung einer Fragebogen-Aktion beschränken mußte.

So kommt es, daß auf folgende Tatbestände der Bericht zwangsläufig keine Antwort geben kann: Der Bericht sagt aus, daß in den Jahren von 1964 bis 1970 sich die Anzahl von 18 282 Firmen auf 16 771 verminderte, das heißt um 1511 Firmen beziehungsweise 8,3 Prozent. Unter den ausgeschiedenen Firmen ist ein hoher Anteil von Firmen des Einzelhandels und Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes.

Gerade der Rückgang von Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes ist für Bremen schmerzlich, da dieses in Bremen im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt auch noch unterrepräsentiert ist. Der Bericht sagt nichts darüber aus, aus welchen Gründen die Firmen aufgegeben haben, neben der vermuteten Annahme aus persönlichen Gründen und der Nachfolgefrage. Doch auch der Bericht weist schon darauf hin, daß diese ökonomischen Ursachen näher untersucht werden müssen. Das ist auch die

(A) Forderung der CDU, wenn dieser Bericht fortgeschrieben wird.

Bei den nicht mehr in Bremen vorhandenen Firmen gibt der Bericht auch keinen Aufschluß darüber, ob die Firmen ganz aufgegeben wurden oder ob eine Betriebsverlagerung nach außerhalb Bremens vorgenommen wurde und was die Gründe für eine solche Auswärtsverlagerung sind. Auch das halte ich für sehr wichtig!

(Beifall bei der CDU)

Für die Beurteilung der Lage des Mittelstands wäre es auch von erheblichem Interesse gewesen, wie der Nachwuchs oder zukünftige Leiter von mittelständischen Betrieben ihre Zukunftschancen ansehen.

In der Pauschaluntersuchung kommen naturgemäß bei einem einheitlichen Fragebogen gewisse branchenbezogene Probleme nicht zum Ausdruck. Als Beispiel wäre hier zu nennen das Verhältnis des Außenhandels zu Auslandsfirmen. Für Bremen hat der Außenhandel eine große Bedeutung. Außerdem ist ja der Unterschied vorhanden zwischen den Branchen, die auf Vorrat produzieren können, und den anderen Branchen, die nur ohne Lagerhaltung produzieren, wie zum Beispiel das Baugewerbe, oder auch der weite Bereich der Dienstleistungsunternehmungen. Auch hier ist wieder die Forderung nach einem differenzierteren Fragebogen für künftige Aktionen.

(B) Keine Antwort gibt der Bericht auf die Aussage, warum relativ mehr Großbetriebe und diese wieder prozentual mehr investieren können als kleine und mittlere Betriebe.

Weitere Frage: Warum verläuft die Umsatzentwicklung und die Ertragssituation bei Großbetrieben günstiger als bei kleineren und mittleren Betrieben?

Ferner: Warum haben Großbetriebe — die an dieser Fragebogenaktion teilgenommen haben — durchschnittlich eine modernere Betriebsausstattung als kleine und mittlere Betriebe?

Die hier offen gebliebenen Antworten müssen nach Meinung der CDU bei künftigen Fragebogen-Aktionen berücksichtigt werden.

(Beifall bei der CDU)

Die Fragebogen-Aktion erreichte nach diesem Bericht die breite Skala der mittelständischen Unternehmen, wenn sie nach den vorliegenden Kriterien nicht den Groß- oder Kleinstunternehmen zuzurechnen sind. Naturgemäß wurden die Fragebogen von Unternehmern ausgefüllt, die teilweise im Management geschult sind und von den anderen, die eine handwerkliche Ausbildung erhielten, nach dem seinerzeitigen Erkenntnisstand, als sie sich für die Übernahme eines mittelständischen Betriebes entschlossen oder eine Firma gründeten.

Heute werden die Firmen mit einer Flut amtlicher Formulare beschickt. Ich denke dabei an die Änderung im Nachweis der Sozialversicherungen, und hierbei speziell an die Ausstellung der Versicherungs-Scheckhefte für die Arbeitnehmer mit Branchen- und Tätigkeitsschlüssel. Zur Erleichterung für das Ausfüllen der Scheckhefte wurde den Scheckheften ein Musterblatt beigegeben. Diese Idee halte ich für gut für kommende Fragebogen-Aktionen. Ich schlage vor, bei künftigen Fragebogen dieses Beispiel zu verwenden. Das erleichtert dem Mittelständler die Arbeit und gewährt eine noch größere Beteiligung. (C)

Ein typisches Beispiel ist die Frage Nummer 27 des Fragebogens. Hier wurde ja nach der Art der Finanzierungshilfe gefragt, also Zinszuschüsse der öffentlichen Hand oder Ähnliches, und nicht nach dem Kredit selbst. Viele Mittelständler gaben als Antwort den Punkt f) „andere" an, und damit meinten sie ihre Bank oder Sparkasse, und danach war garnicht gefragt worden.

Der Bericht befaßt sich mit dem Verhalten des Mittelstands der externen Möglichkeiten zur Informationsbeschaffung und sagt aus, daß diese Möglichkeiten nur gering genutzt werden, obwohl die Institutionen hierfür in Bremen vorhanden sind und auch finanzielle Hilfen geleistet werden.

Auf die Anfrage der SPD-Fraktion nennt der Senat in der uns vorliegenden Antwort folgende Ursachen für die Ablehnung von Beratungen: Unkenntnis über die Möglichkeiten der Beratungen, fehlende Bereitschaft zu Änderungen im Unternehmen, Mißtrauen gegenüber dem außenstehenden Berater, Angst vor dem Verrat von Unternehmensgeheimnissen an Konkurrenten durch die Berater. (D)

Zum Abbau dieser Hemmnisse hält es die CDU-Fraktion für unbedingt erforderlich, eine intensive Aufklärung und Information für den Mittelstand durchzuführen, wobei die heutige Debatte über die Lage des Mittelstands nur ein Anfang in dieser Richtung sein kann.

(Beifall bei der CDU)

Neben der finanziellen Hilfe des Mittelstands halten wir die Aus- und Weiterbildung des Unternehmers im Mittelstand und des Nachwuchses in der Gewichtung für gleich.

Dann erhebt sich die Frage: Warum hat dann der Mittelstand in der Vergangenheit so wenig Gebrauch davon gemacht? Der Bericht sagt aus — und das kann ich aus eigener Erkenntnis voll bestätigen —, daß eine verhältnismäßig große Zahl von kleinen und mittleren Unternehmen die vom Gesetzgeber aufgegebenen Verwaltungsarbeiten als zu aufwendig empfanden.

Ich spreche jetzt nicht von den mittelständischen Unternehmen, die aufgrund der Betriebsgröße und ihrer Beschäftigtenzahl bereits über eine Datenverarbeitung verfügen oder zur Erledigung von Buchungen und Lohn- und Gehaltsberechnungen entsprechendes Fachpersonal besitzen. Angesprochen wird hier der Kreis der mittelständischen Unternehmer, der vorwiegend den Pflichten seiner handwerklichen und sonstigen beruflichen Aufgaben nachkommen muß, wobei dann die Verwaltungsaufgaben, die

(A) der Gesetzgeber auf den Unternehmer delegierte, nach Feierabend von ihm oder unbezahlt mitarbeitenden Familienangehörigen erledigt werden müssen.

Von welchen Aufgaben spreche ich?

Der Staat zieht durch den Unternehmer ja nicht nur die vom Unternehmer selbst zu entrichtende Einkommen-, Kirchen-, Umsatz- und Gewerbesteuer ein, sondern der Staat bedient sich des Unternehmers als Erfüllungsgehilfen der Einziehung der Lohnsteuer des im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmers. Wohlgemerkt: Nicht der Unternehmer ist der Steuerschuldner, sondern der einzelne Arbeitnehmer. Der Unternehmer erledigt hier für den Staat unentgeltlich Tätigkeiten.

Doch nicht nur der Staat bedient sich des Unternehmers beim Einziehen der Gelder, auch die Träger der Sozialversicherungen, Krankenkassen, Institute für Vermögensbildung und andere halten sich an diese für sie einfache und kostensparende Form.

Es wäre in Zukunft bei einer kommenden Fragebogen-Aktion sehr interessant zu wissen, wieviel Zeit auf diese Verwaltungsarbeit entfällt und wieviel Überweisungen an verschiedene Institutionen so im Laufe eines Monats getätigt werden müssen.

Hier kann mir entgegengehalten werden, daß sich diese Verwaltungsaufgaben teilweise auf gesetzlicher Basis vollziehen. Sehr richtig, aber wer fragt dann danach, wo der Unternehmer noch die Zeit hernehmen soll, um sich bei den veränderten Anforderungen der heutigen Wirtschaft entsprechend weiterbilden zu können! (B)

Mit dem Bericht zur Lage der mittelständischen Wirtschaft im Lande Bremen, meine Damen und Herren, wurde ein Anfang gemacht dadurch, daß zunächst Fakten zusammengetragen wurden. Diese Ergebnisse müssen auf die heutige Zeit fortgeschrieben werden. Der Mittelstand ist zu informieren und weiterzubilden, gleichwertig neben der finanziellen Hilfe. Es darf nicht vergessen werden, daß im Bereich des Mittelstands mehr Beschäftigte sind als in den Unternehmen der reinen Großindustrie.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Ostendorff.

Abg. **Ostendorff** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Erstens: In der Sitzung der Bürgerschaft Anfang September habe ich namens meiner Fraktion das Haus gebeten, die Debatte um vier Wochen zu verschieben. Ich habe dabei — und wurde zu Recht gerügt — zu diesem Geschäftsordnungsantrag gesagt, daß sich die FDP-Fraktion dem Dank an die Ersteller des Berichts, der im Vorwort erwähnt ist, voll anschließt. Ich kann heute diese Rüge, die ich von beiden Fraktionen erhielt, insofern zurückgeben, weil beide Sprecher heute den Dank auch gesagt haben. Ich glaube aber, die Zeit, die Sie uns, indem Sie unserem Antrag zustimmten, gegeben haben, diese Zeit von vier Wochen, war für uns alle sehr nützlich und hat uns wirklich die Möglichkeit gegeben, den Bericht nicht nur selbst, sondern auch in unseren verschiedenen Gremien zu behandeln. (C)

Zweitens: Die FDP-Fraktion begrüßt die Vorlage dieses Berichts ausdrücklich, weil sie meint, daß die Existenz kleiner und mittlerer Unternehmen unerläßliche Voraussetzung ist für die Funktionsfähigkeit der marktwirtschaftlichen Wettbewerbsordnung. Sie ist Bestandteil der von den Freien Demokraten verfochtenen, in allen Bereichen freiheitlich orientierten Gesellschaftsordnung. Es ist, so meinen wir, eine vordringliche wirtschaftspolitische Aufgabe, die mittelständischen Unternehmen zu befähigen, im Leistungswettbewerb zu bestehen und sich dem wirtschaftlichen und technischen Strukturwandel anzupassen. Auf dieses Ziel richtet sich die Mittelstandspolitik der Freien Demokraten. Auf dieses Ziel sollten sich auch alle Maßnahmen der Gesetzgebung, der Verwaltung richten, und wir Freien Demokraten tun das Unsere, daß in der sozialliberalen Koalition in Bonn dieses Ziel nicht aus dem Auge verloren wird.

Drittens: Eine gewisse Schwierigkeit bleibt aber auch für uns Freie Demokraten bei der Definition des Wortes „Mittelstand". Es ist nicht leicht, dieses Wort zu fassen, und es ist schier unmöglich, die Grenzen zu ziehen. Ich war etwas amüsiert, als ich im „Wörterbuch der Wirtschaft" von Bülow-Langen, Ausgabejahr 1967, das Wort „Mittelstand" überhaupt nicht fand. Besser ging es mir, als ich den „Brockhaus" aufschlug, der sich allerdings in seiner ersten Aussage auch sehr allgemein hält, er stellte fest — Ausgabe „Brockhaus" 1965 — Mittelstand: „Die Schicht zwischen arm und reich". Eine weise Erkenntnis! Interessiert hat mich das nächste Wort im „Brockhaus" — hoffentlich bekomme ich jetzt keine Klage vom Verlag —, das nächste Wort nach „Mittelstand" lautet im „Brockhaus" „Mittelsteinzeit". (D)

Ich kam dann zu der Definition im Bericht, die von mir als sehr treffend befunden wird, und stellte fest, daß sie sich weitgehend deckt mit der Aussage im Bericht des BMWi — das ist nicht eine Autofirma, sondern das Bundesministerium für Wirtschaft —, das in seinem Handbuch auf Seite 138 meiner Meinung nach die beste Formulierung für diesen Begriff gibt. Nicht einverstanden war ich beim Studium mit der Aussage der Handelskammer in ihrer Zeitschrift 18/73, die dabei erklärt, daß ein Unternehmen mit 500 Millionen D-Mark Jahresumsatz doch zu Bedenken Anlaß geben könnte, ob das nicht bereits zum Großunternehmen gehört.

Dieses zur Erläuterung dafür, wie dieses Wort „Mittelstand" uns doch immerhin beschäftigt hat.

Viertens: Die Fraktion der Freien Demokraten hat nun die uns von Ihnen gewährte Zeit genutzt und sich an Hand der Unterlagen Gedanken gemacht. Wir haben dabei auch den wirtschaftspolitischen Ausschuß unserer Partei mit zu Rate gezogen, und wir haben gemeinsam aus diesem Be-

(A) richt Folgerungen abgeleitet, die ich Ihnen zum Schluß vortragen werde.

Wir kamen allerdings bei Durchsicht und Prüfung auch zu dem Schluß, daß hier eine Dokumentation vorliegt, die viele Aufschlüsse gibt, die viele Situationen in vielen Sparten des Mittelstands in Text und Tabellen festhält, die aber an den Leser mitunter kaum zu erfüllende Anforderungen stellt. Die Schwierigkeit beim Gebrauch der Tabellen wird vom Herausgeber — ich muß sagen, sehr geschickterweise — im Vorwort zum Anlagenband selbst herausgestellt, und es wird uns mitgeteilt, daß die Tabellen nicht untereinander vergleichbar sind. Es wird herausgestellt, daß die Tabellen jeweils einzeln für sich zu sehen sind.

Es erübrigt sich also hierüber eine weitere Kritik. Ich muß sagen, das ist schade, ließ sich aber wahrscheinlich in der kurzen Zeit gar nicht anders machen. Trotzdem, und wenn auch im Text hierauf hingewiesen wurde, möchte ich Ihnen zur Illustration dessen, was ich eben aussagen wollte, einige Zahlen nennen:

Wenn man die Löhne pro Beschäftigten in den verschiedenen Sparten sieht, so erfährt man, daß es im verarbeitenden Gewerbe im Jahr — ich nenne runde Summen — 5700 DM waren, im Baugewerbe 8500 DM, im Großhandel 7380 DM, im handelsvermittelnden Gewerbe 5880 DM, und im Einzelhandel 3210 DM durchschnittlicher Lohn pro Beschäftigten. Es muß hier deutlich herausgestrichen
(B) werden, und der Bericht sagt es im Hauptband, leider nicht im Anlageband, daß hierbei die Zahl, die Gesamtzahl der Beschäftigten durch die Gesamtlohnsumme jeweils geteilt ist, wobei Inhaber, mitarbeitende Familienangehörige und Teilzeitbeschäftigte mit erfaßt sind. Es darf also nicht aus diesen Zahlen ohne Vergleich mit dem Hauptband und ohne gründliche Analyse ein Schluß gezogen werden, wie er — darauf komme ich noch in zwei anderen Fällen — meiner Meinung nach nicht ganz gerecht gezogen wird. Ein unbefangenes Lesen der Tabelle also ist zu vermeiden.

Es ist auch unklar, wo zum Beispiel der Unternehmerlohn erfaßt oder nicht erfaßt wird, und gerade der Unternehmerlohn ist für viele kleine und kleinste Betriebe ein entscheidender Faktor. Es passiert immer wieder sehr häufig, wenn man mit kleineren Unternehmern spricht, daß sie furchtbar stolz sind, was sie im Jahr verdient haben. Sie vergessen dabei, daß sie selbst das ganze Jahr über gar nicht bezahlt wurden, weil sie sich selbst bezahlen müssen. Das ist eine Tatsache, die durchaus vorkommt, und hier, da bin ich mit meinen beiden Vorrednern einer Meinung, ist eine Beratung notwendig.

Ich stimme Herrn Kunick völlig zu, daß es ein Irrtum ist, zu glauben, Bilanzen sind nur für das Finanzamt, Bilanzen sind viel wichtiger für den kleinen Unternehmer als für das Finanzamt, weil er erst dann, wenn er die Zahlen wirklich rechtzeitig untereinander schreibt, weiß, wo er steht. Ich freue mich, Herr Kunick, daß ich in diesem Punkt hundertprozentig mit Ihnen übereinstimme. Ich (C) möchte gleich hierbei einschalten, ich bin nicht mit Ihnen einer Meinung in Ihren Ausführungen über die „kapitalistische Struktur unserer Wirtschaftsordnung". Das sagten Sie wörtlich.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Sozialistisch ist sie nicht!)

Nein, sozialistisch ist sie nicht, es war nur hier ein für mich dahezu unüberbrückbarer Sprung zu Ihrer anderen Ausführung, daß Sie die Marktwirtschaft ausdrücklich begrüßen. Sie machten zwar einen Satz: „Wenn sie funktioniert!"

(Abg. Kunick [SPD]: Begrüßen Sie sie denn, wenn sie nicht funktioniert?)

Das ist natürlich nun schon leider wieder eine Einschränkung Ihrer Anerkennung der Marktwirtschaft! Nun kann ich mir eine sozialistische Marktwirtschaft beim besten Willen nicht vorstellen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Dieses, um gleich auf Ihre Ausführungen einzugehen!

Ein Weiteres noch! In dem Bericht wird deutlich, überdeutlich sogar, herausgestellt, daß in Bremen keine Großkonzerne des Einzelhandels beheimatet sind, und, nachdem man dieses gerade begriffen hat, liest man dann eine Seite weiter, daß der Absatz je beschäftigte Person in Bremen um mehr als 30 Prozent niedriger als im Bundesdurchschnitt lag. Dieses, (D) meine sehr verehrten Damen und Herren, bei aller Würdigung des Berichts, kann einfach nicht stimmen, und zwar ist das meiner Meinung nach ein Widerspruch in sich.

Wenn ich einmal die Zahl nehme aus dem steuerbaren Umsatz und sie durch die Beschäftigten teile, muß ich berücksichtigen, daß hier der steuerbare Umsatz der nicht in Bremen beheimateten Großkonzerne des Einzelhandels ja logischerweise fehlen muß. Ich meine — ich habe nicht die Zahlen zur Hand, um das hier und heute beweisen zu können —, daß der durchschnittliche Umsatz in Bremen ungefähr im Bundesdurchschnitt liegt und liegen muß, und zwar nach den anderen Ausführungen, die auch im Bericht stehen.

Noch einmal, meine Damen und Herren, zu den Vergütungen je beschäftigte Person! Wenn in Bremen im Einzelhandel 8000 DM pro beschäftigter Person ausgegeben werden, im Bund 14 500 DM, so meine ich auch, daß hier der Fehler darin liegen kann, daß Angaben von nicht in Bremen beheimateten Betrieben nicht berücksichtigt werden konnten. Das ist ein Punkt, der sich aber sicherlich klären läßt.

Noch ein anderes Kapitel, nämlich die Finanzierungshilfe! Es ist für den dritten Redner schwer, etwas Neues zu finden, wenn die beiden anderen es schon gesagt haben. Trotzdem erlauben Sie mir, das hier zu wiederholen:

Eins dürfen wir in der heutigen Debatte nicht vergessen: Wir schreiben heute 1973, und nicht

(A) mehr 1970. Die Frage der Finanzierungshilfen und der Zinspolitik hängt zusammen. Nun ist es wahrscheinlich die Quadratur des Zirkels, wenn man lösen will, wie die Zinspolitik der Bundesregierung gestaltet werden kann, ohne die mittleren und kleinen Unternehmen davon in Mitleidenschaft ziehen zu lassen. Wir meinen — und das werde ich zum Schluß noch sagen —, daß hier eine vordringliche Aufgabe im Rahmen der Steuerpolitik liegen müßte, daß die Möglichkeiten zum Beispiel der Abschreibung, die bei großen gläsernen Gebäuden, ich will das mal ganz malerisch machen, viel größer sind als bei kleinen bescheidenen Souterrainläden. Hier scheint mir eine echte Aufgabe für den Bundesgesetzgeber, und hier wird meine Fraktion ihren Einfluß auch in Bonn geltend machen.

Ein Weiteres! Der Bericht sagt aus, daß eine geringe Inanspruchnahme der möglichen Finanzierungshilfen gegeben sei. Das weiß ich nicht, ob man das nicht noch weiter untersuchen sollte, ich glaube, und darauf komme ich noch, daß hier in vielen Fällen auch die mangelnde Kenntnis mit ausschlaggebend war, wo welche Möglichkeiten da sind.

Es wird dann gesagt — und das ist auch von meinen Vorrednern schon gesagt worden —, der Anteil an Finanzierungshilfe wäre im allgemeinen gering. In einem Bereich ist er mit 39 Prozent zwar sehr groß. Hier glaube ich aber, und das kann ich nur unterstreichen, daß die Aufnahme unter f) „andere Finanzkredite" irreführend ist. Nach Studium des Berichts neige ich zu der Meinung, daß (B) hier von vielen Beantwortern des Fragebogens normale Bankkredite mit dem falschen Wort „Finanzierungshilfe" bezeichnet worden sind. Also auch hier muß man beim Lesen sehr sorgfältig sein.

Fünftens: Ich habe unter Zweitens gesagt, daß für uns Freie Demokraten die Existenz kleiner und mittlerer Unternehmen eine Voraussetzung ist für das Funktionieren der marktwirtschaftlichen Wettbewerbsordnung. Wenn Sie nun die jeweiligen Tabellen mit der Ziffer 1 hinter der Vorzahl sehen, dann könnten Sie zu dem Schluß kommen, daß in Bremen ja eine erschreckende Abnahme der kleinen und kleinsten Unternehmen vor sich gegangen ist. Dem ist erfreulicherweise nicht so, wenn auch ein Großteil der Unternehmen sich von der niedrigsten Stufe in die etwas nächsthöhere hinausgeschoben hat, und wenn Sie bedenken, daß die Gesamtumsätze im großen und ganzen keineswegs niedriger geworden sind. Nur, mit der Zahl kann man hier eben nicht operieren!

Die Erkenntnis, die uns der Bericht vermittelt, ist letztlich doch folgende: Will man den positiven Einfluß des technischen Fortschritts auf die kleinen und mittleren Betriebe ausdehnen und ihn dort nutzen, so bedarf es einer Lösung des Problems der betrieblichen Anpassung in produktionstechnischer Hinsicht, und vornehmlich bedarf es der Lösung des Problems der Information. Es ist logisch, daß ein großes Unternehmen über Marktgeschehen, über Entwicklung, über neue Techniken schneller und früher informiert sein kann als das kleinere Unternehmen. Hier sehen wir tatsächlich einen Schwerpunkt, der im Bericht auch aufgezeigt wird, nämlich die Beschaffung von Informationen. (C)

Das zweite Problem wird schwieriger zu lösen sein: Das Problem des Personals! Es ist sicherlich richtig, was der Bericht sagt, daß im großen und ganzen größere Betriebe attraktiver sind. Ich glaube, aber auch hier kann durch eine entsprechende Aufklärung — und da sehe ich eine gute Aufgabe für alle Kammern — darauf hingewiesen werden, daß die Art und Weise der Tätigkeit in kleinen und mittleren Unternehmen allgemein den Menschen mehr ansprechen kann als in einem Großbetrieb. Hier fehlt meiner Meinung nach — nein, halt, falsch —, hier sollte die Aufklärung noch erweitert werden. Ich kann beim besten Willen nicht behaupten, daß sie fehlt.

Sechstens: Was ist nun zu tun? Ich habe vorher schon das Wort Information erwähnt. Wir Freien Demokraten halten nicht so furchtbar viel von der formierten Gesellschaft, wir halten aber um so mehr von der informierten Gesellschaft. Wir meinen, in diesem Punkt ist tatsächlich die Information das A und O für das Bestehen eines funktionierenden Mittelstands, auf den wir unbedingt angewiesen sind.

Die wettbewerbsverzerrenden Steuern schätzen wir auch keineswegs. Die Freien Demokraten haben bei verschiedenen Gelegenheiten erklärt, daß die Gewerbesteuer und erst recht die Lohnsummensteuer (D) anachronistische und absolut wettbewerbsverzerrende Steuern sind. Wir Freien Demokraten hier in Bremen haben dabei aber auch bekennen müssen, daß wir in Bremen nicht auf einer Insel leben, daß wir nicht von uns aus nun auf diese Steuern verzichten können, wenn sie woanders erhoben werden, und daß hier nur eine bundesweite, wenn nicht sogar eine EWG-Regelung Platz greifen muß.

Erlauben Sie mir noch einmal zurückzukommen zum Wort Information: Der Bericht sagt deutlich — und wenn man sich mit diesem Thema beschäftigt erfährt man es auch mündlich immer wieder —, es gibt etliche Beratungshilfen. Wir Freien Demokraten sind dem Senat sehr dankbar, daß er in seiner Antwort, die uns in der vorigen Sitzung vorlag, darauf auch deutlich hinweist. Wir meinen aber, daß zu wenige davon wissen.

Ein kleines Beispiel: Wer kennt zum Beispiel das Auftragsbearbeitungssystem für Unternehmen der mittelständischen Wirtschaft, das bei der Hochschule für Technik angegliedert ist und zusammen mit TELEDATA arbeitet? Ein System, das meiner Meinung nach gut der mittelständischen Wirtschaft helfen kann. Nur muß es der Betreffende wissen, daß es da so etwas gibt. Wer kennt bis zum einzelnen die Beratungshilfen bei der Handelskammer, bei der Handwerkskammer und die Möglichkeiten bei den anderen Kammern?

Der Bericht sagt aus, sie werden in Anspruch genommen. Der Prozentsatz ist aber nach unserer

(A) Meinung nicht überzeugend, und möglicherweise — und das befürchte ich — ist vielleicht auch die Kapazität der Beratungsmöglichkeiten nicht bei jeder Kammer ausreichend. Ich bin deshalb den Vorrednern dankbar, daß sie auch das Ihre mit dazu tun wollen, daß, wenn der Bedarf da ist, dafür die Mittel von diesem Hause bereitgestellt werden sollten.

Mit Freude allerdings haben wir Freien Demokraten der Antwort des Senats entnommen, daß der Senator für Wirtschaft und Außenhandel zusammen mit der Handelskammer eine BBE — verzeihen Sie, daß ich dieses Wort noch einmal nachlesen muß —, eine Betriebsberatungsstelle des Einzelhandels, ins Auge fassen will und die Erfahrungen, die in Hannover gemacht worden sind, damit mit aufgreifen will. Wir meinen, daß auch die dafür in dem Haushaltsentwurf des Senators vorgesehenen 16 000 Mark dahingehend überprüft werden müßten, ob sie ausreichen. Wir werden möglicherweise bei den Haushaltsberatungen darauf zurückkommen.

Siebtens: Was sind nun die Schlußfolgerungen und Forderungen der Freien Demokraten?

Erstens die Bitte an die Wirtschaftskammer, nach kritischer Durchsicht der uns vorgelegten beiden Bände vielleicht noch etwas deutlicher, als im Bericht geschehen, darauf hinzuweisen, daß Mißdeutungen beim Tabellenanhang vermieden werden müssen oder sogar auf diese selber hinzuweisen.

(B) Zweitens, die Freien Demokraten würden den Vorschlag machen, daß die Handelskammer und auch die Handwerkskammer die vorhandenen Beratungshilfen besser publik macht als bisher, daß sie nicht nur durch einen kleinen Abdruck in ihren Mitteilungen darauf hinweisen, daß sie diese Beratung ihren Mitgliedern wirklich ans Herz legen.

Drittens, die Freien Demokraten würden der Bürgerschaft empfehlen, dem Senator für Wirtschaft und Außenhandel noch etwas mehr als die eben von mir erwähnten 16 000 Mark für 1974 zuzugestehen. Ich erwähnte schon, daß ein entsprechender Antrag bei den Haushaltsberatungen zu erwarten ist.

Viertens, die Freien Demokraten möchten die Kammern ersuchen, die Beratungshilfen, sofern notwendig, auszubauen, damit alle Ratsuchenden auch wirklich diese erhalten können und mit ihnen darüber gesprochen werden kann.

Fünftens, die Freien Demokraten möchten Handelskammer und Handwerkskammer veranlassen, in der Verbindung mit dem Statistischen Landesamt a) bei der 1974 erfolgenden Handels- und Gaststättenzählung, die vom Statistischen Bundesamt durchgeführt wird, zu prüfen, ob nicht mit einem typisch bremischen Fragebogen die Lücken der jetzigen Erhebung geschlossen werden können. Wir meinen, daß dieser Vorschlag nicht ganz das Gleiche ist, was der Kollege Koschek mit der Fortschreibung sagte, sondern wir meinen, daß hier bei dieser Bundeserhebung durch typisch bremische Fragen uns eine Aufklärung auch über die Punkte gegeben werden könnte, die in dem Bericht jetzt noch fehlen, b) wir meinen, daß bei der etwa zum gleichen Zeitpunkt erfolgenden Handwerkszählung auf Bundesebene ebenfalls ein bremischer Anhang-Fragebogen beigefügt werden könnte, der für die Seite des Handwerks uns die Aufschlüsse gibt. (C)

Sechstens, die Freien Demokraten werden über ihre Bundespartei und über ihren Einfluß in der sozialliberalen Koalition alles tun, daß, wie bisher, der Mittelstand als tragendes Element der Wirtschaftspolitik im Auge behalten wird, und wir werden das Unsere tun, um durch steuerpolitische Schritte die Lage des Mittelstands zu verbessern, soweit es nur geht. — Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat jetzt das Wort der Abgeordnete Dr. Foth. Herr Dr. Foth, darf ich fragen, wieviel Zeit Sie für Ihre Ausführungen in Anspruch nehmen werden?

(Abg. Dr. Foth [CDU]: Wenn ich schnell spreche komme ich aus, wenn ich langsamer spreche, würde ich drei, vier Minuten überziehen!)

Die Frage ist die, daß wir um 13 Uhr Mittagspause machen wollten, und vermutlich können wir diese Zeit nicht einhalten. Ist das richtig?

(Abg. Dr. Foth [CDU]: Ich kann sie wahrscheinlich einhalten!) (D)

Gut!

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Foth.

Abg. **Dr. Foth** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muß dann allerdings etwas schneller sprechen als es Herr Ostendorff getan hat und die Pausen weglassen.

(Heiterkeit)

Die Debatte zum Bericht der Wirtschaftskammer über die Lage der mittelständischen Wirtschaft im Lande Bremen wurde, wie Sie wissen, vor vier Wochen von der Tagesordnung abgesetzt, weil zunächst die FDP-Fraktion, dann überraschend auch die SPD-Mehrheitsfraktion erklärten, keine hinreichende Zeit zum Studium des Berichts gehabt zu haben.

(Abg. Kunick [SPD]: Wir haben es nur toleriert! — Abg. Tiedemann [SPD]: Das war nur ein Entgegenkommen!)

Nun, unter dem gleichen Zeitmangel stand natürlich auch die CDU-Fraktion. Wir hatten aber damals schon Zeit genug, zu erkennen, und heute hat sich das in den Reden bestätigt, daß der Bericht der Wirtschaftskammer zunächst nur das ist, was er sein sollte, nämlich eine zeitlich eng begrenzte statistische Übersicht, daß aus dieser statistischen Übersicht nicht ohne weiteres und von vornherein Schlußfolgerungen für eine landesbremische Mittelstandspolitik abzuleiten sind, und daß es weiterer wissenschaftlicher Untersuchungen beziehungsweise der Einbeziehung

(A) bereits bestehender Untersuchungen dieser Art bedarf, um zu abgewogenen Erkenntnissen zu kommen.

(Beifall bei der CDU)

Heute, vier Wochen später, bin ich immer noch nicht sicher, daß nicht die Gefahr besteht, nicht zu Urteilen, sondern zu Vorurteilen zu kommen, daß unsere Schlußfolgerungen möglicherweise falsch oder aber doch einseitig und unzureichend sind, und daß wir uns zu allem Überfluß noch über Begriffsbestimmungen, Abgrenzungen unter anderem der öffentlichen und privaten Einflußsphären und über den Wert und Unwert menschlicher Verhaltensweisen streiten könnten und zum Teil nicht vorurteilsfreien Kenntnis gewisser Probleme des gewerblichen Mittelstands an die Analyse des Berichts der Wirtschaftskammer heranzugehen, ohne die zum Teil wissenschaftlich, zum Teil praktisch belegten Erkenntnisse über die Motivation unternehmerischer Verhaltensweisen unter den verschiedensten Aspekten überhaupt zu kennen.

Um einige Beispiele zu nennen: Die, wie ich meine, so wesentliche Differenziertheit der Probleme in den einzelnen Wirtschaftsbereichen näher zu erforschen, ihre Unterschiede zum Beispiel in schrumpfenden und wachsenden Bereichen zu analysieren, den Unterschied zwischen einer Investitionsfinanzierung von Industriebetrieben, der Finanzierung des Warenumschlags beim Handel und der in einigen Handelsbereichen üblichen Wechselfinanzierung herauszu-
(B) arbeiten, sind unter anderem Aufgaben, von denen ich nicht überzeugt bin, daß alle drei Fraktionen dieses Hauses sie bereits bewältigt haben.

Kurz: Der Bericht der Wirtschaftskammer ist für mich und meine Fraktion ein Anfang, der die Vielschichtigkeit des gewerblichen Mittelstands zwar aufzeigt, die Ursachen unterschiedlicher Entwicklungen jedoch nicht erkennen läßt. Wenn wir die offenbar und auftragsgemäß zu Recht der Bürgerschaft überlassene Wertung und Auswertung über gewisse Anfangseinsichten hinaus vertiefen wollen, dann bedarf es meines Erachtens zweier weiterer wesentlicher Maßnahmen:

Erstens sollte — und das ist hier schon gefordert worden — der Bericht alle ein bis zwei Jahre fortgeschrieben werden, und zweitens müssen wir nach einem Weg suchen, die in dem Bericht aufgezeigten Sachverhalte und Entwicklungen in ihren Kausal- wie Funktionalzusammenhängen zu ergründen. Wir stehen doch vor dem Problem, herauszufinden, ob und — wenn ja — wie wir einem bedeutenden, aber gefährdeten Bereich unserer Wirtschaft mit welchen staatlichen Förderungsmitteln helfen sollen. Soweit es dabei um Finanzierungshilfen geht, wollen und können wir das System der berühmten „Gießkanne" nicht anwenden.

Die notwendige Vereinfachung der Förderungsmaßnahmen aber kann, so widersprüchlich das klingen mag, nur dann einen optimalen Effekt haben, wenn wir zuvor die ganze Vielfalt der Probleme kennen und, erst darauf aufbauend, die richtige Synthese finden. Hinzu kommt — das klang heute zum Teil (C)
schon durch —, daß eine wohlverstandene Mittelstandspolitik unmöglich erst dort beginnen kann, wo es um den Erlaß von Richtlinien über Zinsverbilligungen geht.

(Beifall bei der CDU)

Nach allem, meine Damen und Herren, geht es mir darum, nicht einzig und allein von dem vorliegenden Bericht ausgehend zu höchsteigenen und wahrscheinlich doch nur oberflächlichen Erkenntnissen zu kommen — wir sind zum überwiegenden Teil ja keine Fachleute auf diesem Gebiet —, sondern, unabhängig von der hiermit angeregten Möglichkeit, die Daten des Berichts zum Ausgangspunkt einer empirisch-wissenschaftlichen Untersuchung werden zulassen, die bereits verfügbaren wissenschaftlichen wie praktischen Kenntnisse und Erkenntnisse zur Grundlage des Studiums des vorliegenden Berichts zu machen, gewissermaßen also zu checken, wieweit sie auf die Verhältnisse in unserem Land Bremen übertragen werden können, wo sie zutreffen oder auch nicht, und wo sie möglicherweise sogar regionalspezifisch zu widerlegen sind!

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß wir alle uns mit den schon vorliegenden — mindestens aber unumstrittenen — Erkenntnissen über mittelständische Probleme und ihre Werte vertraut machen müssen, wenn wir an die Analyse des Berichts der Wirtschaftskammer herangehen und ihn nicht zum Tummelfeld vielleicht sogar ideologischer, weil pau- (D)
schalierter Vorurteile machen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Dazu — und nur dazu — möchte ich mir heute die folgenden Anregungen und Feststellungen erlauben:

Wir müssen uns zuallererst über die Bedeutung des gewerblichen Mittelstands, der Klein- und Mittelbetriebe in unserem Wirtschaftssystem einig sein. Ich hatte nach den heutigen Reden das Gefühl, daß wir bis zu einem gewissen Grade tatsächlich darüber einig sind. Aber einige Fakten:

1. Das berühmte „Wirtschaftswunder" Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg, das heißt das Überflügeln der Siegermächte England und Frankreich im wirtschaftlichen Wiederaufbau, verdanken wir nicht zuletzt der Tatsache, daß wir eine sehr viel ausgeprägtere mittelständische Wirtschaftsstruktur hatten als die beiden genannten Staaten.
2. Drei Viertel aller Industriebetriebe in der Bundesrepublik sind Klein- und Mittelbetriebe mit weniger als 50 Beschäftigten. Sie erzielen 60 Prozent des Gesamtumsatzes der Industrie. Der Anteil der Großbetriebe mit über 1000 Beschäftigten an der Gesamtzahl aller Industriebetriebe beträgt ganze 1 Prozent.
3. Nach Feststellungen der Kommission der Europäischen Gemeinschaft gehören Betriebe mit über 100 bis 500 Beschäftigten zur bedeutendsten Kategorie der Unternehmen in den wichtigsten Mitgliedsstaaten. Nennenswerte Vergrößerungen

(A) von Betrieben mit über 500 Beschäftigten sind bis zuletzt nicht zu beobachten.

(Starke Unruhe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Ich bitte doch die Kolleginnen und Kollegen zu bedenken, daß die Akustik hier im Raum sehr gut ist und man Unterhaltungen mithören kann. Manchmal verstehe ich Ihre Unterhaltungen besser als den Redner selbst. Ich glaube, das ist nicht förderlich für die Debatte.

(Beifall bei der CDU)

Abg. **Dr. Foth** (CDU): Ich darf fortfahren:

4. Die vielfach behauptete These, daß der technische Fortschritt das Haupthindernis für die Entwicklung kleinerer und mittlerer Betriebe sei, ist nicht haltbar. Dazu einige Beispiele:
   a) Von 27 wichtigen Erfindungen zwischen 1946 und 1955 kamen — das ist nachgewiesen worden — nur sieben aus den Laboratorien großer Industriefirmen.
   b) Betriebe der verarbeitenden Industrie mit einer Beschäftigtenzahl unter 200 haben ihren Anteil an Forschungs- und Entwicklungsaufgaben zwischen 1968 und 1972 von 1,45 auf 2,22 Prozent ihres Umsatzes erhöht, Betriebe mit mehr als 5000 Beschäftigten nur von 2,6 auf 2,67 Prozent.
   c) Betriebe mit einem Jahresumsatz zwischen 10 und 50 Millionen DM konnten — und das scheint mir ein sehr wesentlicher Hinweis zu sein — bereits nach zwei Jahren 70 Prozent aller Erfindungen geschäftlich nutzen, Großunternehmen mit Umsätzen über einer Milliarde DM hatten in diesem Zeitraum erst eine Nutzungsquote von 33 Prozent. Also die Anwendung von Erfindungen in kleineren und mittleren Betrieben vollzieht sich sehr viel schneller als in Großbetrieben.
   d) In einer Studie des Instituts für Mittelstandsforschung hat Dr. Ulrich H. Bergmann — ich darf zitieren — festgestellt,

   daß es keinen automatischen Kausalzusammenhang zwischen Unternehmensgröße und technischem Fortschritt gibt,

   daß Unternehmen der verschiedenen Größenklassen einen Beitrag zum technischen Fortschritt leisten können,

   daß bis zu einem gewissen, von Branche zu Branche, von Produktgruppe zu Produktgruppe unterschiedlichen Schwellenwert der Forschungsinput — also der Eingang an Forschungsergebnissen — ansteigt, dann jedoch konstant bleibt oder zurückgeht,

   daß man die Produktivität von Forschung und Entwicklung bei wachsender Unternehmensgröße abnehmen sieht,

   daß die Quellen entscheidender Erfindungen nicht so sehr in großen Unternehmen zu liegen scheinen,

   und das Wichtigste, (C)
   daß ein neuer Typ des kleinen Unternehmens — auf moderner technologischer Basis gegründet und dynamisch in seiner Konzeption — dem technischen Fortschritt besonders dienlich ist.
5. Gehen wir nun einen Schritt weiter, dann wissen wir, daß sich der Entwicklungsprozeß wirtschaftlich-technischen Fortschritts in drei Phasen vollzieht: Invention, Innovation und Diffusion.

Alle die von uns, die in den letzten fünf Jahren auf einer deutschen Universität nicht studiert haben, auch den Duden von 1973 noch nicht haben, sollten wissen, daß wir hier von Forschung, Entwicklung und Anwendung reden. Aber es heißt nun einmal: Invention, Innovation und Diffusion. Ich sage das deshalb, damit die entsprechenden Leute das besser verstehen.

Leider kommen Wissenschaftler wie zum Beispiel Schumpeter, Bombach und Kantzenbach zu unterschiedlichen Ergebnissen darüber, ob die besten Voraussetzungen vor allem für Forschung und Entwicklung in Großbetrieben oder aber in Mittelbetrieben gegeben seien.

Einig ist man sich — und das ist verblüffend — allerdings darin, daß der Wettbewerbsdruck der wesentlichste Impuls zur Innovationstätigkeit ist. Wettbewerb aber kann nur dann funktionieren, wenn eine genügend große Anzahl von kleineren und mittleren Unternehmen am Markt operiert.

Auch Bundesfinanzminister Schmidt hat die folgende These ausdrücklich gutgeheißen: Grundlage unserer Wirtschaftsordnung ist der Wettbewerb. Ein funktionsfähiger Wettbewerb verlangt, daß neben Großunternehmen kleine und mittlere Unternehmen in ausreichender Zahl als Anbieter auftreten. (D)

Bei dieser Hervorhebung des Wettbewerbs, meine Damen und Herren, kann ich, wie ich glaube, nahtlos übergehen zu dem Prinzip, das jeder staatlichen Förderung des Wettbewerbs zugrunde liegen muß: Honoriert werden soll nicht etwa eine mangelnde Eigeninitiative, sondern das aktive Bemühen, jene Nachteile zu überwinden, die sich bei der Konkurrenz mit Großunternehmen ergeben. Staatliche Mittelstandsförderung kann also nach Überzeugung der CDU immer nur eine — allerdings richtig dosierte — Hilfe zur Selbsthilfe sein.

Wenn ich mir jedoch die bestehenden Mittelstandsprogramme ansehe, dann stoße ich — von Ausnahmen abgesehen, denken Sie beispielsweise an die Kartellgesetznovelle vom 5. 8. 1973 — sofort auf gewisse Widersprüche. Auf der einen Seite gehen wir von dem Tatbestand wachsender Betriebsgrößen im Mittelstand aus. Wir nehmen eine gewisse Verringerung der Zahl der Selbständigen hin, und wir sehen in einer besseren Anpassung der Zahl der verbleibenden Betriebe an beschleunigte wirtschaftliche wie technische Entwicklungen eher eine Chance als eine Belastung für den Mittelstand — hier folge ich im übrigen der, wenn ich mich recht erinnere, gleichlautenden Aussage der Wirtschaftskammer —, auf der anderen Seite jedoch sind die zumindest finan-

(A) ziellen Förderungsmaßstäbe staatlicher Instanzen weiterhin auf solche Betriebsgrößen abgestellt, deren Existenzfähigkeit man in gewissen Bereichen ja gerade in Frage stellt.

Ich weiß auch nicht, ob bei dem Angebot, was uns heute morgen auf den Tisch gekommen ist über die Aufstockung der Finanzierungshilfen an eine Verbreiterung des Fonds gedacht ist oder an eine Erhöhung des Plafonds. Jedenfalls habe ich das dort nicht ohne weiteres herauslesen können. Immer wieder also stößt man — trotz unterstellten guten Willens — auf Ungereimtheiten, die meines Erachtens nicht allein aus der Finanzlage des Bundes, der Länder und der Gemeinden resultieren, sondern auch aus dem Phänomen des Mißverständnisses über die Möglichkeiten der Aktivierung menschlicher Leistungen.

Ein selbständiger Unternehmer, der entdeckt, daß er — mit oder ohne eigenes Verschulden — den Anschluß an die Entwicklung verloren hat, wird in aller Regel Kräfte mobilisieren, die das normale menschliche Maß übersteigen. Er wird — möglicherweise unter Verzicht auf die Errungenschaften oder die Konsumgewohnheiten eines modernen Arbeitnehmerhaushaltes — viele Jahre lang seinen Mercedes als Statussymbol behalten, damit die Umwelt von dem Scheitern einer unternehmerischen Existenz nicht allzuviel merkt. Für die Umwelt bleibt dieser Unternehmer ein Kapitalist! In der Statistik erscheint er weiterhin als Unternehmer, der beweist, daß die
(B) mittelständische Wirtschaft existenzfähig ist!

Kommt es aber dann zur Insolvenz, dann wird man ihn bestenfalls und nicht zu Unrecht daran erinnern, daß er sich mit der Chance, freier Unternehmer zu sein, zugleich dem damit untrennbar verbundenen Risiko seines Existenzverlustes ausgesetzt habe.

Ich will hier keineswegs, meine Damen und Herren, einer bestimmten Gruppe unserer Gesellschaft ein Denkmal setzen, zumal Sie genauso gut wissen wie ich, daß Schicksale von der gleichen tragischen Art in allen Bevölkerungsschichten anzutreffen sind. Ich will damit nur zu erklären versuchen, warum es mittelstandspolitische Programme quer durch alle Parteien gibt, denen letztlich kein nachhaltiger Erfolg beschieden ist, weil ihre Initiatoren, erst recht aber ihre politischen Vollzieher, zwar zur Entwicklung von Ideen gezwungen sind, aber doch — angesichts vermeintlicher Privilegien und vermeintlichen Wohlstandes der Herren Unternehmer — nicht mehr als nur mit halbem Herzen hinter diesen Ideen stehen! Wie anders wäre es zu erklären, daß zwischen der Absichtserklärung und dem Vollzug einer systemgerechten Mittelstandspolitik eine solch große Lücke klafft?

Abschließend einige wenige Problembereiche, die ich noch anschneiden kann:

Da ist zunächst die Feststellung, von der ich hoffe, daß Sie mir folgen, daß gerade den kleinen und mittleren Unternehmen „Wendigkeit, unternehmerische Initiative, Mut zum Risiko, Phantasie und Intuition" bescheinigt werden muß. Diese Feststellung stammt allerdings nicht von mir, sie ist in den „Grundsätzen (C) einer Strukturpolitik für kleine und mittlere Unternehmen" vom 29. Dezember 1970 enthalten, die die Bundesregierung verabschiedet hat.

Wenn in der genannten Regierungserklärung Hemmnisse einer mittelständischen Wirtschaft, solch wichtige Fragen wie die Information — sie sind heute angeklungen —, die Forschung, die Entwicklung und die Innovation angesprochen werden, so ist darin weniger ein Widerspruch zu den hervorgehobenen Leistungen des Mittelstands zu sehen, als die offensichtliche Befürchtung, daß der Abstand zwischen seinen Leistungsmöglichkeiten und seinen künftigen Leistungsanforderungen zunehmend größer werden könnte. Und diese Befürchtung ist durchaus nicht von der Hand zu weisen, denn Leistungssteigerung ist heute zumeist identisch mit immerwährender Leistungsanpassung.

Hier liegt ganz sicherlich eine der großen öffentlichen — ich sage nicht unbedingt staatlichen — Aufgaben: Behilflich zu sein einmal bei der Verbesserung der Information der Unternehmen über alle wichtigen wirtschaftlichen und technischen Neuerungen und bei der Verbreitung der modernen Methoden der Unternehmensführung. Hierbei habe ich Einmütigkeit bei allen meinen Vorrednern festgestellt. Dabei ist es — und auch das möchte ich ausdrücklich sagen — allerdings Sache des Unternehmers selbst, die ihm auf diese Weise vermittelten Kenntnisse anzunehmen, auszuwerten, zu übernehmen. Es wäre schlecht, wenn er stattdessen nach materiellen Hilfen (D) des Staates riefe — etwa zur Erhaltung überkommener Strukturen und zur Abwehr eines wirtschaftlichen Wandels, der nun einmal das Kennzeichen eines auf Freiheit basierenden Wirtschaftssystems ist.

Ein anderer Problembereich ist der hier auch schon angesprochene Problembereich Kooperation. Ich will ihn nicht mehr so vortragen, wie ich es vorhatte, weil die Zeit eilt. Ich möchte nur sagen, denken Sie bitte daran, daß die Spannweite von Kooperationsmöglichkeiten unwahrscheinlich groß ist. Denken Sie daran, daß Werften in Zeiten einer großen Nachfrage selbstverständlich kooperieren durch Sektionsbau, Zulieferungen, daß sie dann aber wieder in Zeiten geringer Nachfrage zu echten Konkurrenten werden. Eine gute Möglichkeit der Kooperation.

Denken Sie auch daran, was in Bremerhaven passiert ist, daß die Kooperation zweier Kettenunternehmen die Zahl der mittelständischen Anbieter von fünf auf nur einen zurückdrängte. Denn diese fünf hatten keine Möglichkeit, zu einer Gegen-Kooperation zu kommen wegen der Schwierigkeit zwischenbetrieblicher Preiskalkulation und auch wegen anderer Schwierigkeiten, so daß diese fünf Unternehmer nicht unter einen Hut zu bekommen waren.

Wir haben hier also etwas Merkwürdiges: eine Fusion als Gegenmittel gegen die Kooperation, die Kooperation schon als Marktmacht verstanden, gegen die man sich nur noch durch Fusion wehren kann. Das ist weiß Gott kein Beispiel einer guten Kooperation.

(A) Der letzte Punkt, den ich hier anschneiden will, ist der Punkt Kooperation, die dann zur Vereinheitlichung der Güter des täglichen Bedarfs führt. Mit anderen Worten, wenn ich das sehr profan ausdrücke: Wenn die Wurst von Böcklund bis zum Allgäu gleich schmeckt, dann paßt mir diese Art der Kooperation, offen gestanden, auch nicht.

(Beifall bei der CDU)

Ein letztes Wort über die Berufsbildung, über die man etwas sagen sollte.

Die CDU verschließt sich nicht, wie Sie wissen, einer als notwendig empfundenen Bildungsreform. Das aber hat ja nichts damit zu tun, meine Damen und Herren, daß man nicht vordringlich damit beginnen müßte, die überhöhten Klassenfrequenzen abzubauen und die notwendige Anzahl von Lehrern auszubilden beziehungsweise einzustellen, insbesondere auch in den staatlichen Berufsschulen.

Die CDU verschließt sich auch nicht der Forderung, die — wie ich gerade sagte — Verbesserung der betrieblichen Berufsausbildung anzustreben, insbesondere in den hier zur Debatte anstehenden kleinen und mittleren Betrieben. Aber auch dieses Ziel muß nicht unbedingt als revolutionäre Idee angesehen werden.

Wenn man heute, meine Damen und Herren, hier im Hause ist es nicht passiert, aber im allgemeinen passiert es, gewisse Schwächen der betrieblichen (B) Ausbildung über alle Maßen anprangert, wenn man sie verallgemeinert und als Zielvorstellung die betriebliche Berufsausbildung ganz abschaffen will, dann sollte man sich der realen Möglichkeiten erinnern, die unserem Staatswesen allein in finanzieller Hinsicht zur Verfügung stehen.

Wer darüber hinaus die unbestrittene Differenzierung der betrieblichen Ausbildung in ungezählten großen, mittleren und kleinen Betrieben als den größten Systemmangel der Berufsbildung ansieht, bezweifelt — wie ich meine, zu Unrecht — den bisher kaum erforschten Bildungsgehalt betrieblicher Ausbildung schlechthin, unterschätzt die koordinierende Aufgabe der bisher ausgerechnet vom Staat als Stiefkind behandelten berufsbegleitenden Schulen und übersieht, daß uns die allgemeinbildenden Schulen einschließlich der Universitäten in vielen Fachbereichen im Grunde nur ein mehr oder minder breites Fundament von Bildungswerten vermitteln, mit deren Hilfe wir uns dann doch selbst in die Lage versetzen müssen, unsere „so differenzierten Aufgaben in ungezählten großen, mittleren und kleinen Betrieben" zu erfüllen. In Wahrheit handelt es sich nach meiner Meinung um eine Art Kreislauf des Bildungssystems, in den das duale Ausbildungssystem als ein Bestandteil durchaus hineinpaßt und das vor allem durch gegenseitige Abhängigkeiten geprägt wird.

Meine Damen und Herren, in der ganzen Bildungsdiskussion, meine ich, sollten wir auf den Boden der Bildungswirklichkeit zurückkehren und bestenfalls in der Diskussion, nicht aber in der Praxis versuchen, den Anzug zu wechseln, bevor der neue geliefert ist. Dann bleibt immer noch genug zu tun, um die betriebliche Ausbildung in den kleinen und mittleren Unternehmen zu verbessern. (C)

Wenn wir systemgerecht denken wollen, so steht an der Spitze die Verbesserung der Ausbildungsleistung dieser Unternehmen selbst! Ergänzende überbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen sollten vielleicht nicht prinzipiell, sondern projektbezogen erfolgen, wobei die Skala der Möglichkeiten — abgestellt auf den jeweils spezifischen Beruf — von der Durchführung von Lehrgängen über eine programmierte Unterweisung bis hin zu überbetrieblichen Ausbildungsstätten reicht.

Ich will auch dieses Thema verkürzen und kurz noch hinweisen auf die regionale Ungleichheit in bezug auf die Bildungschancen in der Bundesrepublik Deutschland. Das, meine Damen und Herren, hat auch sehr viel mit einer regionalen Strukturpolitik zu tun.

Wenn wir in Bremerhaven — ich komme ja aus Bremerhaven — eine Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur fordern, dann vergessen Sie bitte nicht, daß dies deshalb geschieht, daß wir bessere Ausbildungsmöglichkeiten für die in Bremerhaven lebenden Jugendlichen schaffen möchten.

Schließlich und endlich aber — und damit bin ich am Schluß — muß ich noch auf folgende Sachverhalte hinweisen, die für unsere Urteilsfindung über den Bericht der Wirtschaftskammer meines Erachtens von einiger Bedeutung sind: (D)

1. Der Bericht der Wirtschaftskammer entspricht — das sollten wir anerkennen — dem Auftrag, den dieses Haus ihr gegeben hat.
2. Es ist nicht von der Wirtschaftskammer zu vertreten, daß man sich auf Daten und Entwicklungen stützen mußte, die im Jahr 1970 Gültigkeit besaßen, heute aber, das ist bereits gesagt worden, zu einem guten Teil bereits überholt sind. Wir sollten uns dessen aber bewußt sein, wenn wir an diese Dinge herangehen.
3. Der Bericht der Wirtschaftskammer stützt sich auf gewisse Entwicklungen, die ganz generell auch in Zukunft ihre Gültigkeit dann behalten werden, wenn wir von normalen wirtschaftlichen Verhältnissen ausgehen können. Diesen Wert des Berichts sollten wir nicht unterschätzen.
4. Gegenwärtig aber werden alle Ergebnisse des Berichts und alle — auch meine — Ausführungen dazu überschattet von der derzeitigen konjunkturellen Entwicklung, die alle Maßstäbe einer praxisbezogenen Auswertung des Berichts zur Zeit sprengt.
5. Wir wären sicherlich schlecht beraten, wenn wir zu einer partiellen Erleichterung für diesen Bereich kommen würden.

Fest steht aber, daß der jetzt vollzogene Einschnitt in einen der bedeutendsten Wirtschaftsbereiche unserer Bundesrepublik hätte vermieden werden können, wenn die Bundesregierung ihre

(A) Maßnahmen zur Stabilitätspolitik ernster genommen und frühzeitiger damit begonnen hätte.

(Beifall bei der CDU)

Allzu lange hat man sich an den Gedanken geklammert, die Inflationsmentalität der deutschen Bevölkerung würde auch bei Entwertungsraten von 5 oder 6 Prozent pro Jahr nicht zu unüberlegten Handlungen führen. Allzu lange hat man die Entwicklung unter Hinweis auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen unserer Nachbarländer entschuldigt. Allzu lange hat man es nicht wahrhaben wollen, daß von einer nicht kontrollierbaren und damit der unmittelbaren Erkenntnis entzogenen Inflationsrate ab die Eskalation beginnen würde, die sich heute noch in wilden Streiks ausdrückt, später aber einmal in eine Rezession einmünden könnte.

Mein Vorschlag: Legen wir den Bericht der Wirtschaftskammer über die Lage der mittelständischen Wirtschaft im Lande Bremen nicht zu den Akten, veranlassen wir, daß er von nun ab in ein- oder zweijährigen Abständen fortgeschrieben wird, prüfen wir, ob die Aussagen dieses Berichts nicht in ihren Kausal- und Funktionalzusammenhängen untersucht werden sollten, gehen wir — solange solche Untersuchungen nicht vorliegen — wenigstens mit den vorhandenen Erkenntnissen an die Analyse des Berichts heran. Beschäftigen wir uns aber im gegenwartsnahen Interesse des gewerblichen Mittelstands zur Hauptsache mit der Frage, wie wir der (B) Inflation in unserem Lande Herr werden können. Ich kenne im Augenblick keine bessere Maßnahme der Mittelstandspolitik als die Bekämpfung der Inflation und die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren! Ich unterbreche jetzt die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) bis 15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 12.56 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 15.01 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

An unserer heutigen Nachmittagssitzung nehmen unter anderen als Zuhörer teil eine Klasse der Fachoberschule Meta-Sattler-Straße und eine Klasse der Realschule Willakedamm.

Ich begrüße die Zuhörer recht herzlich in unserem Kreise.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir befinden uns in der Beratung des Tagesordnungspunkts 2: Bericht über die Lage der mittelständischen Wirtschaft im (C) Lande Bremen vom 12. Juli 1973, Drucksache 8/583, sowie Mittelständische Wirtschaft im Lande Bremen, Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD vom 3. Oktober 1973, Drucksache 8/613.

Zu Ihrer Information: Es liegen jetzt noch fünf Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Förster.

Abg. Ingeborg **Förster** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist nicht immer ganz leicht, direkt nach der Mittagspause zu sprechen, aber mir fällt dieses Los heute zu. Außerdem ist es nicht leicht, nach den sehr erleuchtenden Vorreden meiner Herren Vorredner das Wort zu ergreifen. Aber ich muß mich zu dem Antrag, Herr Kunick, äußern, den Sie uns heute morgen auf den Tisch geknallt haben.

(Abg. K i e n e [SPD]: Geknall?)

Wir haben acht Punkte vor uns, die wir nicht unbesehen hinnehmen können. Ich möchte zu jedem dieser Punkte speziell Stellung nehmen. Ich vertrete zunächst einmal meine eigene Meinung. Gemeinsam in einer Sitzung wird dann meine Fraktion über diesen Antrag abstimmen.

Im ersten Absatz Ihres Antrags steht, daß die Wirtschaftspolitik Bremens richtig gewesen sei, auch für die kleinen und mittleren Betriebe. Sie sagen jedoch im Nachsatz, daß sie der Verstärkung (D) und der Ergänzung bedarf.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Sehr weise!)

Wenn aber eine Verstärkung und eine Ergänzung zu den Hilfen gegeben werden muß, dann war diese Wirtschaftspolitik in Bremen bestimmt bislang nicht ausreichend.

Zum Punkt 2 haben wir keine Einwände.

Beim Punkt 3 sprechen Sie von der Betriebsberatung. Hier ist besonders das Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft — so heißt es ja wohl —, RKW, angesprochen. Ich darf hier mal zur Kenntnis geben, daß dieses Rationalisierungskuratorium in Bremen bis 1971 in der Institution auch vom Land gefördert wurde, wie in allen anderen Bundesländern jetzt noch, jedoch in den Jahren 1972 und 1973 nicht mehr. Die Beratungen jedoch in den einzelnen Firmen wurden vom Land Bremen auch weiterhin bezuschußt, und zwar je nach Umsatzhöhe der zu beratenden Firmen. Vielleicht könnte man da, Herr Senator — ich sehe ihn gar nicht —,

(Senator J a n t z e n : Da ist er!)

eine Änderung schaffen, daß man diesen Punkt — nämlich die Förderung der Institution RKW — wieder in unseren nächsten Haushalt hinein nimmt. RKW hat in zunehmendem Maße Betriebsberatungen durchgeführt, ich habe auch die Zahlen da und könnte sie Ihnen zeigen.

(A) Zum zweiten Absatz des Punktes 3 habe ich eine Frage: Wie stellt man sich die staatlichen Kontrollen vor? Auch wir sind der Meinung, daß das Gewerbeaufsichtsamt heute kaum in der Lage ist, die notwendigen Kontrollen vorzunehmen, und wir meinen, daß im Rahmen des Gesetzes solche Kontrollen ruhig verstärkt werden sollten, damit die Auszubildenden die Ausbildung bekommen, die wir für sie wünschen.

Dann kommt der Punkt 4, und bei diesem Punkt möchte ich anmerken, daß wir dem Wirtschaftsbericht und auch dem Bericht von Herrn Benoit entnehmen können, daß die kleinsten Betriebe am wenigsten Fremdkapital brauchen, also einen hohen Eigenkapitalanteil haben. Je größer die Firmen werden, desto mehr Fremdkapital müssen sie aufnehmen. Wir können uns freuen, daß die kleinen Betriebe jetzt bei der Hochzinspolitik nicht gezwungen werden, Fremdkapital aufzunehmen, denn das wäre eine ganz miese Situation.

Dazu muß man wissen, daß ab 31. 12. 73 vom Land Bremen keine Zinsbeihilfen mehr gegeben werden sollen. Die SPD jedoch spricht davon, daß der mittelständischen Wirtschaft durch Zinssubventionen und Bürgschaften weiter geholfen werden soll, sie will sogar die Zinssubventionen erhöhen. Das wollen wir auch gern, nur, wenn man weiß, daß Ende dieses Jahres die Zinssubventionen überhaupt auslaufen, dann frage ich mich: Wollen Sie den Titel in den neuen Haushalt erst wieder neu (B) einstellen? Wir werden dafür plädieren. Das möchte ich jetzt schon anmelden.

Dann fordern Sie im Punkt 5 Modelle der zwischenbetrieblichen und überbetrieblichen Ausbildung. Es wäre sehr liebenswürdig von Ihnen, wenn Sie uns solch ein Modell einmal vorstellen würden. Es ist eine etwas nebulöse Formulierung, die hier in Ihrem Antrag steht. Außerdem sehe ich das Ganze nicht im Zusammenhang mit der mittelständischen Wirtschaft.

Den Punkt 6 kann ich persönlich nur voll und ganz begrüßen. Es war bislang bei CDU-Vertretern im Vergabeausschuß immer die Übung, daß wir uns bei jeder Vergabe erkundigten, ob es ein Betrieb des Landes Bremen war, der herangezogen wurde. Ich weiß auch von meinen anderen Kollegen, daß sie uns dabei kräftig unterstützt haben. Es wäre in Zukunft sicher gut, wenn wir alle darauf hinwirken würden, daß bremische Betriebe bevorzugt berücksichtigt werden.

Den Punkt 7, in dem die Bürgerschaft den Bund auffordert, Initiativen zu ergreifen, damit die Selbständigen zur gesetzlichen Rentenversicherung mehr herangeführt werden können, somit die Rentenversicherung auch für die Selbständigen erleichtert wird, finde ich sehr gut, und Herr Kunick war es, glaube ich, vorhin, der das noch besonders erläutert hat.

Zum Thema Steuern, meine Damen und Herren — und damit komme ich zum letzten Punkt —, kann man nur sagen, daß die Gewerbesteuer, die ja im Grunde eine ungerechte Steuer ist, vielleicht durch einen höheren Freibetrag für die kleinen und mittleren Betriebe erleichtert wird. Jedoch scheint mir jetzt überhaupt nicht mehr die Rede davon zu sein, daß diese Steuer einmal abgeschafft wird, wie noch die Steuerreformkommission es vorhatte. Im übrigen ist die Steuerprogression, in der wir uns jetzt befinden und von der ich vorhin schon sprach, wirklich nicht dazu angetan, den kleinen und mittleren Betrieben Mut zu machen. Auch das Jahr 1975 wird da keine großen Veränderungen schaffen. Ich verweise Sie auf einen Artikel im Wirtschaftsteil der „Frankfurter Allgemeinen" von gestern. Dem entnehmen Sie sehr klar, daß der Mittelstand durch die Steuerprogression weiterhin belästigt wird. (C)

(Abg. Kiene [SPD]: Belästigt?)

Wir sind jedoch froh, alles in allem gesehen, daß auch die SPD-Regierung jetzt Kenntnis nimmt von den Problemen der kleinen Unternehmer. Jahrelang waren wir die Rufer in der Wüste, und jetzt fühlen wir uns in unserem Kampf für die kleinen und mittleren Unternehmen bestätigt. — Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Lahmann.

Abg. **Lahmann** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Um gleich an die Bemerkungen von Frau Förster anzuschließen: Frau Förster, Sie wissen, denke ich, daß Ihre Forderung, die Freibeträge bei der Gewerbesteuer zu erhöhen, (D) in den neuen Eckwerten der Bundesregierung verwirklicht worden ist. Die Freibeträge werden der veränderten Entwicklung angepaßt, und damit ist eine ganz wesentliche Forderung, die Sie hier vorgetragen haben,

(Abg. Neumann [CDU]: Ab wann?)

ich will nicht sagen, schon verwirklicht, aber sie steht kurz vor der Verwirklichung, weil ja die gesetzestechnischen Schlußfolgerungen noch gezogen werden müssen.

Im übrigen darf ich Ihrer Meinung widersprechen, daß etwa die Freien Demokraten ihr seit langem artikuliertes Ziel, die Gewerbesteuer abzuschaffen, aufgegeben hätten. Herr Ostendorff hat vorhin schon darauf hingewiesen. Wir lassen allenfalls darüber mit uns reden, ob man einen Teil der Gewerbesteuer insofern aufrechterhalten kann, als er sich in der Bemessungsgrundlage auf das Gewerbekapital bezieht. Wir halten aber wie Sie — und da, glaube ich, stimmen wir überein — die Gewerbesteuer, soweit sie an den Ertrag anknüpft, für wettbewerbsverzerrend und haben unseren Widerstand gegen diese Wirkungen keineswegs aufgegeben.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Nach den Harmonisierungsbestimmungen der EWG sind wir dazu gezwungen!)

Ja eben! Die Harmonisierungsbestimmungen der EWG werden ohnehin dazu führen, so daß wir hier durchaus Chancen haben, uns durchzusetzen.

(A) Nun, meine Damen und Herren, zu der Debatte heute morgen! Ich will es ganz deutlich sagen: Ich habe mich sehr darüber gefreut, daß heute wie nie zuvor von allen Sprechern der Fraktionen in diesem Hause die Einigkeit in der Grundsatzfrage unseres Wirtschaftssystems betont worden ist. Ich habe jedenfalls alle Sprecher so verstanden, daß wir gemeinsam dafür eintreten, die soziale Marktwirtschaft zu erhalten, sie, wo nötig, auszubauen und sie systementsprechend zu verbessern. Das schließt ein die wichtige Rolle des selbständigen Unternehmers in diesem System und gleichgerichtete Bemühungen aller politisch relevanten Kräfte, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit gerade der mittelständischen Unternehmen im Interesse aller Verbraucher zu verbessern.

Nun, meine Damen und Herren, Freude kann man ja erst richtig empfinden, wenn andere sich mit freuen. Ich wollte darum ein Wort in dieser Richtung an die SPD vorweg richten. Weil die Tendenz Ihres Entschließungsantrags unseren Vorstellungen, auch unserem Mittelstandsprogramm, das wir auf Bundesebene vorgelegt haben, durchaus nahe kommt, neige ich dazu, Ihrem Antrag zuzustimmen. Sicherlich werden wir die Beratungspause dazu benutzen, uns darüber noch zu unterhalten, aber ich glaube, daß wir uns verständigen können.

Freilich stimmen wir nicht mit jedem Zungenschlag dieser Entschließung überein. Ich hebe zum Beispiel Ihre Bemerkungen in puncto Berufsausbildung hervor. Hier haben wir gewisse Vorbehalte, (B) die weiter diskutiert werden müssen, aber ich gehe davon aus, daß wir wegen der grundsätzlichen Übereinstimmung in den meisten Fragen, die Sie angesprochen haben, Ihre Entschließung unterstützen können.

Nun aber zum eigentlichen Anlaß meiner Wortmeldung! Sie knüpft an die Rede von Herrn Koschek von heute morgen an. Herr Koschek hat die Bundesregierung attackiert.

(Abg. Koschek [CDU]: Da sind Sie leider drin!)

Herr Koschek, ich will mich gern mit dieser Bemerkung auseinandersetzen. Er hat gesagt — ich glaube, es mir wörtlich notiert zu haben —, daß die inflationäre Politik der Bundesregierung und ihre Restriktionsmaßnahmen schädlich seien, und zwar insbesondere für den Mittelstand. Meine Damen und Herren, Herr Koschek hat hier offenbar weiße Mäuse mit Elefanten kopuliert,

(Heiterkeit bei der SPD)

und das Ergebnis ist denn auch eine Mißgeburt.

Was ist zu der Bemerkung „inflationäre Politik der Bundesregierung" zu sagen? Wir wissen alle, daß die Preissteigerungen weltweit sind. Sie beruhen auf den unterschiedlichsten Ursachen. Wir brauchen sie gar nicht zu diskutieren, sie sind uns geläufig. Aber — meine Damen und Herren, darauf lege ich Wert — am allerwenigsten beruhen doch die Preissteigerungen auf politischen Maßnahmen (C) der Bundesregierung!

(Beifall bei FDP und SPD)

Ganz im Gegenteil hat doch die Politik gerade die Aufgabe, der Inflation entgegenzuwirken. Diese Aufgabe erfüllt ja die Bundesregierung auch, und ich darf mit der gebotenen Bescheidenheit hinzufügen, sie erfüllt diese Aufgabe, seit ein FDP-Minister das Bundeswirtschaftsministerium verwaltet, mit allmählich sichtbar werdendem Erfolg.

Meine Damen und Herren, ich will — —

(Abg. Neumann [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Lahmann, sind Sie bereit, eine Frage des Abgeordneten Neumann zu beantworten?

Abg. **Lahmann** (FDP): Ich will, bevor ich die Frage annehmen möchte, einen Beweis für diese Behauptung liefern.

Präsident Dr. Klink: Ich bitte Sie, noch etwas zu warten, Herr Neumann, bis Sie die Frage stellen können.

Abg. **Lahmann** (FDP): Sofort, nachdem ich dieses Beispiel angeführt habe, Herr Neumann, sehr gern!

Ich spreche von dem allmählich sichtbar werdenden Erfolg der Bemühungen der Bundesregierung auf dem Gebiet der Inflationsbekämpfung. Dazu (D) weise ich Sie nur hin auf eine ganz naheliegende Quelle, den „Weser-Kurier" von heute. Auf Seite 44 findet sich, mit einem schönen, ich nehme an, für jeden verständlichem, Schaubild verbunden, eine Nachricht über den Jahresbericht der EG-Kommission, aus dem hervorgeht, daß bereits fünf Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft mit einer Preissteigerungsrate von über acht Prozent fertig zu werden hätten, und das, obwohl all diese Länder mit Preisstopps oder Preiskontrollen versuchen, der Teuerung Herr zu werden.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Hört, hört!)

Die Bundesrepublik dagegen — nun nochmal „Hört, hört!", wenn es geht —, einziges Land der Gemeinschaft ohne Preisdirigismus, steht mit plus 7,2 Prozent im unteren Drittel der neun Partnerstaaten noch relativ günstig da, wie es hier heißt.

(Abg. Kähler [SPD]: Hört, hört!)

Hört, hört!

Meine Damen und Herren, ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich hinzufüge, daß diese Tendenz sich inzwischen noch günstiger entwickelt hat, zugunsten also der Praxisentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Ich sage nicht, daß eine Tendenzwende eingetreten sei. Ich sage aber, daß bei uns ganz deutlich der Beginn einer Tendenzwende eingesetzt hat, der hoffnungsvoll stimmt.

(Glocke)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Dürfte ich bitten, daß wir diese Debatte straffen, denn wir kommen jetzt etwas ab. Ich weiß, es ist angesprochen worden. Sie sollen selbstverständlich auch das Recht haben, weiter zu diskutieren. Nur möchte ich sagen, wir sollten uns jetzt in den nächsten zwei Stunden nicht über die Konjunktursituation in der Bundesrepublik unterhalten.

(Abg. Neumann [CDU]: Herr Präsident, Sie gucken mich an und meinen Herrn Lahmann!)

Abg. **Lahmann** (FDP): Ich fühle mich aber nicht angesprochen, Herr Kollege!

Präsident Dr. Klink: Sind Sie jetzt bereit, eine Frage anzunehmen, Herr Lahmann?

Abg. **Lahmann** (FDP): Ja!

(Abg. Sagner [CDU]: Wir sind aber gern bereit, die Anregung von Herrn Lahmann aufzunehmen!)

Präsident Dr. Klink: Ich habe ja auch nicht abgeschnitten! Ich meine bloß, wir sollten sehen, daß wir jetzt die Kurve zum Mittelstand wieder kriegen!

Abg. **Lahmann** (FDP): Das war bekanntlich eine Anregung von Herrn Koschek!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Neumann!

(B) Abg. **Neumann** (CDU): Herr Kollege Lahmann, ist Ihnen bekannt, daß die Bundesregierung in den letzten beiden Jahren die Postpreise bei den Päckchen um 45 Prozent, die Postkarten um 14 Prozent, die Standardbriefe um 13 Prozent, die Pakete um 80 Prozent, Telefonieren um 16 Prozent, für Telefonanschlüsse um 40 Prozent, die Bahntarife um 25 Prozent, die Branntweinsteuer um 24 Prozent, die Mineralölsteuer um 15 Prozent, die Tabakwarensteuer um 19 Prozent erhöht hat und damit an die Spitze der Preistreiber zu stellen ist?

(Beifall bei der CDU — Widerspruch bei der SPD)

Abg. **Lahmann** (FDP): Herr Kollege Neumann, ich kann selbstverständlich wegen der maschinengewehrartigen Geschwindigkeit, mit der Sie diese Zahlen vorgetragen haben, nicht kontrollieren, ob sie im einzelnen richtig sind.

(Abg. Sagner [CDU]: Sie kennen doch die Zahlen!)

Ich bin aber bereit, Ihre Frage ohne Ihre Schlußfolgerung und mit dem Vorbehalt, daß ich die einzelnen Zahlen im Moment nicht aufnehmen kann, zu bejahen. Nur, ich glaube, Ihnen ist auch aufgefallen, daß Sie für ein Brötchen inzwischen auch mehr bezahlen müssen, und das nicht deswegen, weil die Branntweinsteuer erhöht worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich bin dabei, mich mit (C) einer widersprüchlichen Äußerung von Herrn Koschek auseinanderzusetzen.

(Abg. Koschek [CDU]: Immer noch?)

Ja, immer noch!

(Abg. Koschek [CDU]: Hoffentlich kapieren Sie das auch!)

Ich sage also, die Behauptung, daß die Bundesregierung eine inflationäre Politik betriebe, ist schon von den Ergebnissen her widerlegt. Wenn aber Herr Koschek recht hätte, dann könnte er doch wohl nicht gleichzeitig über die Restriktionsmaßnahmen der Bundesregierung klagen! Dies scheint mir, meine Damen und Herren, erneut ein Beweis für die widersprüchliche Argumentation und für die totale Konzeptionslosigkeit der CDU zu sein!

(Beifall bei FDP und SPD)

Wir wissen alle, daß die Bundesregierung, um den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Gefahren, die sich aus der alarmierenden Preisentwicklung ergeben, zu begegnen, ein Bündel harter und einschneidender Maßnahmen beschlossen hat.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Lahmann, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage der Kollegin Förster anzunehmen? (D)

Abg. **Lahmann** (FDP): Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Frau Förster!

Abg. Ingeborg **Förster** (CDU): Herr Lahmann, gehe ich recht in der Annahme, daß Sie mit den Restriktionsmaßnahmen der Bundesregierung die Hochzinspolitik meinen?

Abg. **Lahmann** (FDP): Mit den Restriktionsmaßnahmen der Bundesregierung meine ich nicht die Hochzinspolitik, denn die geht ja bekanntlich von der Bundesbank aus. Ich komme gerade auf das Stabilitätsprogramm zu sprechen. Vielleicht hätte sich Ihre Frage dann erübrigt. Ich war gerade dabei zu sagen, meine Damen und Herren, daß — —

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Lahmann, es tut mir leid, aber es haben sich noch einige Abgeordnete an die Fragemikrophone gestellt. Sind Sie bereit, weitere Fragen anzunehmen?

Abg. **Lahmann** (FDP): Selbstverständlich!

Präsident Dr. Klink: Zunächst hat dann der Abgeordnete Koschek das Wort zu einer Frage, dann der Abgeordnete Dr. Sieling.

Bitte, Herr Koschek!

Abg. **Koschek** (CDU): Ist Ihnen bekannt, daß die Bundesbank erst dann eingreift, eingreifen muß, weil die Bundesregierung untätig ist, denn sonst hätte sie ja gar nicht einzugreifen brauchen?

(A) **Präsident Dr. Klink:** Das war eine Feststellung und keine Frage!

Abg. **Lahmann** (FDP): Herr Präsident, ich will mich nicht auf Formalien berufen. Ich will gern dazu Stellung nehmen. Wenn Sie mich hätten ausreden lassen, Herr Kollege Koschek, dann wäre ich auf das stabilitätspolitische Programm der Bundesregierung zu sprechen gekommen. Dann hätten Sie erkennen können, daß hier durchaus eine korrespondierende Wirkung besteht. Nur, auf die Frage von Frau Förster habe ich aufgrund der wenigstens überschlägigen Kenntnis der Bestimmungen des Bundesbankgesetzes wohl zutreffend geantwortet, daß die Zinspolitik eine Angelegenheit der Bundesbank ist, die bekanntlich eine von der Bundesregierung völlig unabhängige Institution ist.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, jetzt eine Frage von Herrn Dr. Sieling zu beantworten?

Abg. **Lahmann** (FDP): Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Dr. Sieling!

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Lahmann, sind Sie bereit, mir zu folgen, den Widerspruch, den Sie eben dem Kollegen Koschek unterstellen wollten, aufzulösen, wenn Sie bedenken, daß die für die Wirtschaft unangenehmen Restriktionsmaßnahmen ja erst eine Folgemaßnahme, eine Folgetat der Bundesregierung in Abwehr der von ihr zu verantwortenden inflationistischen Politik sind, die die Bundesregierung leider so lange getrieben hat, daß diese harten Maßnahmen jetzt aus dem Nichts heraus erforderlich wurden?

(B)

Abg. **Lahmann** (FDP): Herr Kollege Dr. Sieling, ich bin nicht bereit, Ihnen bei dieser Interpretation zu folgen. Sie bringen mich aber genau auf das, was ich gerade ausführen wollte. Ich will Ihnen sagen, wie ich die Dinge sehe.

Ich meine, daß die Bundesregierung gerade mit ihrem zweiten Stabilitätsprogramm, dem ja ein erstes vorausgegangen war, zu verstehen gegeben hat, daß sie es mit der Stabilität ernst meint. An der Einstellung, nicht vor der Inflation zu kapitulieren, hat sich bis heute nichts geändert, wie gerade kürzlich — noch in der vergangenen Woche — der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft, Martin Grüner, betont hat.

Ich will hier gar nicht die insgesamt 21 Punkte des zweiten Stabilitätsprogramms wiederholen. Sie kennen sie ja. Ich lege aber auf die Feststellung Wert, meine Damen und Herren, daß eine konsequente Stabilitätspolitik für die mittelständische Wirtschaft, von der wir ja heute sprechen, von ganz besonderer Bedeutung ist. Sie muß ein besonderes Interesse am Fortbestand unserer marktwirtschaftlichen Ordnung haben, die durch anhaltende Inflation ausgehöhlt zu werden droht, so daß also unter diesem Gesichtspunkt gerade die stabilitätspolitischen Maßnahmen auch den Interessen der mittelständischen Wirtschaft dienen.

Ich räume ein, daß die mittelständische Wirtschaft über Einzelfolgen der Restriktionsmaßnahmen der Bundesregierung heute Klage führt. Wenn diese Klage geführt wird darüber, daß die mittelständischen Unternehmen durch die Stabilitätspolitik und dabei insbesondere durch die kreditpolitischen Maßnahmen besonders hart getroffen werden, so nehmen wir diese Klagen sehr ernst. Wir meinen, daß man die benutzten Argumente sorgfältig analysieren, Vorteil und Nachteil wirklich redlich einander gegenüberstellen sollte. (C)

Lassen Sie mich aber in diesem Zusammenhang beispielhaft die Frage stellen: Welche anderen Instrumente und Methoden sollten denn von einer Regierung, die sich den marktwirtschaftlichen und damit freiheitlichen Prinzipien verpflichtet fühlt, zur Wiedererlangung der Stabilität angewandt werden? Können Sie mir das beantworten? Wer die Globalsteuerung verwirft, wie Sie es tun und wie wir es tun, der sollte sich alternativ ruhig einmal die Praxis von Kreditzuteilung, von Investitionssteuerung, von Lohn- beziehungsweise Preisstopps vorstellen. Der Gestaltungs- und Handlungsspielraum gerade der mittelständischen Unternehmen wird doch durch eine solche Feinsteuerung, wie es die Fachleute nennen, nicht größer, zumal eine Entlastung vom unternehmerischen Risiko nicht erfolgt. Dazu müssen Sie sich einmal äußern, wie Sie sich denn sonst eine Stabilitätspolitik vorstellen.

Ich will abschließend sagen: Soweit Klagen aus dem Bereich der mittelständischen Wirtschaft eine Berechtigung haben, sind wir entschlossen, diesen Klagen nachzugehen. Wir erwarten uns von dem nächsten Bericht der fünf Weisen, des Sachverständigenrats zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, wichtige Aufschlüsse, wie gerade die stabilitätspolitischen Maßnahmen in den einzelnen Bereichen gewirkt haben, ob sie vielleicht zu gravierend in einzelne Branchen eingegriffen haben. Danach ist unserer Meinung nach sorgfältig zu prüfen, ob im stabilitätspolitischen Programm der Bundesregierung andere Gewichte gesetzt werden müssen. (D)

Meine Damen und Herren, Marktwirtschaft heißt Wettbewerb. Wettbewerb ist Auslese. Unser Wirtschaftssystem beinhaltet neben den dadurch eröffneten Chancen aber auch Verpflichtungen. Die Grundlagen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung müssen im Alltag ihre Bewährungsproben auch unter den schwierigsten Bedingungen bestehen. Sie können es nur, wenn engagiert für sie eingetreten wird. Bei der praktischen Beweisführung sind Wirtschaft und Politik gleichberechtigt.

In diesem Sinne werden wir auch weiterhin den vorgelegten Bericht zur Lage der mittelständischen Wirtschaft in Bremen positiv und zugleich kritisch würdigen und unsere Vorschläge einbringen. Richtschnur für uns ist dabei der folgende Grundsatz: Ohne einen starken Mittelstand würde die Marktwirtschaft, die aus dem Wettbewerb und der Vielfalt der Leistungsangebote lebt, verkümmern. Den Mittelstand fördern heißt, die Marktwirtschaft ver-

(A) vollkommnen heißt, den Freiheitsraum des einzelnen Bürgers erhalten und ausbauen.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Tiedemann.

Abg. **Tiedemann** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte die Diskussion in diesem Hause wieder zurückführen auf das eigentliche Thema, das uns hier beschäftigt, nämlich auf die Lage der mittelständischen Wirtschaft im Lande Bremen, ohne dabei die Zusammenhänge verkennen zu wollen, die eben diskutiert worden sind und vom Kollegen Lahmann erörtert wurden. Ich will mit ihm auch nicht darüber rechten, ob es sich im einzelnen um Verdienste eines bestimmten Bundesministers handelt oder der gesamten Bundesregierung. Ich meine, das ist hier weniger von Bedeutung.

(Abg. Neumann [CDU]: Für die Inflationspolitik ist die gesamte Regierung verantwortlich!)

Ich möchte aber einige Ausführungen aufgreifen, und zwar von Herrn Koschek, von Frau Förster und auch von Herrn Dr. Foth, von denen ich meine, daß diese Ausführungen in bestimmten Punkten richtiggestellt werden müssen. Frau Förster meinte einen Widerspruch zu sehen zwischen dem ersten Absatz (B) und dem zweiten Absatz unseres Entschließungsantrags. Sie formulierte so: Auf der einen Seite sage die SPD-Fraktion, daß im Bereich der Wirtschaft, den wir hier zu erörtern haben, erhebliche Leistungen vollbracht worden seien. Andererseits werde im zweiten Absatz ausgeführt, daß man diese Leistungen verbessern und ergänzen wolle. Das sei ein Widerspruch.

Nun, Kollegin Förster, diesen Widerspruch vermag ich nicht zu sehen, denn das Gutachten, der Bericht zur Lage der mittelständischen Wirtschaft, führt ja eindeutig aus, daß gerade dieser Bereich von den möglichen Hilfen des Staates nicht den Gebrauch macht, den er eigentlich davon machen könnte. Eben dies beabsichtigen wir in der Zukunft zu verbessern, zu ergänzen durch Instrumentarien, auf die mein Kollege Kunick bereits in seinem allgemeinen Bericht hingewiesen hat. Insofern sehe ich den Widerspruch zwischen Punkt 1 und Punkt 2 nicht.

Wenn Herr Koschek hier ganz allgemein mehr oder weniger das Füllhorn der Subventionen ausstreuen will über die mittelständische Wirtschaft im Lande Bremen, so ist das vielleicht für ihn persönlich notwendig, so etwas zu sagen, möglicherweise auch anerkennenswert. Aber, Herr Koschek, meine Fraktion ist der Meinung, daß es darauf ankommt, genau zu unterscheiden zwischen den leistungsfähigen Betrieben dieses Bereichs, die eine Förderung verdienen, und anderen Betrieben, bei denen man nur an den Symptomen kurieren würde, eine Förderung aber nicht geben sollte, weil man dadurch nicht leistungsfähige Betriebe nur mit öffentlichen Subventionen künstlich am Leben erhält. (C)

Insofern berufe ich mich auf Seite 13 dieses Gutachtens, wo hierzu, wie ich meine, eine richtige Aussage getroffen wird. Ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten:

„Für eine Politik zur Förderung der kleinen und mittleren Betriebe dürfen weder ihre Nachteile übersehen noch ihre positiven Funktionen überbewertet werden. Daher ist eine Politik zur Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen abzulehnen, wenn sie wirtschaftlich ungünstige Strukturen aufrechterhält."

Dazu werde ich im Verlaufe meiner Ausführungen noch einige Beispiele aus einem Bereich bringen, der mir natürlich besonders am Herzen liegt.

Jetzt zu den Ausführungen von Herrn Dr. Foth! Sie meinten, seinerzeit hätte auch die SPD-Fraktion die Beratung in diesem Hause deswegen abgesetzt, weil sie noch nicht genügend Zeit gehabt habe, den Bericht zu untersuchen. Ich möchte Ihnen sagen: Das trifft nicht zu! Wir haben Verständnis gezeigt für die FDP-Fraktion, die um eine Vertagung gebeten hatte und haben uns dem allgemeinen parlamentarischen Brauch angeschlossen und dieser Vertagung auf heute zugestimmt. Das zu Ihnen!

Nun, meine Damen und Herren, vielleicht jetzt die von mir angesprochenen Beispiele aus dem Bereich der Bremerhavener Wirtschaft. Ein solcher Bericht, wie er uns vorliegt, wird natürlich nur (D) Globalaussagen machen können für das gesamte Land Bremen, und das ist auch richtig. Aber damit kann man regionale Unterschiede nicht fassen, insbesondere dort nicht fassen, wo uns die Wichtigkeit der Probleme eigentlich dazu führen müßte, hier auch Aussagen zu machen.

Ich will zwei Bereiche ansprechen. Der eine befaßt sich mit der Situation der Werften, soweit sie überhaupt unter den Begriff „Mittelständische Wirtschaft" nach diesem Gutachten fallen. Großwerften, zum Beispiel die „AG Weser" in Bremerhaven, muß man ausklammern, und ganz kleine hätte man auch auszuklammern. Aber ich will mich beschränken auf den Bereich, der nach dem Gutachten angesprochen worden ist.

Wenn in dem Bericht davon die Rede ist, daß das Management in kleineren und mittleren Unternehmungen nicht in ausreichender Weise dafür vorgebildet erscheint, langfristige Entwicklungsprozesse vorauszusehen und entsprechende Planungen zu machen, so meine ich, ist das insbesondere im Jahr 1972 im Bereich der kleineren und mittleren Bremerhavener Werften deutlich geworden. Die Werftenquete hat hier eine ziemlich deutliche Aussage getroffen im Jahr 1972, speziell zur Situation der Werften, die sie nämlich aufgrund ihrer Spezialisierung, langfristig gesehen, für ausgezeichnet hält, was die Zukunftsaussichten betrifft. Das Management war aber zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt völlig anderer Meinung.

(A) Das ist ein Beispiel dafür, und ich glaube, alle können sich noch genau daran erinnern, wie die Diskussion verlief, daß hier offensichtlich genau das vorlag, was auch in diesem Gutachten behauptet wird. Deshalb zielen unsere Anregungen dahin, die Unternehmensberatung für die Bereiche der mittelständischen Wirtschaft ganz erheblich zu verbessern.

Jetzt ein anderer Bereich, ein Bereich auch in Bremerhaven, in dem wir wahrscheinlich in den nächsten Monaten eine ganze Reihe von Entscheidungen zu fällen haben werden, und nicht nur im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen. Die Situation des Vermarktungssystems in der Fischerei in Bremerhaven ist nach meiner Ansicht für heutige Verhältnisse altertümlich und bedarf dringend der Revision. Wenn man nun zu dieser Erkenntnis kommt, zu der offensichtlich auch eine ganze Reihe von Betrieben dieses Wirtschaftszweigs gekommen ist, dann fragt man sich ja, warum wird in diesem Bereich nichts geändert?

Meine Damen und Herren, das liegt eben an der Struktur gerade dieses Bereichs, den ich hier betrachten möchte. Wir haben etwa 51 Betriebe mit rund 3 300 Beschäftigten. Abgesehen von fünf oder sechs größeren Betrieben, handelt es sich um Kleinbetriebe, die zur gleichen Zeit noch Fischgroßhändler sind und deren Tätigkeit sich auf Filetieren und gegebenenfalls noch auf Räuchern beschränkt. Insgesamt sind am Markt etwa 80 Fischgroßhändler, (B) und davon nur 16 mit mehr als 1 Millionen DM Auktionsumsatz im Jahr.

Wenn ich das Vermarktungssystem angesprochen habe, so deswegen, weil der größte Teil der Anlandungen gekauft wird von einer ganz geringen Zahl von Großhändlern, und weil die geringste Menge an Fisch gekauft wird von einer ungleich größeren Anzahl von Händlern. Das bedeutet nichts anderes, als daß Fischanlandungen in Bremerhaven wegen dieser Struktur unter Umständen acht, zwölf und noch mehr Stunden stehen müssen, weil — ich will das mal auf die Spitze treiben — eine Firma dabei ist, die eventuell nur eine Kiste Fisch kauft.

Meine Damen und Herren, gerade in diesem Bereich wird zu wenig von den Möglichkeiten der Kooperation Gebrauch gemacht. Insbesondere im Bereich des Einkaufs wäre das aber unbedingt notwendig. Daß die nun nicht gerade eine gemeinsame Verkaufskooperation machen, das ergibt sich von selbst, und auf solch eine Idee würde auch niemand kommen, aber die Konstruktion in diesem Teil der Wirtschaft hält uns davon ab, dringend notwendige Verbesserungen eines Vermarktungssystems zu machen, weil es hier eine ganze Reihe von Einzelbetrieben gibt, wie auch in dem Gutachten formuliert ist, die mehr den Standpunkt des „Herrn im eignen Hause" vertreten und die nicht bereit sind, weil es sich häufig um Familienbetriebe handelt, Möglichkeiten der Kooperation zu nutzen.

Ich wollte an diesen beiden Beispielen zeigen, daß mir die Ergebnisse des Berichts über die Lage der mittelständischen Wirtschaft durchaus geeignet erscheinen, um unsere Politik im Lande Bremen, die (C) ich im übrigen für richtig und gut halte, in dieser Richtung weiter zu führen.

Insofern möchte ich mich auch von dem distanzieren, was Kollege Dr. Foth hier gesagt hat. Er hat mehr oder weniger geäußert, nun gut, hier sei also ein Gutachten erarbeitet worden, das sei auch so in Ordnung, aber man müsse doch noch eine Reihe von weiteren wissenschaftlichen Untersuchungen dazu haben. Der Meinung bin ich auch, Herr Kollege Dr. Foth, aber manchmal — zumindest ich — hört man vielleicht die Einstellung eines Mannes heraus, der mit den Augen von einer bestimmten Kammer her gesehen ein wenig bedauert, nicht die Möglichkeiten des Einflusses auf diesen Bericht gehabt zu haben, wie er sich selbst vorgestellt hätte. Insofern habe ich Verständnis für die Ausführungen von Herrn Dr. Foth.

Lassen Sie mich aber zum Schluß noch ein Beispiel nennen. Hier hat in einer Kammer, in einem Gremium, das paritätisch zusammengesetzt ist aus Arbeitnehmern und aus Arbeitgebern, ein Ergebnis zustande kommen können, das uns allen vorliegt. Nun erfuhr ich heute zu meiner Überraschung, daß eine Institution, die an diesem Gutachten mitgearbeitet hat, in einem Schreiben, das heute morgen bei meiner Fraktion eingegangen ist, in dem Bereich, der sie direkt betrifft, Berichtigungen vornimmt. Eine Berichtigung, von der ich mir vorstelle, daß sie eigentlich schon längst hätte vorgenommen werden müssen. (D)

Ich möchte gern, daß die Wirtschaftskammer dazu Stellung nimmt, wieso es angehen kann, daß eine solche Institution — ich meine damit die Einzelhandelsabteilung der Handelskammer Bremen — am Tage der Bürgerschaftssitzung zu Ergebnissen kommt, die von dem ganz erheblich abweichen, was in dem Bericht über die Lage der mittelständischen Wirtschaft enthalten ist. Vielleicht kann das als Anregung für den Herrn Präsidenten dienen, gerade in dieser Frage die Wirtschaftskammer noch einmal zu befragen.

Meine Damen und Herren, ich möchte es zunächst bei diesen Äußerungen bewenden lassen, weil ich unter Umständen die Gelegenheit noch nutzen möchte, auf einige andere Fragen noch einzugehen. Ich bin allerdings der Meinung, daß in bezug auf die Leistung der Regierung im Lande Bremen und auch in bezug auf die Leistung meiner Fraktion noch einiges gesagt werden wird vom zuständigen Senator. Lassen Sie mich also an dieser Stelle schließen. — Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Krauss.

Abg. **Krauss** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Statt mit Wilhelm Busch, lieber Herr Ostendorff, wollten Sie uns heute morgen mit einem lateinischen Zitat erfreuen. Ich greife das auf und liefere die Übersetzung gleich mit: Quid quid agis,

(A) pudenta agas et respice finem, was du auch tust, tue es klug und bedenke, was daraus folgt.

(Abg. Kähler [SPD]: Können Sie das mal Herrn Koschek sagen?)

Ob Sie das nun bedacht haben, als Sie vor vier Wochen die Vertagung beantragten? Ich möchte Ihre Bemühungen anerkennen, Sie haben sich in eine Favoritenrolle begeben. Wir waren ja gespannt, was nun nach weiteren vier Wochen Überlegungszeit bei Ihnen herausbraten würde. Es war immerhin sehr interessant, und Sie haben ja auch Gesichtspunkte gebracht, die bisher nur von Ihnen allein Erwähnung gefunden haben.

Diese Vertagung hat uns darüber hinaus auch den interessanten Entschließungsantrag der SPD beschert. Diese Entschließung — ich sage jetzt auch zunächst meine Meinung — muß jeder Mittelstandspolitiker, zumindest was die sachlichen Aussagen und Anregungen betrifft, begrüßen. Aber, meine Damen und Herren von der SPD, Sie wissen ja ganz genau, daß Sie sich bei den meisten Punkten Ihrer Entschließung lediglich uralte Forderungen der CDU zu eigen gemacht haben.

(Abg. Kähler [SPD]: Dann stimmen Sie doch zu! — Abg. Tiedemann [SPD]: Dann können Sie doch zustimmen!)

Nun ist es aber so — in dieser Richtung habe ich mich ja auch schon mehrfach geäußert —, wenn
(B) es zuguterletzt dann dem Mittelstand zugute kommt, dann ist das zu begrüßen.

(Abg. Kähler [SPD]: Sehr schön!)

Herr Lahmann hat bei der Würdigung Ihrer Entschließung schon die skeptische Frage geäußert, wie sieht es mit der Verwirklichung aus! Nämlich Punkt 8, Gewerbesteuerfreibetrag, da werden wir ja, wenn das Programm der Bundesregierung in Erfüllung geht, bis 1975 warten müssen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Tiedemann entgegenzunehmen?

Abg. **Krauss** (CDU): Das bringt mich doch jetzt erheblich durcheinander!

(Heiterkeit)

Das ist natürlich in Bescheidenheit falsch ausgedrückt. Ich möchte keine Frage annehmen, weil ich Sie bitten möchte, diesem Gedankengang zu folgen, Herr Tiedemann.

(Abg. Tiedemann [SPD]: Jetzt nicht, oder überhaupt nicht?)

Zum Schluß! Ich melde mich! Die würde also nach den derzeitigen Plänen der Bundesregierung 1975 anstehen.

Erlauben Sie mir bitte eine Bemerkung zu diesem ganzen Paket! 1975 will die Bundesregierung 8 Milliarden DM insgesamt an Steuervergünstigungen an (C) alle zurückgeben. Es ist bisher versäumt worden, in der Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß das im Grunde genommen Spiegelfechterei ist. Man kann auch sagen Schaumschlägerei, meine Damen und Herren!

(Abg. Koschek [CDU]: Jawohl! — Beifall bei der CDU)

Denn bis zu dem Zeitpunkt, wo diese 8 Milliarden nun nicht kassiert werden sollen, ist ein Mehrfaches durch die berühmten heimlichen Steuererhöhungen eingegangen!

(Beifall bei der CDU)

Im übrigen, meine Damen und Herren, ich stehe voll hinter den Ausführungen meiner Fraktionskollegen, ich bitte Sie aber nochmals, die Schlußfolgerungen — und dabei denken wir hauptsächlich an die laufende Fortschreibung — nicht aus den Augen zu verlieren. Wir müssen uns mit dem Thema weiterhin befassen, sonst sind die bisherigen Bemühungen nichts wert.

Darf ich nun noch zu dem verbundenen Tagesordnungspunkt 9 mit den Drucksachen 8/581 und 8/587 Stellung nehmen! Da ist zunächst die Aussage auf der Seite 4 der Antwort des Senats unter C 1): Der Senator für Wirtschaft und Außenhandel strebt seit längerem analog zu den Regelungen in anderen Bundesländern die Gründung einer bremischen Betriebsberatungsstelle des Einzelhandels an. (D) Mit der Handelskammer und mit dem Einzelhandelsverband Nordsee wird hierüber verhandelt.

Herr Senator, darf ich die Frage an Sie richten — es ist eine Sachaufklärung, um die ich bitte —: Ist es richtig oder ist diese Aussage in Ihrer Antwort so zu verstehen, daß Sie von seiten des Staates eine solche Betriebsberatungsstelle alleine vorbereiten, oder bereitet nicht auch die Einzelhandelsabteilung und der Einzelhandelsverband Nordsee ebenfalls eine vor, sind das getrennte Aktionen oder ist das eine gemeinsame? Vielleicht sind Sie so freundlich und erläutern das.

Dann zieht sich wie ein roter Faden durch die Antwort des Senats zur Frage B) die mangelnde Beratungswilligkeit der kleinen und mittleren Unternehmungen, die Bereitschaft, Beratungen anzunehmen. Meine Damen und Herren, dem kann sicherlich nicht allein mit der geplanten Informationsschrift begegnet werden: „Eine vom Senator für Wirtschaft und Außenhandel geplante umfassende Informationsschrift über die bestehenden Förderungsmaßnahmen für mittlere und kleinere Unternehmen wird insbesondere auch dieser Frage gewidmet sein." Denn wenn die Nutzung teilbezuschußter Betriebsberatungen im Bereich der mittelständischen Wirtschaft im Lande Bremen relativ gering ist, so liegt es vorwiegend daran, daß voll bezuschußte Kurzberatungen nicht gegeben sind. Diese Kurzberatungen werden vom Bundesminister für die Wirtschaft als sogenannte Aufschließungsmaßnahme für Betriebsberatungen bezeichnet. Und deswegen, meine Da-

(A) men und Herren, ist uns der letzte Satz der Antwort des Senats wichtig. Da heißt es: „Um diesen Nachteil" — gemeint sind die nicht vorhandenen Aufschließungsmaßnahmen — „zu begegnen" — —

(Glocke — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Kollege Krauss, ich bin die ganze Zeit am Sinnieren! Sie haben hier eine Senatsvorlage angezogen und sie mit in die Beratung eingeführt. Ich bin der Meinung, daß diese Vorlage bereits in der letzten Sitzung abgehandelt wurde. Wir debattieren aber jetzt über die Lage der mittelständischen Wirtschaft und die Entschließung der SPD.

Abg. **Krauss** (CDU): Ich bin der Meinung, diese Dinge stehen in einem engen Zusammenhang, und da der Herr Senator ja letztes Mal auch keine Antwort hat geben können, glaube ich nicht, daß es unangenehm ist, wenn ich diese Fragen eben stelle.

Präsident Dr. Klink: Herr Krauss, ich habe nichts dagegen, bloß, ich würde sagen, ich würde dann nicht Bezug auf die Senatsvorlage nehmen. Das ist kein sachlicher Zusammenhang!

Abg. **Krauss** (CDU): Vielen Dank! Ich nehme die Bezugnahme auf den Tagesordnungspunkt 9 der letzten Sitzung zurück und darf fortfahren.

(Heiterkeit)

(B) Also wir begrüßen die Aussage des Senats, daß er die Absicht hat, um dem Nachteil der nicht vorhandenen Aufschließungsmaßnahmen zu begegnen — —

(Glocke — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Entschuldigung! Auch die Aussage des Senats steht jetzt nicht zur Diskussion! Wir haben jetzt den Bericht der Wirtschaftskammer und den Entschließungsantrag zu beraten.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Aber wir sind doch mitten drin in der Diskussion!)

Herr Abgeordneter Krauss, wenn das die Absicht gewesen wäre, dann hätten wir uns interfraktionell darüber verständigt, daß wir das mit in die Beratung einbeziehen. Das ist ein Extra-Tagesordnungspunkt, der das letzte Mal bereits abgehandelt worden ist, den können wir doch jetzt nicht wieder durch die Hintertür in die Beratung einbeziehen.

Abg. **Krauss** (CDU): Aber ich glaube, es ist doch durchaus angemessen für einen Oppositionspolitiker, auch mal Maßnahmen des Senats zu begrüßen. Da können Sie mich doch nicht hindern, das zu tun.

(Heiterkeit)

Präsident Dr. Klink: Ich mache meine Entscheidungen nicht davon abhängig, ob Sie etwas begrüßen oder etwas beklagen, sondern ich handle nach der Geschäftsordnung!

Abg. **Krauss** (CDU): Gut! Also ich stelle lediglich fest, ich begrüße jetzt nicht, ich stelle fest, daß der Senat die Absicht hat, 16 000 Mark im Haushalt 74 einzusetzen für Aufschließungsmaßnahmen im Sinne der Betriebsberatungen. Und, meine Damen und Herren, das begrüßen wir. (C)

(Heiterkeit)

Ich kann ja aus meinem Herzen keine Mördergrube machen.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Nein, sollst du ja auch nicht machen!)

Ich möchte aber hier noch etwas sagen dürfen. Wir stecken uns nämlich in aller Bescheidenheit ein paar Federn an den Hut. Wir sehen das auch unter anderem als Ergebnis unserer Bemühungen an. Wir haben am 27. Januar 73 in dieser Angelegenheit an den Wirtschaftssenator geschrieben, und ich möchte mir erlauben, mit Genehmigung des Herrn Präsidenten, diesen Brief einmal vorzulesen:

(Abg. Tiedemann [SPD]: Da hatte er aber doch längst entschieden!)

„Unter höflicher Bezugnahme auf das geführte Telefongespräch und unter Hinweis auf den Antrag auf Gewährung von Zuschußmitteln für den im Betreff angegebenen Zweck" — das ist also die Durchführung von Betriebsbegehungen — „seitens des Deutschen Gewerbeverbandes, Landesverband Nordwestdeutschland, stellt sich die Mittelstandsvereinigung der CDU, Landesverband Bremen, voll hinter die beabsichtigte Aktion. Wir begrüßen, daß sich der Deutsche Gewerbeverband, Landesverband Nordwestdeutschland, nunmehr entschlossen hat, die organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, um in dem auch von uns vertretenen Bereich der mittelständischen Wirtschaft die Initialzündung zu geben. Ganz sicher werden aufgrund der beabsichtigten Betriebsbegehungen auch Betriebsberatungen in Frage kommen, für die dann Bundesmittel in Anspruch genommen werden können. In den Jahren 67 und folgenden war unter dem Haushaltstitel L 116/405 „Wirtschaftsförderung" ein Titel von je DM 7500 für diesen Zweck eingesetzt. Sicherlich nicht zuletzt aufgrund unzureichender Kenntnis" — dem wollen wir jetzt ja auch begegnen — „bei denjenigen, die gefördert werden sollten, wurden diese Mittel fast nicht in Anspruch genommen. Nunmehr besteht die Chance eines neuen Beginns, den wir politisch voll unterstützen. Hierbei dürfen wir erwähnen, daß aufgrund einer Rücksprache mit dem Fraktionsvorstand der Bürgerschaftsfraktion der CDU" — also das ist keine Angelegenheit einer Gliederung der Partei, sondern eine Angelegenheit der Fraktion — „diese Aktion auch seitens der CDU-Fraktion unterstützt wird. Wir treten sowohl für die Einwerbung von Haushaltsmitteln in der Höhe von 16 000 Mark für den Haushalt 74, als auch für eine Nachbewilligung für 73 in Höhe von 8000 Mark ein unter der Voraussetzung, daß der Deutsche Gewerbeverband die organisatorischen (D)

(A) Voraussetzungen für einen kurzfristigen Beginn der Betriebsbegehungen machen kann. Gerade auf den sofortigen Beginn dieser Aktion sollte angesichts der unbefriedigenden Lage der mittelständischen Wirtschaft nicht verzichtet werden".

Nun, das ist zu spät, die können das gar nicht mehr einplanen! Und, Herr Ostendorff, ich glaube, Sie waren es, der gesagt hat, vielleicht können wir diesen Betrag erhöhen. Wir wollen hier keine Utopie entwickeln, wir müssen, glaube ich, erst einmal sehen, wie werden die Mittel in Anspruch genommen. Also wir, glaube ich — das wird unsere Beratung erst noch ergeben —, würden uns zunächst einmal freuen, wenn erst einmal 16 000 Mark da sind, mit denen gearbeitet werden kann. Das Weitere kann man dann sehen.

Ich schließe also nun in der Hoffnung, meine Damen und Herren, daß wir gemeinsam bei den Haushaltsberatungen im Dezember diesen Betrag beschließen werden. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Halt hier! Herr Präsident!

Präsident Dr. Klink: Sie haben gesagt, Sie melden sich!

Abg. **Krauss** (CDU): Jawohl, was ich hiermit getan habe!

Präsident Dr. Klink: Herr Tiedemann, sind Sie (B) noch interessiert, eine Zwischenfrage zu stellen?

(Abg. Tiedemann [SPD]: Vielen Dank, ich verzichte!)

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Foth.

Abg. **Dr. Foth** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will nur zu einem einzigen Punkt Stellung nehmen, zu dem sich Herr Tiedemann hier geäußert hat. Ich will es tun, um es etwas klarerzustellen. Ich bediene mich dabei, Herr Tiedemann, Ihrer eigenen Lieblingsfloskel und sage, Sie haben, Herr Tiedemann, den Eindruck erweckt, als ob ich hier als Vertreter einer bestimmten Gruppe auftrete, was nachweisbar nicht stimmt.

Zweitens, ich hätte vielleicht nicht so auf den Bericht der Wirtschaftskammer Einfluß nehmen können, wie ich das gewollt hätte. Herr Tiedemann, Sie müßten wissen, daß ich als meinem Vertreter zur Bearbeitung dieses Berichts der Wirtschaftskammer von der Handelskammer Bremerhaven einen Mann eingesetzt habe, den Sie schon mal zum Bundestagsabgeordneten der SPD küren wollten.

(Abg. Klein [CDU]: Hört, hört! — Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat Herr Senator Jantzen.

Senator für Arbeit und für Wirtschaft und Außenhandel Jantzen: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Lassen Sie mich auf einige der gestellten Fragen antworten, und lassen Sie mich am (C) Schluß noch einige grundsätzliche Äußerungen zur Mittelstandspolitik im Land Bremen machen.

Herr Kunick hat von der Möglichkeit einer verbesserten Berufsausbildung — und das ist auch die Initiative in dem Antrag der SPD — gesprochen, und Frau Förster hat gefragt, wie sehen eigentlich diese Modelle aus. Modell Nummer eins zur Förderung beruflicher Aus-, Fort- und Weiterbildung ist die Gewerbeförderungsanstalt in Bremen. Modell Nummer zwei wird zur Zeit vom Senator für Arbeit, abgestimmt mit dem Senator für Wirtschaft und dem Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst, mit der Kammer besprochen, um eine verbesserte Berufsausbildung insgesamt durchzuführen. Die Curricula der schulischen Ausbildung muß Niederschlag finden in der betrieblichen Ausbildung, wie auch der Einfluß der betrieblichen Ausbildung auf die schulische Curricula sichergestellt werden soll. Eingebettet in der Mitte ist das Berufsgrundbildungsjahr.

Sie haben gefragt, gibt es Modelle. Dieses letztere Modell befindet sich zur Zeit noch in der Diskussion. Es ist wesentlich initiiert worden durch die Vorstellungen des Bundes, abgestimmt mit den Ländern. Die Reform der Berufsausbildung ist aufgrund technologisch veränderter Arbeitsmethodik besonders vordringlich geworden.

Das Land Bremen bemüht sich, nicht nur diese Dinge des Bundes zu unterstützen, sondern zugleich mit der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven, mit der Handelskammer und mit der Hand- (D) werkskammer zu einer gemeinsamen Lösung zu gelangen. Das wird möglicherweise bedeuten, daß die gegenwärtige Kapazität der Gewerbeförderungsanstalt Bremen-Stadt nicht mehr ausreichen wird. Wir werden, wenn erste Erkenntnisse aufgrund von gemeinsamen Gesprächen zu erkennen sind, die zuständigen Deputationen begrüßen.

Wir haben auch in unserer Antwort auf die Frage einer verbesserten Berufsausbildung hingewiesen. Darüber hinaus sind wir der Meinung — und ich darf bitten, das auch einmal selbst bei der Handelskammer nachzufragen oder beim RKW —, daß leider einige der mittelständischen Unternehmer von den Möglichkeiten, die sich bereits bieten, nicht in dem Umfang Gebrauch machen, wie sie es machen könnten. Einer der Gründe hierfür ist sicherlich, daß der kleinere Betrieb, der mit einer etwas geringeren Kapitaldecke ausgestattet ist, nicht gern bereit ist, in die Bittstellersituation zu kommen.

Größere Unternehmen und ganz große Unternehmen haben offensichtlich diese Hemmungen nicht, da sie viel häufiger bei mir erscheinen als kleinere und mittlere. Vielleicht kann diese öffentliche Debatte dazu beitragen, daß die kleineren Unternehmen ihre bisherige Bescheidenheit aufgeben. Da auch Herr Kunick so freundlich war, anzukündigen, die SPD-Fraktion werde eventuell erforderliche Erhöhungen des Zinsbewilligungsrahmens im Parlament befürworten, habe ich keine Sorge, für die mittelständische Wirtschaft noch mehr zu tun, als in der Vergangenheit bereits geschehen ist.

(A) Auf diese Feststellung, „bereits geschehen ist", lege ich allerdings gesteigerten Wert, denn wir haben in der Vergangenheit einiges an Bürgschaften — und ich werde Ihnen die Beträge noch nennen — und Zinsbeihilfen sowohl für das mittelständische Gewerbe als auch speziell für das Handwerk bereitgestellt. Nur, wenn Sie den Bericht aufmerksam gelesen haben, werden Sie feststellen, daß die Möglichkeiten der Beratung nicht in dem wünschenswerten Umfang genutzt werden. Anderenfalls hätten wir die Mittel für diesen Zweck, die für das Haushaltsjahr 1974 in der Deputation erhöht wurden, noch weiter erhöht. Wir hätten uns in der Deputation glücklich geschätzt, wenn die Inanspruchnahme des RKW bei der Handelskammer in Bremen noch stärker gewesen wäre als in der Vergangenheit.

Ich darf hier gleichzeitig Ihre Frage, Herr Krauss, nach der Beratung im Einzelhandel mit beantworten. Die Initiative ist von uns ausgegangen. Wir hatten gebeten, uns Vorschläge zu unterbreiten, um sie dann in die Haushaltsgespräche einzuleiten. Ich darf deshalb gleich, lieber Herr Krauss — die anderen sind sicherlich nicht böse, wenn ich das vorziehe —, aufgreifen, was Sie am Schluß gesagt haben, daß der Senator für Wirtschaft und Außenhandel auf eine Initiative der CDU zurückgekommen ist.

Ich muß Sie herb enttäuschen! Wir sind auf die Initiative des Gewerbeverbandes eingegangen. Ihr
(B) Brief kam zu spät. Wir hatten bereits mit dem Verband Gespräche aufgenommen. Ich will das nur richtigstellen, weil immer die geistige Urheberschaft ganz bestimmter Initiativen aus Nützlichkeits- oder Zweckmäßigkeitserwägungen in eine ganz bestimmte Richtung geschoben wird. Meine Mitarbeiter würden es mir verübeln, wenn ich hier den Eindruck nicht so geradegerückt hätte, wie es notwendig war.

Ich gebe Ihnen allerdings recht, es zählt eigentlich nicht das, was über dem Strich besprochen worden ist, sondern es zählt, was unter dem Strich als Ergebnis dabei herauskommt. Das ist, glaube ich, notwendig festzustellen. Hier wird etwas geschehen, nicht nur mit diesen, sondern auch noch mit anderen. Ich hoffe, daß wir damit auch die Mittel noch erhöhen können, den Betrag nämlich, den Sie bereits genannt haben.

Ich darf dann noch einmal auf die Frage, die Herr Kunick gestellt hat, Abtretung von Forderungen, eingehen. Ich glaube, diese Dinge sollten wirklich in der Deputation für Wirtschaft und Außenhandel erörtert werden, und sie sollten in den Ausschüssen, in denen die mittelständische Wirtschaft und das Handwerk vertreten sind, einmal mit den Betroffenen diskutiert werden. Man muß diese Dinge sicherlich in aller Breite besprechen, wenn man sinnvolle Hilfe für die mittelständische Wirtschaft leisten will. Wir sind dazu bereit. Ich hoffe, daß davon Gebrauch gemacht wird.

Zu Herrn Koschek kann ich nur mit Freude feststellen, daß von einer Abwanderungstendenz in das niedersächsische Umland heute keine Rede mehr (C) war. Ich darf darüber meiner Freude Ausdruck geben, daß ein unabhängiges Institut nun bescheinigt hat, was der Senator für Wirtschaft und Außenhandel fast bei jeder Debatte in den Haushaltsberatungen hier immer wieder erklärt hat.

Ich darf noch auf eines hinweisen, Herr Koschek! Sie haben gesagt, daß die Inanspruchnahme von Kapitalmarktmitteln bei den größeren Unternehmen stärker ist. Ich würde davor warnen, daraus Schlußfolgerungen zu ziehen. In der Öffentlichkeit könnte nämlich der Eindruck entstehen, daß die kleinen und mittleren Unternehmen es nicht nötig hätten. Das wäre sicherlich ein falscher Eindruck, der entstünde, wenn man das nur so pauschal darstellt. Deshalb will ich das noch einmal in aller Eindeutigkeit hier zum Ausdruck bringen.

Herr Ostendorff, sicherlich wäre es wünschenswert, wenn die Zinspolitik nicht einheitlich, sondern möglicherweise branchengebunden durchgeführt werden könnte. Nur, wenn die Bundesregierung beziehungsweise die Bundesbank ihre Zinspolitik darauf abgestellt hätte, wären die Großunternehmen sicherlich noch günstiger gestellt, als jetzt möglicherweise die Belastungen für das mittelständische Gewerbe sind.

Ich stelle hier in Übereinstimmung mit Herrn Lahmann fest, daß es in unserer Gesellschaft neben den Arbeitnehmern, den Verbrauchern, gerade das mittelständische Gewerbe und die mittelständischen Unternehmen sind, die Wert darauf legen müssen, (D) daß die Stabilität zurückgewonnen wird. Hier darf ich, liebe Frau Förster, nur eines sagen: Ich befinde mich in der Frage der restriktiven Politik in einer glücklichen Übereinstimmung mit meinem früheren Kollegen in Schleswig-Holstein, der kurz vor der Bundestagswahl auf der Tagung weiblicher Arbeitgeber im Großen Saal der Glocke für den Fall, daß er für die Wirtschaftspolitik in einer neuen Bundesregierung verantwortlich werden würde, eine restristive Politik zur Rückgewinnung der Stabilität angekündigt hat. Nun können Sie doch die gegenwärtige Bundesregierung nicht dafür verantwortlich machen, wenn sie nun Gott sei Dank das einmal tut, was Herr Narjes erklärt hat.

(Abg. Klein [CDU]: Es geht um Inflationslastenausgleich, nicht um Stabilitätspolitik!)

Punkt zwei: Vergabe von Aufträgen! Frau Förster, Sie wissen, daß ich einmal als Grundstückskommissar teilweise auch den Vorsitz im Vergabeausschuß geführt habe. Ich glaube, daß die damalige Praxis sich noch nicht geändert hat, daß wir dann, wenn das Angebot vom Geldlichen wie von der Art des Angebotes gleich war, uns immer für die Bremer entschieden haben. Ansonsten haben wir uns nach den Kriterien der freien Marktwirtschaft für den günstigeren Preisanbieter entschieden. Daraus, daß wir es getan haben, sollte sicherlich denen, die es heute tun, kein Vorwurf gemacht werden, denn ansonsten würden wir wahrscheinlich

(A) wieder angegriffen werden, daß wir die Vergabe öffentlicher Aufträge nicht nach den Kriterien, die ja von einer bestimmten Seite dieses Hauses ständig beschworen werden, nach freien marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten, entschieden hätten. Wir haben es getan.

Im Gegenteil, ich kann für mich feststellen, daß der Senator für Wirtschaft und Außenhandel sogar einmal aus Bremerhaven dafür angegriffen wurde, daß er nicht verhindert hat, daß die Vergabe eines Schiffes aus Kostengründen an ein Unternehmen außerhalb Bremens und Bremerhavens erfolgte. Ich glaube allerdings, daß ich dies auch im Interesse der Steuerzahler nicht verhindern durfte, um mir später nicht wieder von jemandem sagen lassen zu müssen, ich hätte die Reichshaushaltsordnung ständig unter dem Arm haben müssen, um wirtschaftliches Handeln durchzuführen.

(Abg. Klein [CDU]: Jetzt die Landeshaushaltsordnung!)

Das war der Grund. Ich nehme ja manchmal Anregungen, Herr Klein, von Ihnen an. Landeshaushaltsordnung, entschuldigen Sie! Ich nehme den Hinweis auf!

(Zuruf des Abg. Klein [CDU])

Ich bin mit dieser Formulierung von Ihnen, Herr Klein, völlig einverstanden. Ich habe sie im Kopf, Sie haben sie unter dem Arm!

(B) (Abg. Klein [CDU]: Das haben Sie gesagt!)

Nein, das waren Sie! Das ist bei mir gut angekommen! Sie können mir einige Vorwürfe machen, aber hören kann ich noch gut!

(Abg. Klein [CDU]: Das ist der Anfangskurs in Dialektik, den Sie da vollziehen!)

Darüber haben wir uns beide neulich unterhalten. Ich habe gestaunt darüber, welche Fähigkeiten Sie auf dem Gebiet der Dialektik bereits entwickelt haben. Ich kann nur hoffen, daß bei fortschreitender parlamentarischer Tätigkeit das noch etwas mehr wächst.

Ich darf auf die Frage nach dem Stabilitätsprogramm zurückkommen. Herr Lahmann hatte bereits darauf hingewiesen, wie sich die Zahlenwerte hinsichtlich der Lebenshaltungskosten entwickelt haben. Ich darf den letzten für September 1973 nachtragen, der beträgt nämlich 6,5 Prozent. Das heißt doch wohl mit anderen Worten, daß diese Maßnahmen bereits anfangen zu wirken.

Es gibt aber auch noch ein anderes Kriterium, das uns bei der Stabilitätspolitik einige Schwierigkeiten macht. Das ist die Frage der Marktbeherrschung. Man kann nicht verschweigen wollen, daß Konzentrationen und Fusionen in den hinter uns liegenden Jahren bis zur Novellierung des Kartellgesetzes ausgeufert sind und zu Ergebnissen geführt haben, die nicht im Interesse der mittelständischen Wirtschaft und schon gar nicht im Interesse der Verbraucher waren.

Nur, das ist keine Schuld der SPD-Regierung, (C) sondern das müssen sich die ins Stammbuch schreiben lassen, die zwanzig Jahre und mehr auf diesem Gebiet so gut wie gar nichts getan haben. Ich weiß, daß das nicht gefällt, aber leider ist es so. Ich habe ja meine Erfahrung bei Länderwirtschaftsministerkonferenzen, wenn es um solche Fragen geht.

(Abg. Klein [CDU]: Sie verschleudern das Erbe!)

Ich freue mich, daß das angekommen ist!

(Unruhe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Wir wollen keine Zwiegespräche führen! Herr Senator, Sie haben das Wort für Ihre Ausführungen.

Senator Jantzen: Ich darf dann auf eine Äußerung von Herrn Dr. Foth eingehen und darf mich dafür bedanken, daß Herr Dr. Foth fast lückenlos auch das wiedergegeben hat, was der Präsident des Senats bei seiner Regierungserklärung über die Absichten der Bremer Landesregierung in der Frage der Förderung der mittelständischen Wirtschaft und der Verbesserung der bremischen Wirtschaftsstruktur gesagt hat. Ich will diese Passage nicht verlesen. Ich habe in dem, was Herr Dr. Foth gesagt hat, wiedergefunden, was der Präsident des Senats damals gesagt hat.

Nur, lassen Sie mich, meine Damen und Herren, eine Frage stellen, und die möge sich jeder selbst (D) beantworten: Es wird vom Senator für Wirtschaft und Außenhandel gefordert, wir sollten mehr bei Beratung und bei wissenschaftlicher Untersuchung für die Frage der mittelständischen Unternehmen und der mittelständischen Wirtschaft tun. Ich bin gern dazu bereit. Nur, dann werden sich die Interessenverbände, die Kammern, fragen lassen müssen, warum nun eigentlich die, die Beiträge in diese Institutionen zahlen, keine Ergebnisse von den Kammern bekommen!

(Beifall bei der SPD)

Da bin ich nun wirklich der Meinung, daß das eine primäre Aufgabe der Industrie- und Handelskammer, der Handelskammer und der Handwerkskammer ist. Was ich zu tun beabsichtige, ist sekundär, nämlich begleitend das, was dort geschehen soll. Ansonsten muß man mir darüber Klarheit verschaffen, daß die Kammern diese Aufgabenstellung aufgeben wollen. Dann bin ich gern bereit, sie zu übernehmen. Ich glaube nur, das wird nicht im Interesse der Kammern liegen. Der Konsens, der sich zwischen meinem Haus und den Kammern bisher ergeben hat, ist allerdings auch so, daß ich davon ausgehen kann, daß wir das kooperativ leisten wollen. Ich sage das nur, damit nicht hier immer verschoben wird, wer die Verantwortung trägt, sondern es müssen sich auch die mit in die Verantwortung gezogen fühlen, die als Institution, nämlich als Kammern, die Interessen dieses Teils unserer Wirtschaft vertreten.

(A) Ich darf zu der Frage RKW — Frau Förster hat das angesprochen — erwähnen, daß wir die Förderungsmaßnahmen umgestellt haben. Früher haben wir 30 Prozent der Mittel für die Betriebsberatung und 70 Prozent für den allgemeinen Haushalt des RKW eingesetzt. Diese Beträge waren im Jahr 1969 11 000 DM, im Jahr 1970 13 000 DM, und im Jahr 1971 15 000 DM. Wir haben jetzt umgestellt und fördern — gemeinsam mit dem Bund — nur noch die Beratung. Für 1972 haben wir eine Aufstockung auf 22 700 DM vorgenommen. Der gleiche Betrag noch einmal vom Bund. 1973 haben wir 25 700 DM, und in den Haushaltsansätzen des Jahres 1974 beabsichtigen wir, vorbehaltlich der Beschlußfassung des Parlaments, 32 600 DM einzuwerben. Sie sehen also, daß wir die Dinge umgestellt haben, um die Effizienz zu verbessern.

Sicherlich wird es dadurch für das RKW etwas schwieriger werden, weil die allgemeinen Mittel der eigenen Wirtschafts- und Haushaltsführung für das RKW dadurch etwas geschmälert werden.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Senator Jantzen, sind Sie bereit, eine Frage von Frau Förster zu beantworten?

Senator Jantzen: Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Förster!

(B) Abg. Ingeborg **Förster** (CDU): Ich darf Sie noch einmal fragen, Herr Senator, ob diese Mittel für die Beratung gegeben werden und nicht für die Institution? Das wäre meine Frage an Sie: Für die Institution gibt Bremen seit 1971 nichts mehr?

Senator Jantzen: Wir haben früher 30 Prozent für die Beratung und 70 Prozent in den Haushalt des RKW gegeben, jetzt nichts mehr für den Haushalt, sondern voll für die Beratung. Ist die Frage jetzt klarer beantwortet? — Danke schön!

Meine Damen und Herren, ich darf noch einige grundsätzliche Bemerkungen zu dem Bericht der Wirtschaftskammer „Bericht über die Lage der mittelständischen Wirtschaft im Lande Bremen" und der Antwort des Senats machen.

Ich glaube, daß man an dieser Stelle noch einmal, das möchte ich ausdrücklich als Senator für Wirtschaft und Außenhandel tun, der Wirtschaftskammer für den vorgelegten Bericht recht herzlich danken muß. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Wirtschaftskammer wie auch den Mitgliedern der jeweiligen Ausschüsse, die als einen gemeinsamen Vorschlag diesen Bericht vorgelegt haben, ist sehr herzlich zu danken.

(Beifall bei der SPD)

Diese Analyse, die kein Ersatz für ein Konzept einer mittelständischen Politik ist, sollte fortgeschrieben werden. Darüber hinaus kann ich dem Parlament erklären, daß Teile dieses Berichts einfließen werden in das in Kürze vom Senator für Wirtschaft und Außenhandel vorzulegende Wirtschaftsstrukturprogramm des Landes Bremen. Sie sehen also, daß dieser Bericht nicht nur für das Parlament, sondern auch für den Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für die Beratung im Senat von einem hohen Stellenwert ist. (C)

Ich will auf die Frage der Beurteilung von Zahlenwerten nicht eingehen. Sicherlich läßt sich das noch etwas stärker systematisieren, vergleichbarer machen. Ich glaube, da sollte man gemeinsam mit der Kammer noch einmal darüber sprechen. Ich glaube aber dennoch, daß eine hohe Aussagefähigkeit bereits heute von den Tabellen ausgeht.

Ich glaube, daß wir in diesem Hause über die Frage der Existenz leistungsfähiger mittelständischer Unternehmen nicht zu reden brauchen, ich glaube, gerade Bremen weiß die Bedeutung mittelständischer Unternehmen sehr hoch zu schätzen, einfach und allein aus dem Tatbestand — das will ich hier gleich an dieser Stelle erwähnen —, daß rund 47 Prozent des Bruttoinlandsprodukts von mittelständischen Unternehmen im Lande Bremen aufgebracht werden und rund 50 Prozent, Herr Koschek, der Erwerbstätigen in Betrieben der mittelständischen Wirtschaft in unserem Land tätig sind.

Die politisch Verantwortlichen sind einfach aufgrund der eben von mir vorgetragenen Fakten gezwungen, aber auch aus Einsicht, sich stärker noch als bisher um diesen Bereich zu kümmern. Ich glaube auch, daß ein Teil der mittelständischen Wirtschaft flexibler im Markt ist als mancher Großkonzern. Bevor sich nämlich die marktwirtschaftlichen Erkenntnisse über veränderte Märkte durchgesetzt haben, obwohl die Erkenntnisse schnell da sind, bevor es umgesetzt ist, ist es manchmal schon zu spät, und sie stehen bei mir. Bei mittelständischen Betrieben ist hingegen die Anpassungsfähigkeit viel schneller. Deshalb ist auch beabsichtigt — so auch die Ausführungen des Präsidenten des Senats in der Regierungserklärung —, auf dem Gebiet der Industrieansiedlungspolitik verstärkt mittelständische Unternehmen zu berücksichtigen. (D)

Es ist sicherlich auch nicht zu verschweigen, daß natürlich durch die restriktive Kreditpolitik in dieser Periode die mittelständische Wirtschaft aufgrund von Inanspruchnahmen von Kapitalmarktmitteln stärker in Anspruch genommen wird als kapitalkräftige Großunternehmen. Nur, ich hoffe sehr, daß das, was in der Forderung der SPD-Fraktion dieses Hauses steht, nicht nur von uns allen unterstützt wird, sondern auch so gegenüber dem Bund erklärt wird. Wir haben diese Dinge gesehen, sie bereits angesprochen und, um es neudeutsch zu sagen, auf den Weg gebracht.

Wir müssen uns sicherlich auch bei der Frage „Wachstum" daran gewöhnen, daß nach einer Phase starker Entwicklung nunmehr die Phase einer Konsolidierung gekommen ist. Damit wird der Stellenwert der mittelständischen Wirtschaft für die Versorgung der Verbraucher auch eine stärkere Bedeutung gewinnen. Aus diesem Grund werden wir auch im Interesse der Verbraucher jede Maßnahme

(A) der Strukturverbesserung im Bereich unserer mittelständischen Wirtschaft aus politischer Grundeinstellung sehr stark unterstützen.

Natürlich wird diese Phase der Konsolidierung auch zu Schwierigkeiten, insbesondere auch bei der mittelständischen Wirtschaft, führen. Ich sagte aber bereits, wir werden auf diesem Gebiet immer bereit sein, zu helfen, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Ich glaube auch, daß in der Vergangenheit die Förderungsmaßnahmen — Herr Tiedemann wies bereits darauf hin — darauf gerichtet waren, die Bemühungen der Wirtschaft um steigende Leistungsfähigkeit, um die Anpassung an die technische Entwicklung und um die Schaffung sicherer Arbeitsplätze zu unterstützen. Ich brauche nur auf die grundsätzliche Erklärung des Senats vom 13. 1. 1970 hinzuweisen. Ich will es mir in Anbetracht der Zeit ersparen, das Zitat hier noch einmal zu verlesen. Ich glaube, daß dieses Haus sich an das, was im Jahr 1970 hier gesagt worden ist, sofern es sich um die älteren Abgeordneten handelt, erinnern kann, nämlich daß aufgrund der Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik der Staat nur eine geringe Möglichkeit des Einflusses hat und die Wirtschaft sich stärker als bisher helfen muß.

Zu den bisherigen Maßnahmen zählen im wesentlichen Finanzierungshilfen, die sich aus Bürgschaften sowohl des Landes Bremen als auch der verschiedenen Bürgschafts- und Kreditgemeinschaften und aus
(B) Zinszuschüssen zusammensetzen. Hinzuweisen ist außerdem auf die Bereitstellung von preisgünstigen Gewerbegrundstücken, auf die öffentliche Auftragsberatung, die überbetriebliche Gewerbeförderung und die Förderung des Beratungsdienstes. Die reinen Finanzierungshilfen, meine Damen und Herren, einschließlich der Bürgschaften, beliefen sich in den letzten acht Jahren für den Teil, über den wir heute reden, immerhin auf einen Betrag von 34 Millionen DM. Für das bremische Handwerk wurden im gleichen Zeitraum 2,6 Millionen DM ausgegeben. Ich glaube, daß diese Beträge Beweis dafür sind, daß der Senator für Wirtschaft und Außenhandel und der Senat diese Dinge nicht nur hier besprochen hat, sondern ernst gemeint und durchgeführt hat.

Angesichts der Bedeutung des Mittelstandes für das Land Bremen hat die Bremische Bürgerschaft am 25. 6. 1970 die Wirtschaftskammer beauftragt, einen Bericht über die Lage der mittelständischen Wirtschaft in Bremen zu erstellen. Dieser Bericht, meine Damen und Herren, ist heute diskutiert worden. Die Beurteilung gibt nicht den gegenwärtigen Stand wieder, sondern den von vor zwei Jahren. Wenn wir von Fortschreibung reden, müssen wir auch diese zeitliche Distanz in absehbarer Zeit durch Diskussion in der zuständigen Deputation überbrücken und wirksame Maßnahmen einleiten.

Ich hatte bereits auf die Beratung hingewiesen und auch gegenüber der Wirtschaftskammer meinen Dank zum Ausdruck gebracht. Ich darf, meine Damen und Herren, mit der Feststellung schließen, daß das Land Bremen und noch mehr der Bund in der Vergangenheit nicht unerhebliche Mittel für das (C) Beratungswesen in den verschiedenen Bereichen zur Verfügung gestellt haben, die in noch größerem Umfang fließen könnten, wenn seitens der mittelständischen Unternehmen und der Fachverbände und der Kammern mehr Aktivität entwickelt würde, als in der Vergangenheit entwickelt worden ist. Um den einzelnen Unternehmen, insbesondere des Handels und des sonstiges Gewerbes einen Anreiz für künftige, durch die öffentliche Hand geförderte Betriebsberatung zu geben, wird der Senat vorbehaltlich der Zustimmung der Bürgerschaft Mittel für die kostenlose Betriebsbegehung durch qualifizierte Berater zur Verfügung stellen.

Abschließend darf ich noch einmal darauf hinweisen, daß die bisherigen Förderungsmaßnahmen, die sich in der Praxis bewährt haben, im verstärkten Umfang weitergeführt werden und der Senat bemüht sein wird, dort schwerpunktmäßige Hilfen zu gewähren, wo es notwendig und ökonomisch vertretbar erscheint. — Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Herr Senator Jantzen hat sich soeben bemüht, herauszustellen, was in Bremen auf dem Sektor der mittelständischen Wirtschaft alles gemacht worden ist an positiven (D) Dingen. Das ist nicht nur sein gutes Recht, sondern ja geradezu seine Pflicht. Daß die SPD-Fraktion alles schon etwas anders sieht, zeigt der uns heute vorliegende Entschließungsantrag.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Jetzt wird von der naturwissenschaftlichen Seite untersucht!)

Meine Damen und Herren, daß wir von der CDU alles noch anders sehen, uns aber doch in diesen Beurteilungen auf dem Wege der SPD-Fraktion befinden, nur eben weit darüber hinausgehen, ist wohl eine Selbstverständlichkeit. Heute morgen erst ist uns dieser Entschließungsantrag auf den Tisch gelegt worden. Er ist ja nicht so ganz kurz, man muß sich erst durchlesen, neben den anderen Beratungen. Dabei habe ich einmal versucht, mir selbst klarzumachen, was, auf einen kurzen Nenner gebracht, in den einzelnen Ziffern eigentlich steht.

Erlauben Sie mir, daß ich auf Ziffer 4, erster Absatz sowie die Ziffern 7 und 8 nicht eingehe. Ziffer 4 (1) beschäftigt sich mit der Hochzinspolitik, für die ja die Bremer SPD nicht direkt verantwortlich zu machen ist. Auf die Ziffern 7 und 8 möchte ich nicht eingehen, weil es sich auch dort um Dinge handelt, die letztlich der Bund zu regeln hat. Erlauben Sie mir, daß ich nun einmal versuche, den Inhalt dieser Entschließung in Kurzform wiederzugeben, soweit er die Ziffern 1, 2, 3, 4, zweiter Absatz, 5 und 6 betrifft.

(A) Da lesen wir folgendes, meine Damen und Herren! Zu 1: Die Wirtschaftspolitik Bremens muß mehr als bisher auf kleine und mittlere Betriebe ausgerichtet werden. Das ist doch wohl kurz und knapp der Inhalt dieses Absatzes.

Zu 2: Die Information der Unternehmer über die staatliche Förderung kleinerer und mittlerer Betriebe muß verbessert werden. Das heißt ja wohl, daß diese in Bremen bisher nicht genügt hat.

Zu Ziffer 3: In der Betriebsberatung sind Mängel deutlich geworden. Die betriebliche Beratung muß mehr als bisher verstärkt werden. Auch dies hat offensichtlich nach Meinung der SPD bisher noch nicht genügt. Dann ist in dieser Ziffer weiter zu lesen: Die Betriebsberatung und die Wirtschaftsförderung sind bisher nicht genügend miteinander verknüpft worden. Auch etwas, was voll zu unterstützen ist in der Aussage, die die SPD hier trifft. Dann steht noch weiter unter Ziffer 3: Die Einhaltung der Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes sind bisher nicht genügend überwacht worden. Man hat es also schluren lassen, mit anderen Worten. Und schließlich: Die staatliche Kontrolle und Überwachung der Betriebsausbildung ist bisher nur ungenügend durchgeführt worden. Das alles, meine Damen und Herren, ist kurz Inhalt der Ziffer 3.

Ich komme nun zur Ziffer 4, zweiter Absatz: Zinssubventionen an die mittelständische Wirtschaft sollen erhöht werden, falls nicht ausreichend. Die Frage
(B) bleibt natürlich dann: Wird die Initiative der SPD-Fraktion dahin gehen, im Rahmen der Haushaltsberatungen für ausreichende Möglichkeiten zu sorgen, und in welchem Umfang wird sie das tun? Sie werden unsere Unterstützung dabei haben!

Ziffer 5: Die Zahl der Ausbildungsplätze genügt bisher nicht, einer qualifizierten Berufsausbildung auch nur entgegenzukommen. Das heißt also, es waren zu wenig Ausbildungsplätze da. Das hätte man eigentlich im Senat einmal merken und sich zu gegebener Zeit darum kümmern sollen!

Und letztens, meine Damen und Herren, heißt es in Ziffer 6 dem Inhalt nach: Kleinere Betriebe haben bisher noch keine Teilpositionen im öffentlichen Auftragswesen abgeben können. Falls das wirklich so ist, so ist das allerdings sehr negativ zu werten!

Meine Damen und Herren, das ist die Kritik, die die SPD-Fraktion an dem vorbringt, was der Senat auf dem Gebiet der mittelständischen Wirtschaftsförderung getan hat. Die Verantwortung dafür aber, Herr Senator, liegt nun wirklich allein in Bremen. Da können Sie sich nicht auf Bonn beziehen, wie Sie es vorhin ein paarmal gemacht haben. Denn in Bremen regiert nicht seit zwanzig Jahren die CDU, sondern seit fünfundzwanzig Jahren die SPD!

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Gott sei Dank!)

Meine Damen und Herren, das sind, wenn Sie mitgezählt haben, zehn harte Kritiken an dem, was in Bremen auf dem Gebiet der mittelständischen Wirtschaft bisher versäumt worden ist. Erfreulich diese Offenheit seitens der SPD. Möge es in Zukunft mit (C)
unserer Hilfe besser werden!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Senator Jantzen.

Senator für Arbeit und für Wirtschaft und Außenhandel Jantzen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich nur zu dem äußern, was Sie, Herr Dr. Sieling, zu Ziffer 3 ausgeführt haben, weil das auch teilweise in der Berichterstattung des Senats angesprochen worden ist. Ich kann mich mit einer relativ kurzen Feststellung begnügen: Für das, was Sie angesprochen haben und woran Sie Kritik geübt haben, ist jeweils in dem Land entweder die Handelskammer oder die Industrie- und Handelskammer zuständig. Wenn Sie also bescheinigen wollten, daß dort nicht sachgerecht gearbeitet worden ist, nehme ich das gern auf. Wir wollen das nämlich aktivieren.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kunick.

Abg. **Kunick** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir nehmen zunächst mit Vergnügen zur Kenntnis, daß Herr Dr. Sieling mit viel Rhetorik die Kurve kriegt zur Zustimmung.

(Abg. Klein [CDU]: Vorsichtig!) (D)

Sie dürfen natürlich nicht annehmen, daß in dem Antrag etwas anderes steht, als man wortwörtlich herausliest, und es steht nichts anderes drin, als daß das, was gut ist, noch besser werden kann.

(Lachen bei der CDU)

Und darüber, daß das, was gut ist, noch besser werden kann, sind sich die SPD-Fraktion und der von ihr getragene Senat einig.

(Zurufe von der CDU)

Herr Kollege Klein, seien Sie nicht so aggressiv, selbst wenn es Sie stört!

Darüber allerdings dürfte wohl auch Einigkeit unter den an der Wirtschaft Interessierten bestehen, daß in der Selbstverwaltung der Wirtschaft vieles nicht so gelaufen ist, wie es optimal wäre, und wenn wir hier sagen, da ist manches zu verbessern — und wir sagen das in Übereinstimmung von SPD-Fraktion und Senat —, dann nehmen Sie doch nicht an, daß dieses eine Senatsschelte sei. Man muß jedenfalls eine sehr seltsame Brille haben, um das aus unserem Antrag herauszulesen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, die CDU hat beantragt, die Sitzung für 30 Minuten zu unterbrechen. Das

(A) läßt sich vielleicht zweckmäßigerweise mit der Kaffeepause verbinden.

(Abg. Klein [CDU]: Das ist zwar keine Steigerung der Lebensqualität, aber wir beugen uns!)

Also einverstanden, Herr Klein!

Dann kommen wir wieder zusammen um 17 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 16.32 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 17.00 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 8/613.

(Abg. Klein [CDU] meldet sich zu Wort.)

Sie möchten das Wort, Herr Abgeordneter Klein? Eine Erklärung zur Abstimmung?

(Abg. Klein [CDU]: Jawohl!)

Bitte sehr! Das Wort zu einer Erklärung zur Abstimmung hat der Abgeordnete Klein.

(B)

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wir haben die heute morgen von Ihnen überreichte Entschließung geprüft. Kollegen von uns sind während der Debatte auf sie eingegangen, und wir haben sie jetzt abschließend in der Fraktion beraten. Wir sind zu der Überzeugung gelangt, daß wir die Entschließung ablehnen müssen.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Das habe ich mir gedacht!)

Wir meinen, daß Sie uns mit dieser Entschließung auf einem schönen Tablett ein vergiftetes Bonbon serviert haben.

(Heiterkeit bei der SPD)

Diese Entschließung enthält von uns sehr begrüßte selbstkritische Ansätze, Maßnahmen zu ergreifen oder Maßnahmen zu verbessern, wie wir es seit Jahren gefordert haben. Die Entschließung enthält aber auch unklare Passagen, die zum Beispiel die unangemessene Möglichkeit dirigistischer Eingriffe nicht ausschließen.

Aber was wir als Gift in diesem Paket erkennen mußten, war die Anerkennung in Absatz 1 der Entschließung, die auf die kleinen und mittleren Betriebe ausgerichtete Wirtschaftspolitik Bremens sei richtig. Hier sind wir grundsätzlich anderer Auffassung. Das können wir nicht billigen. Wir haben diese Wirtschaftspolitik seit Jahren grundsätzlich kritisiert und auch im Detail. Und nun, wo wir erste Früchte dieser Haltung erkennen, sind wir selbstverständlich außerstande, Ihnen dieses Blankett zu erteilen, die von uns zu Recht kritisierte Wirtschaftspolitik sei richtig. Aus diesem Grunde lehnen wir die Entschließung ab. (C)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Das Wort zu einer Erklärung zur Abstimmung hat der Abgeordnete Ostendorff.

Abg. **Ostendorff** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Für eine Erklärung seitens der FDP-Fraktion möchte ich folgenden Vorspruch sagen: Es ist uns nicht möglich gewesen, in dieser Kürze der Zeit die vor der Pause gemachten Ausführungen des CDU-Abgeordneten Dr. Sieling mit den jetzt gemachten Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden der CDU in Einklang zu bringen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Ich muß mich ja so erklärungsmäßig äußern, weil es sich ja nicht um eine Debatte handelt, weil die Aussprache bereits beendet ist.

Ich erkläre für die FDP weiterhin, daß bereits der Sprecher unserer Fraktion, Herr Lahmann, ausdrücklich erklärt hat, daß uns nicht jedes Wort und jeder Schlenker dieser Erklärung gefällt. Da Entschließungen aber nicht abgeändert werden können, hauptsächlich, wenn sie so lang sind, werden wir, da wir im Grundsatz dieser Einschließung zustimmen, auch unser Ja dazu sagen. (D)

Ich möchte eines noch einmal ausdrücklich betonen: Unser Ja gilt dieser Entschließung. Sie gilt nicht den zu der Entschließung seitens der Sprecher der SPD gemachten Ausführungen, insbesondere „duales Ausbildungssystem" und so weiter. Das steht aber hier auch nicht drin.

Diese Stellungnahme ist seitens der Fraktion der Freien Demokraten gegeben worden. Ich darf also ausdrücklich sagen, unsere Zustimmung gilt dem gedruckten Papier und nicht den mündlichen Erläuterungen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der SPD, Drucksache 8/613.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür SPD und FDP — Zurufe von der CDU: Gegenprobe!)

Ich stelle erst einmal fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Entschließungsantrag zu.

Es ist jetzt Gegenprobe gewünscht worden. Wer stimmt dem Antrag nicht zu?

(Dagegen CDU)

(A) Ich stelle fest, mit Unterstützung der SPD und der FDP ist der Antrag angenommen.

Im übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem Bericht der Wirtschaftskammer Kenntnis.

Der Bericht nebst Anlageband werde ich entsprechend einem Hinweis des Abgeordneten Kunick den daran interessierten Deputationen als Informationsmaterial zur eventuellen weiteren Veranlassung überreichen lassen.

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 43 vom 10. September 1973

(Drucksache 8/602)

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 44 vom 14. September 1973

(Drucksache 8/603)

Der Petitionsausschuß legt der Bürgerschaft (Landtag) zwei Berichte vor, die er in seinen Sitzungen am 10. und 14. September 1973 abschließend beraten hat.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Petitionsausschuß empfiehlt, über die Behandlung der Petitionen wie empfohlen zu beschließen.

(B) Wer die Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art beschließen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Ausländische Arbeitnehmer
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 26. Juni 1973

(Drucksache 8/566)

Dazu

Antwort des Senats vom 12. September 1973

(Drucksache 8/600)

Die Antwort des Senats zu dieser Anfrage liegt den Abgeordneten unter der Drucksachen-Nummer 8/600 gedruckt vor.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Mittelfristige Eindämmung des Zustroms ausländischer Arbeitnehmer
Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP vom 30. August 1973

(Drucksache 8/593)

Der Antrag wurde zurückgezogen.

Integration ausländischer Arbeitnehmer (C)
Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU vom 5. September 1973

(Drucksache 8/595)

Wir verbinden hiermit:

Ausländische Arbeitnehmer
Antrag (Entschließung)der Fraktion der SPD vom 26. September 1973

(Drucksache 8/605)

und

Mittelfristige Eindämmung des Zustroms ausländischer Arbeitnehmer
Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP vom 27. September 1973

(Drucksache 8/607)

Meine Damen und Herren, zu dieser Beratung begrüße ich die auf der Zuhörerbank anwesenden ausländischen Betreuer in der Arbeiterwohlfahrt und in der Arbeiterkammer für ausländische Arbeitnehmer.

(Beifall)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Jantzen, ihm beigeordnet Herr Senatsdirektor Dr. Heidorn und Herr Referent Groppe.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, (D) Drucksache 8/595, ist unterschrieben von dem Abgeordneten Klein und Fraktion der CDU, der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD mit der Drucksachen-Nummer 8/605 trägt die Unterschriften der Abgeordneten Schnakenberg, Dr. Franke und Fraktion der SPD, und der Entschließungsantrag Nummer 8/607 der Fraktion der FDP ist unterzeichnet von dem Abgeordneten John und Fraktion der FDP.

Die drei Entschließungsanträge liegen den Abgeordneten gedruckt vor. Ich bitte, damit einverstanden zu sein, daß wir auf eine Verlesung verzichten.

Ich höre keinen Widerspruch. — Dann können wir so verfahren.

Integration ausländischer Arbeitnehmer

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) vertritt die Auffassung, daß die Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik nur im Rahmen einer politischen Gesamtkonzeption für die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer sachgerecht getroffen werden können. Das Fehlen dieser Gesamtkonzeption in der Bundesrepublik bringt die Gefahr gesellschaftspolitischer und finanzieller Fehlentscheidungen mit sich. Maßnahmen, die sich auf Symptome beschränken, liegen weder im Interesse der Betroffenen noch der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ziele der Bundesrepublik.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Rotationsprinzip im Sinne einer generellen zwangsweisen Begrenzung der Aufenthaltsdauer und die ständige Ersetzung ausländischer Arbeitnehmer durch neu ange-

(A) worbene nach Ablauf einer bestimmten Zeit ab. Eine derart schematische Reglementierung entspräche weder den Interessen der einzelnen Menschen aus dem Ausland noch den Belangen der Wirtschaft, die auf die kontinuierliche Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer angewiesen ist.

Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, daß den ausländischen Arbeitnehmern, die längere Zeit in der Bundesrepublik bleiben, auf die Dauer die Trennung von ihren Familien nicht zugemutet werden kann. Eine Zusammenführung der Familien liegt auch im Interesse der einheimischen Bevölkerung.

Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Meinung, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt die vorrangig zu sichernde, weltweit anerkannte Schnelligkeit der bremischen Häfen ohne Einsatz von ausländischen Arbeitnehmern nicht aufrechterhalten werden kann. Zur Behebung dieses Engpasses erachtet die Bremische Bürgerschaft (Landtag) die Unterbringung von ausländischen Arbeitnehmern auf dem vorgesehenen Wohnschiff für vertretbar, falls diese Unterbringung nur vorübergehend erfolgt und Arbeitgeber und staatliche Stellen sich unverzüglich mit Erfolg um eine anderweitige angemessene Unterbringung bemühen, die eine Integration der ausländischen Arbeitnehmer fördert.

Klein und Fraktion der CDU

Ausländische Arbeitnehmer

Die Bürgerschaft (Landtag) hält es für erforderlich, im Rahmen einer längerfristigen Gesamtkonzeption für die Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik noch in dieser Legislaturperiode ein Programm zur angemessenen Integration der ausländischen Arbeitnehmer im Lande Bremen zu entwickeln.

(B) Die Bürgerschaft (Landtag) vertritt die Auffassung, daß ein sozialer Rechtsstaat sich der Aufgabe stellen muß, den ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familienangehörigen zu ermöglichen, nach den sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen unseres Aufenthaltslandes zu leben. Ihre Chancengleichheit soll nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch im privaten, gesellschaftlichen und bildungspolitischen Bereich verwirklicht werden. Eine Rotation als staatlich ausgeübtes Zwangsmittel zur Steuerung der Zahl der ausländischen Arbeitnehmer ist konsequenterweise abzulehnen.

Eine auf Integration ausgerichtete Ausländerpolitik in der BRD setzt voraus, daß die weitere Zunahme der Ausländerbeschäftigung Schritt hält mit der Belastbarkeit der sozialen und kulturellen Infrastruktur. Die Bürgerschaft (Landtag) ist deshalb der Auffassung, daß die Entwicklung der Ausländerbeschäftigung nicht weiter allein einzelwirtschaftlichen Entscheidungen, die ohne Rücksicht auf die Folgekosten getroffen werden, überlassen bleiben darf. Die sich aus dem starken Zustrom von ausländischen Arbeitnehmern einer vermehrten Familiennachführung und längeren durchschnittlichen Verweildauer ergebenden sozialen Probleme und infrastrukturellen Engpässe — insbesondere in bestimmten Ballungszentren — zeigen deutlich, daß eine Steuerung der weiteren Entwicklung entsprechend einer Gesamtkonzeption, die gesellschaftspolitischen, ökonomischen und außenpolitischen Gesichtspunkten Rechnung trägt, unerläßlich ist. Die hiernach einzuleitenden Maßnahmen, zu denen auch eine Unterstützung der Herkunftsländer bei der Schaffung von Arbeitsplätzen gehören muß, können jedoch vielfach erst längerfristig wirksam werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt es daher, daß die Bundesregierung ein Aktionsprogramm zur Ausländerbeschäftigung verabschiedet hat, um die dringlichen Aufgaben zu lösen und eine Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung zu erleichtern. Die dem Aktionsprogramm zugrunde liegenden Zielsetzungen, (C) das anhaltende Interesse der Wirtschaft an der Einstellung ausländischer Arbeitnehmer mit der Aufnahmefähigkeit der sozialen Infrastruktur in Einklang zu bringen und den ausländischen Arbeitnehmern für die Dauer ihres Aufenthaltes verbesserte Lebensbedingungen zu bieten, werden von der Bürgerschaft (Landtag) voll unterstützt. Die Einführung einer Wirtschaftsabgabe der Unternehmen wird für dringend erforderlich gehalten.

Hinsichtlich der Situation im Lande Bremen stellt die Bürgerschaft (Landtag) fest, daß die ausländischen Arbeitnehmer einen wesentlichen Beitrag zur Wirtschaftsentwicklung leisten. Die Bürgerschaft (Landtag) hält es im Interesse einer sozial verantwortlichen Eingliederungspolitik für erforderlich, daß die infrastrukturellen Folgewirkungen rechtzeitig im Rahmen der Ausgabenplanung berücksichtigt werden.

Neben einer engen Zusammenarbeit aller mit Ausländerfragen befaßten Institutionen sollte nach Auffassung der Bürgerschaft (Landtag) durch eine breite Informations- und Aufklärungsarbeit um ein größeres Verständnis bei der bremischen Bevölkerung für die Nöte und Schwierigkeiten der ausländischen Mitbürger sowie um die Bereitschaft zur Mithilfe bei deren Überwindung geworben werden.

Schnakenberg, Dr. Franke und Fraktion der SPD

Mittelfristige Eindämmung des Zustroms ausländischer Arbeitnehmer

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) vertritt in Übereinstimmung mit den kürzlich bekräftigten Erklärungen der Bundesregierung, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Bundesanstalt für Arbeit die Auffassung, daß der Zustrom ausländischer Arbeitnehmer mit Rücksicht auf die Wirkungen in sozialpolitischer, gesamtwirtschaftlicher und arbeitsmarktpolitischer Hinsicht mittelfristig eingedämmt werden sollte. (D)

Die Bürgerschaft (Landtag) ist deshalb der Meinung, daß ein Katalog erstellt werden sollte, der Beurteilungskriterien für die arbeitsmarktpolitische Zweckmäßigkeit bei der Anwerbung von ausländischen Arbeitnehmern enthält. Mit diesem Katalog sollte der Bundesrat initiativ werden, um die von der Bundesregierung am 6. Juni 1973 verabschiedeten „Leitlinien zur Ausländerbeschäftigung" zu ergänzen und zu konkretisieren.

John und Fraktion der FDP

Die gemeinsame Beratung der drei Entschließungsanträge ist eröffnet.

Das Wort zur Begründung des Antrags der CDU hat der Abgeordnete Brasse.

Abg. **Brasse** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Vizepräsident Bugla übernimmt den Vorsitz)

Im Frühjahr dieses Jahres konnten wir aus der Materialiensammlung zu bremischen Arbeitsmarktfragen entnehmen, daß die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in unserem Land Bremen zwischen Januar 1970 und September 1972 sprunghaft, nämlich um 104 Prozent, angestiegen ist. Für die Stadt Bremen selbst beträgt die Zahl sogar 107 Prozent. Auch bis Bremen drangen Nachrichten aus anderen Bundesländern vor, wonach der uneinge-

(A) schränkten Aufnahmefähigkeit durch sich verstärkende soziale Infrastrukturprobleme Grenzen gesetzt sind. Genau in diesen Zusammenhang paßten laut werdende Mißstände und Einzelschicksale bei uns. Gezielte Fragen in der Deputation für Arbeit wurden von dem zuständigen Senator wiederholt nur außerhalb des Protokolls beantwortet. Eine konkrete Senatsmeinung lag und liegt offenbar bis heute nicht vor.

Die Christlichen Demokraten sahen sich also veranlaßt, durch eine lange Reihe gezielter Fragen eine genaue Untersuchung der Ausländersituation in unserem Land einzuleiten.

(Abg. Friedrich Meier [SPD]: Wo haben Sie die abgeschrieben?)

Der Fragenkatalog hätte sich noch gut und gern verdoppeln lassen, Herr Kollege Meier. Die Antwort des Senats hätte dann aber noch länger auf sich warten lassen, weil eine direkte Anlaufstelle zur vollständigen Beantwortung des gesamten Komplexes nicht vorhanden ist.

Wir glauben, dem Senat mit unserer Anfrage selbst einen guten Dienst erwiesen zu haben, da er sich nun intensiver um die eigentliche Problematik kümmern mußte und muß, um zu erfahren, was tatsächlich im vorpolitischen, karitativen und behördlich-institutionellen Raum an Aktivitäten entwickelt worden ist, und wo notwendige Koordinationen und Kooperationen im Zusammenhang mit
(B) der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer gefördert werden müssen.

Man muß also der zuständigen senatorischen Dienststelle mangels einer vorhandenen Anlaufstelle den Dank für eine in den Sommerferien geleistete Fleißarbeit aussprechen.

(Abg. Klein [CDU]: Fürwahr!)

Das heißt nicht, daß wir als CDU mit der Antwort des Senats zufrieden sind. Dazu später aber noch mehr, warum wir dies nicht sein können.

Die Intention und das Wollen unserer Anfrage zielte ab auf eine Meinungserforschung des Senats, welche kurz-, mittel- und langfristigen politischen Vorstellungen mit der Ausländerbeschäftigung vorhanden sind. Wenn Sie so wollen, die Frage nach der Gesamtkonzeption.

Wir müssen heute ganz nüchtern feststellen, eine mittel- oder auch eine langfristige Meinung des Senats zur Lösung des Problemkreises war vor Einbringung unserer Kleinen Anfrage nicht vorhanden und ist mit der erteilten Antwort auch nicht gegeben. In unserer Ansicht sind wir in den Sommermonaten bestärkt worden, als plötzlich und kometenhaft durch die Bremer Lagerhausgesellschaft in der Öffentlichkeit Alarm ausgerufen wurde. Überschrift der Alarmmeldung: „200 Portugiesen werden dringend für Löscharbeiten im Hafen benötigt." Es war zu hören, die Bremer Lagerhausgesellschaft hat einen Plan entwickelt, leider will die Bevölkerung davon nichts wissen, ihr Politiker, vor allem du, Senat, helft uns, unseren schnellen Hafen zu retten.

Bevor aber die dafür zuständigen Deputationen (C)
mit der Angelegenheit befaßt wurden, sah die FDP eine günstige Gelegenheit, sich an den von uns, der CDU, in Fahrt gebrachten Zug mit einem, sagen wir einmal, „Notarztwagen" anzuhängen.

(Abg. Klein [CDU]: Sehr schön!)

Der Initiativantrag hatte die Überschrift, Herr Kollege John, „Mittelfristige Eindämmung des Zustroms ausländischer Arbeitnehmer" und zielte auf die kurzfristige Hereinnahme der Portugiesen ab.

Meine Damen und Herren von der FDP, Ihr Vorgehen konnte von uns nicht hingenommen werden, weil es unserem Begehren einer Gesamtplanung unter ganz bestimmten politischen Grundauffassungen zuwidergelaufen wäre. Sie wissen, nur ein Initiativantrag von uns konnte dies sinnvoll in Ordnung bringen, weil bekanntlich ein Antrag zum Initiativantrag nach der Geschäftsordnung nicht möglich ist. Wir hatten das Thema eben schon einmal.

Inzwischen haben alle Fraktionen dieses Hauses in den Deputationen unter ganz bestimmten Voraussetzungen und Vorbehalten dem geplanten Wohnschiff ihre Zustimmung gegeben. Einzelheiten will ich hier nicht ausführen, sie sind aus den Protokollnotizen der befaßten Deputation zu entnehmen. Wir konnten als CDU in der Deputation zufrieden sein, daß unsere Ansicht, unter welchen Vorbehalten wir dieser Ansiedlung von 200 Portugiesen zustimmen können, vollinhaltlich aufgenom- (D)
men worden ist. Dennoch könnten wir hier im Hause mit der Annahme unseres Antrags nachträglich die übereinstimmende Zustimmung bekräftigen, weswegen wir unter anderem unseren Initiativantrag aufrechterhalten wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sollten uns aber alle darüber im klaren sein, daß hier ein Präzedenzfall geschaffen wurde. Die Notwendigkeit der Anwerbung von weiteren 200 Portugiesen ist bereits angekündigt worden. Wie geht es also weiter? Ein Versuch zur Antwort geht aus dem von der SPD eingebrachten Entschließungsantrag vom 26. September 1973 hervor. Er enthält nach unserer Auffassung aber einige Ungereimtheiten, zu denen mein Kollege Urban vielleicht nachher noch gesondert Stellung nehmen wird.

In der Grundaussage stimmt Ihr Antrag, das darf ich hier einmal feststellen, Herr Kollege Schnakenberg, mit unserer Grundauffassung in dem Antrag 8/595 überein. Vor allem aber wegen der für dringend erforderlich gehaltenen Wirtschaftsabgabe und der insgesamt zu breiten Auslegung können wir Ihrem Antrag nicht zustimmen. Deutlich möchte ich hier aber sagen, eine Wirtschaftsabgabe könnte unter bestimmten Erfordernissen im Zusammenhang mit Steuervergünstigungen bei Kapitalexport, also bei Export von Arbeitsplätzen, vielleicht einmal sinnvoll werden. So undifferenziert, ist die von Ihnen aufgestellte Forderung und auch die Antwort des Senats auf unsere Anfrage, für uns unannehmbar.

(A) Ich sagte eben, um das noch einmal zu wiederholen, daß wir in den Grundauffassungen sicherlich nicht verschiedener Meinung sind. Dies ist erfreulich, aber auch nicht verwunderlich, wenn Sie Ihren Antrag genau drei Wochen später eingebracht haben. Ich täusche mich wohl nicht in der Annahme, daß hierin auch der Grund für Ihren Mehrheitsbeschluß in der Bürgerschaftssitzung am 5. September dieses Jahres auf Aussetzung zu suchen ist. Unser Antrag war gut und ist gut! Sie hatten nichts Gleichwertiges aufzuweisen und beschlossen die Aussetzung.

Unseren Antrag halten wir dennoch auch heute noch für besser, weil er nur einen globalen Rahmen beschreibt, der für das politische Wollen des Senats genügend Raum läßt. Im Gegensatz dazu halten Sie sich mit Zielvorstellungen auf, die viel besser in der Sondernummer „Zur Reform der Ausländerpolitik" vom Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt dargestellt worden sind. Herr Stäcker nickt mit dem Kopf, ich glaube, das findet auch Ihre Zustimmung.

Erfreulicherweise darf ich für meine Fraktion ferner sagen, daß die Tendenzen in den Grundauffassungen, die sich aus allen drei vorliegenden Anträgen der CDU, der SPD und der FDP und den, wenn auch mager ausgefallenen, politischen Wertungen des Senats auf unsere Anfrage 8/566 vom 26. Juni dieses Jahres erkennen lassen, keineswegs kontrovers sind. Selbstverständlich lassen sich aber Gegensätze konstruieren, worauf wir gespannt sind.
(B) Gleichwohl würden wir unserer Aufgabe als Opposition in diesem Hause nicht gerecht werden, wenn wir nicht kritisch die Antwort des Senats in Drucksache 8/600 vom 12. September 1973 beleuchten würden.

In der Kürze der Zeit war es uns natürlich genauso wenig möglich wie der senatorischen Dienststelle, alle Antworten auf die Fragen kurzfristig mit der Lupe zu untersuchen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit unserer Anfrage haben wir unter anderem den Versuch unternommen, zur Versachlichung der Problematik um die Ausländerbeschäftigung beizutragen. Die senatorischen Dienststellen, vor allem aber auch die befragten und vorgenannten Institutionen und Verbände haben eine Fülle von Material zur Sachaufklärung mitgeteilt. Der Senat hat aber immer dann, wenn er eine eigene konzeptionelle Aussage hätte machen müssen, sich auf unverbindliche Zukunftsverweise zurückgezogen.

Uns wäre es also unter diesen Umständen lieber gewesen, der Senat hätte eine Verlängerung der Antwortfrist vorgenommen und dann nicht auf entsprechende anlaufende Programme verweisen müssen, wie sie in Beantwortung der Frage 1 (1) vorkommen. Ebenso ist die Antwort auf unsére Frage nach der Grundkonzeption nur so auszulegen, daß keine vorhanden ist. Der SPD-Antrag bestätigt dieses, geht darüber hinaus aber von einem Aktionsprogramm der Bundesregierung aus, wohingegen der Senat nur von Leitlinien spricht. Ist die SPD-Fraktion besser informiert als der Senat? Oder sind (C) Leitlinien für Sie schon Programm?

Selbstverständlich sind Arbeitsplätze von „niedrigerem Wert" nicht gleichzusetzen mit „niederen Berufen". Wenn der Senat in diesem Zusammenhang aber von „Disqualifizieren" spricht, halten wir das für deplaciert und im Zusammenhang mit der Fragestellung unter 1 (10) für unangemessen und uns nicht unterstellbar.

Der Senat spricht an anderer Stelle von einem überdurchschnittlichen hohen Mobilitätsgrad der ausländischen Arbeitnehmer, also einer — mit anderen Worten ausgedrückt — „konjunkturellen Manipuliermasse". Wenn wir alle einer möglichst sinnvollen Integration — dies bedeutet keineswegs eine Einbürgerung — das Wort reden, so gehört dazu zwangsläufig nicht nur aus humanitären Gründen eine Familienzusammenführung. Spätestens dann ist aber die „hohe Mobilität" nicht mehr gegeben.

Leider hat der Senat nicht nur keine Vorstellungen darüber, wie groß der Anteil der ausländischen Arbeitnehmer bei uns werden dürfe, sondern es bleibt für uns auch offen, ob die in Bremen anzutreffende nationale Zusammensetzung, unabhängig von ihrer Gesamtzahl, noch eine Integration möglich machen wird, wie wir sie uns vorstellen.

Zur Verständnisaussage über die Nöte und Schwierigkeiten der ausländischen Mitbürger möchte ich anmerken, daß die Anpassungsschwierigkeiten zum großen Teil auch mehr Anpassungswollen voraussetzen, um sie überwinden zu können. Abgesehen von der geringen Zahl, war die Integration der ausländischen Arbeitnehmer bis vor einiger Zeit auch deshalb so leicht, weil der überwiegende Teil aus einem dem deutschen zumindest eng verwandten Kulturkreis kam. Mit den Türken ist nun ein recht großer Bevölkerungsteil nach Bremen gelangt, der sich religiös, kulturell und sprachlich sehr massiv von den Einheimischen unterscheidet. So sind die Deutschen in ihrer Masse offenbar nicht bereit, die Türken, ähnlich wie die anderen Europäer, als gleichberechtigt zu akzeptieren. (D)

Meine Damen und Herren, wenn die Türken, Marokkaner, Tunesier und vielleicht später Inder, Bengalen oder Sudan-Neger und andere — vorausgesetzt natürlich, wir kommen nicht zu einem Arbeitsstellenexport ins Ausland an Stelle des Arbeitskräfteimports — nicht nur als Arbeitskräfte auf Zeit zu uns kommen sollen, wie es mit den zunächst bis zu 200 Portugiesen für die BLG vorgesehen ist, werden durch die Integration einschließlich der Familienangehörigen auf Dauer unabsehbare Kosten entstehen, die weit über denen einer bloßen Einwanderung liegen.

Bis heute ist die Situation doch wohl so, wenn man einer Repräsentativerhebung Glauben schenken darf, daß nur höchstens 15 Prozent der ausländischen Arbeitnehmer auf immer bei uns bleiben wollen. Dies ist bezeichnenderweise nach Nationalitäten unterschiedlich. Für eine Familie, die auf Jahre hier lebt und in die örtliche Gemeinschaft

(A) eingegliedert ist und selbst für ein hier geborenes und aufwachsendes Kind können Eigenständigkeit und nationale Identität kaum mehr sein als Folklore. Wenn eine nationale Identität erhalten werden soll, warum wird dann nicht mehr für die religiösen Gemeinschaften der Ausländer getan, etwa durch Moscheenbau und Koran-Schulen und die dazu erforderliche Kirchensteuererhebung für diese Bevölkerungsgruppen wie bei Deutschen?

Zur Antwort auf die Frage 7 ist noch zu sagen: Es mag zutreffen, daß ein Teil der ausländischen Arbeitnehmer sich auf eine zeitlich begrenzte Tätigkeit einrichtet. Die Frage von uns bleibt dennoch, ob es gesellschaftspolitisch vertretbar ist — das geht natürlich über Bremen hinaus —, Hunderttausende von Ausländern in Gemeinschaftsunterkünften in der Bundesrepublik zu haben mit den unausbleiblichen Folgen für die Familien- und Bevölkerungsstruktur der Entsendeländer. Oder sollten vorzugshalber nur noch unverheiratete Arbeitnehmer im Ausland angeworben werden, um einer Familienzusammenführung aus infrastrukturellen und Kostengründen zu entgehen? Das Wohnschiff sollte, so gesehen, eine einmalige Sonderstellung einnehmen und nicht anerkannte Politik des Senats werden.

Die Behauptung, daß durch den Zustrom zumeist alleinstehender Ausländer die Prostitution nicht zugenommen habe — jüngste Zeitungsmeldungen lassen dies bezweifeln —, wie die Aussage, bei der (B) Wohnungsvermittlung wurden keine Benachteiligungen ausländischer Arbeitnehmer festgestellt, sind, mit Verlaub gesagt, lächerlich! Auch läßt sich aus der Aussage unschwer folgern, daß eine staatliche Wohnungsvermittlungsstelle nicht erforderlich ist. Im Gegensatz zu einer anderen Landesregierung bekennt sich der Senat leider nicht dazu, daß sich die Arbeitgeber in stärkerem Maße bei der Bereitstellung von Familienwohnungen beteiligen und gibt auch keine Auskunft darüber, wie sich die öffentliche Hand als Arbeitgeber — wie bei den Wohnungen gesagt — selbst verhält. Die SPD und der Senat sehen dagegen eine globale, undifferenzierte Wirtschaftsabgabe vor. Das lehnen wir, wie ich eingangs sagte, ab.

Ich möchte es, meine Damen und Herren, mit diesen Darlegungen zunächst bewenden lassen, vorsorglich jedoch schon eine neue Wortmeldung anmelden. Es kommt drauf an, was sonst noch gesagt wird. Ich möchte es mit diesen Darlegungen, wie gesagt, bewenden lassen. Von anderer Seite werden sicher noch kritische Anmerkungen folgen.

Für die CDU bleibt abschließend noch folgendes zu sagen: Die CDU wird genau darauf achten, welche Aussagen der Senat zur Ausländerbeschäftigung bis heute gemacht hat und wie eine in absehbarer Zeit vorzulegende Gesamtkonzeption aussieht! Bedenken Sie bitte schon heute: Alle, wie auch immer gearteten und vorgesehenen Lösungsvorschläge werden viel Geld, wenn nicht sogar immenses Vermögen kosten. Die Glaubwürdigkeit Ihrer Aussage kann aber nur daran gemessen werden, welche Mittel Sie zur Verwirklichung der (C) Lösung der anstehenden sozialen Infrastrukturprobleme im Zusammenhang mit der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in den Jahreshaushalten einwerben wollen.

Wenn sich die Mehrheitsfraktion in der Deputation für Arbeit schon nicht unserer Forderung nach Erhöhung des Haushaltstitels zur Betreuung der ausländischen Arbeitnehmer von 35 000 DM auf 60 000 DM anschließen wollte, was bleibt dann übrig als viele Worte zur Bekräftigung einer sozialen Gesinnung, ohne Taten! An diesen Taten zur Verbesserung und zukünftiger Eingliederung in unsere bremische Infrastruktur werden wir Sie aber messen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Bugla: Das Wort zur Begründung des SPD-Entschließungsantrags hat der Abgeordnete Stäcker.

Abg. **Stäcker** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe zunächst für die SPD-Fraktion folgende Feststellungen zu treffen:

1. Die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion begrüßt die sehr umfangreiche und detaillierte Antwort des Senats.

(Abg. K l e i n [CDU]: Auf die Anfrage der CDU!)

Umfang, Bedeutung und Darstellung der gesamten Problematik, der Aufgabenstellung und Zielrichtung einer notwendigen erforderlichen Politik zur Integration ausländischer Arbeitnehmer werden sichtbar gemacht. (D)

2. Die Antworten des Senats machen jedoch auch deutlich, daß es erforderlich ist, im Rahmen einer längerfristigen Gesamtkonzeption für die Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik, aber auch hier für Bremen, noch in dieser Legislaturperiode ein Programm zu einer angemessenen Integration der ausländischen Arbeitnehmer zu entwickeln.

Hierzu hat die SPD-Fraktion eine Entschließung vorgelegt, die im ersten Satz pauschal aussagt, daß, wenn dem so entsprochen wird, die Bürgerschaft dieses Integrationsprogramm für erforderlich hält. Diese Aussage war deshalb so formuliert, damit diese Entschließung überhaupt eingebracht werden konnte, denn tatsächlich erwartet die SPD-Bürgerschaftsfraktion, daß der Senat ein solches Programm entwickelt.

Es war wohl nicht ganz zufällig, daß die CDU-Fraktion diesen Fragenkatalog hier eingebracht hat, denn es soll ja zu den neuen Bemühungen der CDU/CSU bundesweit gehören, sich ein besseres Image zu verschaffen. Und weil es sich so gut macht, hat man sich dabei auch — das ist bundesweit auch bekannt geworden — um die Probleme der Obdachlosen und Ausländer zu kümmern.

(Abg. U r b a n [CDU]: Wo haben Sie denn das nun wieder her?)

(A) Daran hat sich wohl auch die Bremer CDU-Fraktion gehalten, und wie man manchmal so zufällig entdeckt, ist man hier auf eine Große Anfrage der CDU vom 20. Februar 1973 in Rheinland-Pfalz gestoßen. Dort waren es rund 30 Fragen, die gestellt wurden. Hier in Bremen wollte man es nicht ganz so auffällig machen und hat noch etwas mehr dazugeschrieben.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Aber Sie begrüßen doch die Antwort!)

Ich begrüße die Antwort, natürlich! Aber Sie verneinen auch nicht, daß Sie einen gewissen Zusammenhang hierbei entdeckt haben. Ich kann ja nicht annehmen, meine Damen und Herren, daß Sie das aus dem „Schwarzbuch ausländischer Arbeitnehmer" nun alles abgeschrieben haben, denn das ist immerhin eine Ausgabe des Bundesvorstands der Jungsozialisten gewesen. Ich nahm also an, daß Sie etwas von Rheinland-Pfalz zum Besten geben wollten.

(Abg. John [FDP]: Wieso denn ein Schwarzbuch?)

Und dann, was den Zug angeht, den der Herr Kollege Brasse hier vorhin angeführt hat, dann muß ich sagen, das muß ein anderer Zug gewesen sein, der nur Schlafwagen bei sich führte, denn der eigentliche Zug für Ausländerbetreuung war schon vorher abgefahren.

(Beifall bei der SPD)

(B) Aber immerhin, wie es auch sein mag, wir begrüßen jedenfalls die gegebenen Antworten des Senats, weil damit auch eine Darstellung möglich ist der bisher geleisteten Arbeit und darüber hinaus auch die Auffassung der SPD-Fraktion zu diesem Gesamtkomplex zum Ausdruck gebracht werden kann.

Nach Meinung der SPD-Fraktion geht es dabei um folgende vier Schwerpunkte:

1. im wirtschaftlichen Bereich um die Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern,
2. um ein humaneres Aufenthaltsrecht, das das Recht des ausländischen Arbeitnehmers, auch mit seiner Familie in der Bundesrepublik zu leben, und ihre Integration berücksichtigt,
3. die uneingeschränkte Chancengleichheit für den sozialen Aufstieg, und
4. muß es das Ziel einer Ausländerpolitik sein, solche Bedingungen zu schaffen, daß hierher kommende Ausländer ohne Benachteiligung leben können.

   Dazu gehört eine breite Informations- und Aufklärungsarbeit um ein größeres Verständnis für die Nöte und Schwierigkeiten der ausländischen Mitbürger sowie die Bereitschaft zur Mithilfe bei deren Überwindung.

Nicht nur die Bundesregierung, die Länderparlamente und ihre Regierungen, die Gewerkschaften und Betreuungsorganisationen beschäftigen sich in verstärktem Umfang mit den Problemen der ausländischen Arbeitnehmer, sondern die breite Öffentlichkeit beginnt, sich ebenfalls in großem Umfang (C) dafür zu interessieren.

Das wurde besonders in den letzten Wochen bei den wilden Streiks deutlich. Da sprach man von den „guten Deutschen" und den „bösen Ausländern". Als nämlich im Zuge der wilden Streiks bei den Ford-Werken in Köln türkische Arbeitnehmer für die Verbesserung ihrer Bedingungen am Arbeitsplatz und für gerechtere Löhne demonstrierten, leisteten einige Boulevardzeitungen entsprechende Propagandaarbeit.

(Abg. John [FDP]: Vergessen Sie nicht die kommunistischen Funktionäre, die dazu beigetragen haben!)

Die „Abendpost" Nachtausgabe in einer Schlagzeile: „Türkenterror bei Ford". Die „Bild-Zeitung": Deutsche Arbeiter kämpfen Ford-Werke frei . . . Das sind keine Gäste mehr . . . Jetzt müssen die scharfen Paragraphen des Ausländergesetzes angewendet werden . . . Ein Gast, der sich schlecht beträgt, gehört vor die Tür gesetzt."

Ist mit solchen Tönen nun wirklich das Problem zu bewältigen? Solche Schlagzeilen und Verallgemeinerungen tragen nicht dazu bei, den Prinzipien eines modernen Sozial- und Rechtsstaates gerecht zu werden.

Bundeskanzler Willy Brandt hat in seiner Regierungserklärung ausgeführt, daß diese Aufgabe solidarischen Geist verlangt, und daß für alle Bürger die gute Nachbarschaft mit diesen Minderheiten eine (D) tägliche Toleranzprobe, eine Reifeprüfung ihres demokratischen Bewußtseins seien.

Wie aus der ausführlichen Antwort des Senats hervorgeht, ist die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer im Rahmen einer umfassenden Arbeitsmarkt- und wirtschaftsstrukturpolitischen Konzeption zu beurteilen. Während die Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik in den letzten Jahren stark zugenommen hat, spielt diese im Land Bremen auch heute noch vergleichsweise eine untergeordnete Rolle, wie aus dem Vergleich der Ausländerquote im Bund mit 10,8 Prozent und im Land Bremen mit nur 6,7 Prozent deutlich hervorgeht.

Herr Kollege Brasse, ich darf vielleicht in die Erinnerung zurückrufen, Sie haben letzte Woche im norddeutschen Raum bei der Jungen Union darüber referiert. Sie haben diese 6,7 Prozent auf die Bevölkerungszahl zugeschnitten. So stand es jedenfalls in dem Artikel. Es handelt sich immer bezogen auf die Erwerbspersonen, die im Land Bremen tätig sind. Nur damit Klarheit herrscht, woher die Prozentzahlen stammen.

(Abg. Brasse [CDU]: Völlig klar!)

Ergänzend zu der Antwort des Senats wird es sicherlich von Interesse sein, wie sich nun die im Land Bremen befindlichen ausländischen Arbeitnehmer zusammensetzen.

Von den insgesamt 20 388 Personen waren am 1. Januar 1973 die Türken mit 8486, das sind 41,6

(A) Prozent, die am stärksten vertretene Ausländergruppe, gefolgt von den Jugoslawen mit 14,9 Prozent, rund 3000 Arbeitnehmern. 6,8 Prozent, das sind 1400 etwa, sind Portugiesen, 6 Prozent Spanier, 5,1 Prozent Italiener und 3,8 Prozent Griechen. 4400 verteilen sich auf weitere Nationen, das sind, wenn man genau mitgerechnet hat, noch 21,8 Prozent. In Bremen Stadt überwiegen bei weitem die Männer mit 77,1 Prozent, in Bremerhaven gibt es einen größeren Frauenanteil unter den Ausländern, nämlich mit 46,8 Prozent.

Die Ursache des unterschiedlichen Zustroms ist unter anderem in der spezifischen Wirtschaftsstruktur des Landes Bremen zu sehen. Ausländische Arbeiter werden bevorzugt im produzierenden Gewerbe eingesetzt, in einem Wirtschaftszweig also, der im Land Bremen mit einem Beschäftigungsanteil von rund 42 Prozent an der Gesamtbeschäftigung im Vergleich zum Bund — rund 53 Prozent — weniger stark vertreten ist. Außerdem konnte die bremische Wirtschaft ihren Arbeitskräftebedarf bisher noch weitgehend aus dem niedersächsischen Umland decken.

Der sprunghafte Anstieg der Ausländerbeschäftigung im Land Bremen in den letzten drei Jahren deutet allerdings auf eine Änderung der Situation hin. Mit Zuwachsraten von 45,4 Prozent im Jahr 1970 und 36,2 Prozent in 1971 konnte eine stärkere Expansion als im Bundesdurchschnitt mit rund 30 Prozent oder 15 Prozent 1971 beobachtet werden. Sogar im Jahr 1972 nahm die Ausländerbeschäftigung trotz
(B) konjunkturell bedingter Abschwächungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt mit 7,3 Prozent schneller zu als mit 5 Prozent im Bundesdurchschnitt.

Die stagnierende Entwicklung des inländischen Arbeitskräfteangebots — besonders augenfällig ist das bei den Bemühungen um die Anwerbung von Arbeitskräften kürzlich ja im Hafen geworden, verursacht durch eine nur langsam wachsende Bevölkerung, einen ungünstigen Altersaufbau, Verlängerung des Schulbesuchs und wachsende Nachfrage nach weiterführenden Berufsgängen, Rückgang der Arbeitszeit — wird überlagert von einem Strukturwandel des Arbeitskräftebedarfs, der die zunehmende Hereinnahme ausländischer Arbeitnehmer begünstigt.

Die Beschäftigungsverlagerung der deutschen Arbeitnehmer zum tertiären Bereich, das heißt also zu privaten und öffentlichen Dienstleistungen, konnte vollständig durch ausländische Arbeitnehmer kompensiert werden. Eine fühlbare Abnahme der Beschäftigung im produktivitätsstarken produzierenden Gewerbe wurde damit verhindert. Die ausländischen Arbeitnehmer erfüllen damit zur Zeit im industriellen Bereich eine wichtige Ausgleichsfunktion.

Weiter darf nicht übersehen werden, daß der technische Fortschritt nicht nur zu einer Zunahme hochqualifizierter Funktionen, sondern auch zu einer Vermehrung einfacher repetiver Tätigkeiten geführt hat. Der sich ausdehnende Bereich der Akkord- und Fließbandarbeit ist ein typisches Indiz dieser Entwicklung.

Es besteht eine zunehmende Tendenz, dem mit dem (C)
innerbetrieblichen Arbeitsplatzwechsel verbundenen Risiko der Entqualifizierung durch Abwanderung in andere Betriebe oder durch Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen zu begegnen. Die dadurch freiwerdenden Arbeitsplätze werden mit ausländischen Arbeitnehmern besetzt.

Mit einer Verbesserung der beruflichen Qualifikation des inländischen Arbeitskräfteangebots wird die durch den technischen Fortschritt sich teilweise ergebende Polarisierung der Qualifikationsanforderungen zu einer verstärkten Sogwirkung auf ausländische Arbeitnehmer führen. Die Wirtschaft wird also auf absehbare Zeit strukturell auf solche Arbeitskräfte angewiesen sein.

In Bremerhaven, meine Damen und Herren, ist diese Entwicklung besonders deutlich, weil die einseitig strukturierte Arbeitskräftenachfrage einen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften erschwert. Rund 70 Prozent der dort angebotenen industriellen Arbeitsplätze zählen zum Bereich der fischverarbeitenden Industrie oder zu der Werftindustrie. Die Arbeitsplätze in der fischverarbeitenden Industrie gelten sowohl hinsichtlich des Lohnniveaus als auch der Arbeitsbedingungen als wenig attraktiv, so daß eindeutig die Tendenz zur Abwanderung deutscher Arbeitnehmer zu anderen Wirtschaftszweigen besteht. Der Ersatzbedarf ist in der Vergangenheit fast ausschließlich durch die Hereinnahme ausländischer Arbeitnehmer gedeckt worden. Sowohl die Werftindustrie als auch die fisch- (D)
verarbeitende Industrie sind Wirtschaftszweige, die auch bei fortschreitender Technisierung eine besondere Aufnahmefähigkeit für ungelernte und anlernbare Arbeitskräfte aufweisen.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, ist eine Repräsentativerhebung der Bundesanstalt für Arbeit vom Frühjahr 1972 sehr aufschlußreich. Danach verteilen sich die ausländischen Arbeitnehmer auf folgende Qualifikationsstufen:

80 bis 90 Prozent der ausländischen Frauen und 70 bis 80 Prozent der Männer werden als ungelernte und angelernte Arbeitskräfte beschäftigt. Als Facharbeiter oder gar Meister sind dagegen nur sehr wenige Ausländer tätig.

Demgegenüber geben aber 40 Prozent der Männer und 24 Prozent der Frauen auf Befragen an, in ihrer Heimat für einen Beruf ausgebildet worden zu sein. In dieser Situation werden auch die Divergenzen zwischen dem allgemeinbildenden und beruflichen Schulsystem der Heimatländer und den ausschließlich an Bedarfsdeckung orientierten Bedürfnissen des deutschen Arbeitsmarktes deutlich.

Die mittel- bis langfristigen Entwicklungsaussichten der Ausländerbeschäftigung im Land Bremen sind im Zusammenhang mit der künftigen Entwicklung des Arbeitskräfteangebots, der Arbeitskräftenachfrage und der Berufsstrukturen der bremischen Erwerbspersonen sowie der Notwendigkeit zur Verbesserung der bremischen Wirtschaftsstruktur zu beurteilen.

(A) Die Bemühungen um eine Ansiedlung weiterer Industriebetriebe sowie um die Ausweitung bereits bestehender Wirtschaftsbetriebe orientieren sich an dem Ziel, allen Arbeitnehmern im Land Bremen einen ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechenden Arbeitsplatz langfristig zu sichern.

Im Zuge dieses dynamischen Prozesses, der Beschäftigungsverlagerungen von bereits ansässigen zu neugegründeten Betrieben ebenso einschließt wie die Eingliederung von Nichterwerbspersonen, wird man weiterhin mit einer Zuwanderung ausländischer Arbeitnehmer aufgrund sich zwangsläufig ergebender Engpässe auf beruflichen Teilarbeitsmärkten rechnen müssen.

Die ausländischen Arbeitnehmer werden weiterhin entscheidend dazu beitragen, den für notwendig erachteten Strukturwandel auf dem bremischen Arbeitsmarkt zu erleichtern. Für die SPD-Fraktion ist es jedoch eine unerläßliche Forderung, daß die Zuwanderung von ausländischen Arbeitnehmern an die Aufnahmefähigkeit der sozialen Infrastruktur angepaßt sein muß.

Die SPD-Fraktion begrüßt die Antwort des Senats, die eine Rotation als ein staatlich ausgeübtes Zwangsmittel zur Steuerung der Zahl der ausländischen Arbeitnehmer und Erwerbstätigen ablehnt. Diese Auffassung wird leider nicht von allen Bundesländern geteilt. In neuester Zeit sind Bayern und Schleswig-Holstein dazu übergegangen, das Rotationsprinzip mit politischen Maßnahmen durchzusetzen. Den (B) Wohlfahrtsverbänden liegen Schreiben einzelner Ausländerbehörden vor, in denen ausländischen Arbeitnehmern mitgeteilt wird, daß die Ausländerbehörde letztmalig die Aufenthaltserlaubnis verlängert habe, da das öffentliche Interesse der Bundesrepublik an einem längeren Aufenthalt nicht bestehe.

Das Landratsamt Augsburg-West macht Arbeitnehmer darauf aufmerksam, daß sie mit einer weiteren Verlängerung nicht rechnen können, da das Arbeitsverhältnis nicht zu einem dauernden Aufenthalt führen soll. Die Vermutung ist begründet, daß es sich hier bei diesen Maßnahmen der Behörden in Augsburg-West und Neumünster noch um das Experimentierstadium einer neuen Ausländerpolitik handelt, deren Ziel es ist, soziale Probleme dadurch zu lösen, daß die von ihnen betroffenen Menschen wieder ausgewiesen werden. Für die SPD-Fraktion darf ich hier mit Nachdruck erklären, daß sie die Einführung des Rotationsprinzips ablehnt.

Die Probleme der Ausländerbeschäftigung lassen sich nicht so lösen, daß man sich durch die Einführung des Rotationssystems von den Verpflichtungen zur sozialen Integration zu befreien versucht. Durch eine solche Politik würden wir einer freiheitlich demokratischen, der Menschenwürde und dem Sozialstaat verpflichteten Gesellschaft nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD — Abg. Gassdorf [CDU]: Da rennen Sie bei uns offene Türen ein!)

Eine andere Form der Rotation, der sogenannten freiwilligen Rotation, gibt es allerdings doch: Ein gewisser Teil der Ausländer hält sich leider nur verhältnismäßig kurze Zeit in der Bundesrepublik auf. Die dazu gehörenden arbeiten, sparen und kehren nach ein bis drei Jahren in die Heimat zurück. (C)

Auf diese Gruppe trifft die ganze Vorläufigkeit des zweiten Wohnsitzes zu. Die Familie bleibt im Heimatland. Bildungseinrichtungen werden kaum in Anspruch genommen. Im Betrieb entsteht durch diese Gruppe das Problem, wie sie — ungeachtet der bestehenden Verständigungsschwierigkeiten — möglichst rasch in den Arbeitsprozeß eingewiesen werden können. Große Ansprüche an eine angemessene Wohnmöglichkeit werden nicht gestellt.

Interessant ist hier die Feststellung der Bundesanstalt für Arbeit, die mir bei der Vorbereitung auf diese Debatte aufgefallen ist, daß 38 Prozent der ausländischen Männer und 24 Prozent der ausländischen Frauen in vom Beschäftigungsbetrieb gestellten Unterkünften leben. Demgegenüber leben 61 Prozent der Männer und 74 Prozent der Frauen in privaten Unterkünften, wobei 44 Prozent der Männer und 60 Prozent der Frauen in abgeschlossenen Wohnungen leben.

Wenn man berücksichtigt, und, Herr Kollege Brasse, ich darf Sie auch in diesem Punkt etwas korrigieren, daß 62 Prozent der Männer und 56 Prozent der Frauen angeben, voraussichtlich länger oder dauernd in der Bundesrepublik bleiben zu wollen, dann ist es gerade notwendig, für die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien eine langfristige Konzeption, die folgendes beinhaltet, zu entwickeln: (D)

1. Das Recht des ausländischen Arbeitnehmers, mit seiner Familie in der Bundesrepublik zu leben.
2. Ein humaneres Aufenthaltsrecht, das die volle Integration berücksichtigt. — Ein Ausländer zum Beispiel, der seit 13 Jahren hier in Bremen lebt, mit einer deutschen Frau verheiratet ist, Kinder hat, und jetzt, weil er erstmalig wegen eines Verkehrsdelikts 300 DM Buße zahlen soll, erhält keine Verlängerung seiner Aufenthaltsgenehmigung. Ein Beispiel aus unseren Tagen, das geradezu die Notwendigkeit einer Überprüfung des Aufenthaltsrechts beweist!
3. Die Aufhebung der ungleichen Behandlung bei der Erteilung der Arbeitserlaubnis für Familienangehörige.
4. Die uneingeschränkte Chancengleichheit für den sozialen Aufstieg einschließlich Bildungsurlaub für ausländische Arbeitnehmer.
5. Das Recht der ausländischen Kinder auf gleichwertige Erziehung und Bildung.
6. Eine gleiche Kindergeldgesetzgebung für alle ausländischen Arbeitnehmer.
7. Eine Förderung und Ausdehnung der Mitbeteiligung in Betriebs- und Personalräten, in Elternbeiräten, eine Hinzuziehung bei der Besetzung in Ortsamts- und Stadtteilbeiräten.

Meine Damen und Herren, mir ist gerade in den letzten Tagen aufgefallen, daß sich auch auf Bundesebene in der Beratenden Versammlung des Europa-

(A) rates auf eine Initiative des SPD-Abgeordneten Schwenke da einiges in einer Resolution niedergeschlagen hat, worin festgestellt und gewünscht wird, daß Gastarbeiter auch das aktive Wahlrecht bei Kommunalwahlen erhalten sollen, wenn sie sich länger als fünf Jahre im Gastland aufgehalten und mindestens drei Jahre ihren Wohnsitz in der Wahlgemeinde haben. Wir werden uns also auch mit diesem Problem weiter beschäftigen müssen.

Integration oder Eingliederung bedeutet, dem Ausländer die Möglichkeit einzuräumen, nach den sozialen und gesellschaftlichen Spielregeln der Gesellschaft, die ihn aufgenommen hat, zu leben. Möglichkeiten solcher Art ergeben sich nicht von selbst. Es müssen Überleitungen hergestellt, soziale Hilfen entwickelt und angeboten werden, die Deutsche nicht benötigen und für sie deshalb nicht bereitgestellt zu werden brauchen. Soziale Probleme lassen sich auch ohne formelle Einbürgerung lösen.

Wir aber dürfen nicht zulassen, daß Ausländer nur beim Finanzamt gleichberechtigt sind, wir sollen und dürfen nicht tatenlos zusehen, daß der Bahnhof nur der einzige Treffpunkt von Ausländern ist. Ideal wäre ein größeres Kommunikationszentrum, wo Filme vorgeführt werden können, Folkloreveranstaltungen stattfinden, die Beratungsbüros sind und wo ein Treffpunkt von Ausländern und Deutschen ist. Wir dürfen nicht zulassen, daß in Altbauwohnungen — und hier darf ich eine Erhebung aus Nordrhein-Westfalen zitieren, in Nordrhein-Westfalen
(B) wohnen 85 Prozent der Ausländerfamilien in Altbauwohnungen, zu 15 Prozent in Neubauten — diese Menschen durch überhöhte Mieten unter oft menschenunwürdigen Zuständen ausgebeutet und alleingelassen werden.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion fordert in diesem Zusammenhang den Senator für das Bauwesen auf, bei der Einrichtung der kommunalen Wohnungsvermittlungsstelle auch ausländische Dolmetscher mit einzusetzen.

(Abg. J o h n [FDP]: Da wird die Sache noch teurer!)

Auf einem Plakat in Bremen steht: „Bremen braucht Sie — mitreden, mitdenken". Das allein genügt nicht: „mitarbeiten" gehört auch dazu!

Viele meiner politischen Freunde bemühen sich in aktiver, mühsamer Kleinarbeit um Kontakte mit ausländischen Familien, um die Gründung von Schularbeitenhilfen zu fördern, im Ostertorviertel, in der Neustadt, in Gröpelingen, in Blumenthal, um nur einige wenige Schwerpunkte zu nennen.

Wir begrüßen es, daß es — bedingt durch das Anwachsen der ausländischen Schülerzahlen — zu einer Erweiterung des Schulraumangebots gekommen ist, daß zusätzliche Lehrerstunden und mehr Ausgaben für Lern -und Lehrmittel ermöglicht wurden. Auch die Gleichstellung von ausländischen Kindern und Bremer Kindern für die Bereitstellung von Kindergartenplätzen gehört dazu. Dieses alles muß, wenn wir unserer sozialen Verpflichtung gerecht werden wollen, weiter ausgebaut und verstärkt werden. (C)

Dazu heißt es in der Entschließung der SPD zur Integration ausländischer Arbeitnehmer: Ein sozialer Rechtsstaat muß sich der Aufgabe stellen, es den ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien zu ermöglichen, nach den sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen des Aufenthaltslandes zu leben. Ihre Chancengleichheit soll nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch im privaten, gesellschaftlichen und bildungspolitischen Bereich verwirklicht werden.

Unter diesen Gesichtspunkten hat die SPD-Fraktion der „vorläufigen" Unterbringung von 200 portugiesischen Arbeitnehmern auf dem bekannten Wohnschiff zugestimmt, wobei der Standort sicherlich nicht ideal, aber in diesem Fall aus technischen Gründen leider der einzig mögliche ist.

Im Gegensatz zur bayrischen Staatsregierung, die sich mit erstaunlicher Offenheit gegen jede Integration ausländischer Arbeitnehmer gewandt hat, weil die Folgelasten nicht mehr tragbar seien, ist die SPD-Fraktion der Auffassung, daß hier die Methoden der modernen Sozialplanung, in die alle Faktoren der sozialen Infrastruktur eingehen, bei der Lösung dieser Probleme angewendet werden müssen.

Dies erfordert: Umfassende Information über deutsche Lebensverhältnisse. Aber auch wir Deutschen sollten mehr über die Lebensgewohnheiten und Heimatländer der Ausländer wissen.

(Abg. S a g n e r [CDU]: Öfter mal ins Ausland fahren!) (D)

In diesem Zusammenhang sei eine Anregung an Radio Bremen erlaubt, ob es nicht möglich ist, zum Beispiel Informationen über Ausländerfragen in Bremen zu senden. Manche Ausländer, das habe ich festgestellt, halten die Informationen, die von anderen Sendern zeitweise ausgestrahlt werden, für zu allgemein, zu einseitig nationalistisch oder auch zu extremistisch. Es wäre wünschenswert, dieses Problem hier auf lokaler Ebene nochmals zu prüfen.

Konkrete Beratung in allen Problemen, die zur Wahrung einer sozialen Chance notwendig sind, gehört ebenfalls dazu. Weiter die vermehrte Durchführung von Sprachkursen, eine ausführliche Beratung über Möglichkeiten und Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung. Nur die Hälfte der ausländischen Arbeitnehmer spricht ‚einigermaßen' bis ‚sehr gut' deutsch. 12 Prozent verfügen über keinerlei deutsche Sprachkenntnisse. Ferner die Eingliederung von ausländischen Kindern in Kindergärten, Tagesstätten, Ferien- und Erholungsmaßnahmen, Förderung von Hausaufgabenhilfen bis zum vollen Anschluß an deutsche Schulklassen.

Weiter eine ständige Fortbildung der eingesetzten ausländischen Sozialbetreuer in Fragen der Gesellschaftspolitik, der fachbezogenen Rechtsfragen und Arbeitsmethodik, sowie der Ausbau der Beratungsstellen in allen Beschäftigungsschwerpunkten der ausländischen Arbeitnehmer, so daß nicht mehr als 3000 Ausländer in den Arbeitsbereich eines Sozialbetreuers fallen.

(A) Sicherlich ließe sich diese Aufzählung noch erweitern, aber zu allem gehören auch die finanziellen Mittel.

(Abg. John [FDP]: Allerdings!)

Der Bund, die Länder und die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtsverbände tun und leisten viel, gerade für den Freizeit- und kulturellen Bereich. Aber es reicht nicht aus.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

Die bisherige Anwerbepolitik wurde nahezu ausschließlich nach arbeitsmarktpolitischen Kriterien gestaltet. Letztlich bestimmen Unternehmensentscheidungen durch vorrangige Unternehmerinteressen den Umfang der Ausländerbeschäftigung und auch deren nationale Kontingentierung. Dabei sollen die im Anwerbeverfahren eingebauten sozialen Sicherungen nicht bestritten werden, ihre Wirkungen allerdings werden oft überschätzt. Der wichtigste Gedanke, bei dem eine Senkung der Zuwachsrate und der Nachholbedarf der Infrastruktur berücksichtigt werden kann, ist der einer finanziellen Sonderbelastung derjenigen Betriebe, die Arbeitnehmer aus Drittländern beschäftigen.

Die SPD-Fraktion hält diese „Wirtschaftsabgabe" von Unternehmen mindestens mit einer größeren Ausländerzahl für erforderlich. Bemessungsgrundlage muß die Zahl der Ausländer sein, die in einem (B) Betrieb beschäftigt sind. Der gesetzestechnischen Ausformung kann überlassen bleiben, ob die Abgabe nach der Lohnsumme, der Lohnsteuer, den Renten- oder Arbeitslosenversicherungsbeiträgen erhoben wird. Die Überwälzung von Abgaben auf die Preise kann nie ganz ausgeschlossen werden. Diese hier vorgeschlagene Abgabe orientiert sich primär an der Ausländerquote, geht also unterschiedlich hoch in die Kostenrechnung konkurrierender Betriebe ein.

Eine automatische Überwälzung, wie sie bei generellen gleichen Versteuerungen stets befürchtet wird, kann hier nicht durchgreifen. Eine Verwirklichung dieses Vorschlags kann die Wachstumsrate der Ausländerbeschäftigung bremsen, gleichzeitig die materielle Basis einer in den Grundzügen längst entwickelten Ausländerpolitik erbringen.

Bei einer sozialpolitisch ungesteuerten Arbeitsmarktpolitik werden die Probleme der sozialen Infrastruktur zur Unlösbarkeit anwachsen. Eine Anpassung der Ausländerquote an die Belastungsgrenze der vorhandenen Infrastruktur ist ebenso unrealistisch, da diese ohnehin ohne Ausländer unzureichend ausgebaut sind.

(Glocke)

Ich darf, meine Damen und Herren, noch etwas um Nachsicht bitten.

Präsident Dr. Klink: Können Sie übersehen, Herr Abgeordneter Stäcker, wieviel Zeit Sie noch benötigen?

Abg. **Stäcker** (SPD): Knapp fünf Minuten! (C)

Präsident Dr. Klink: Kann ich das Einverständnis des Hauses voraussetzen, daß der Abgeordnete Stäcker seine Redezeit um fünf Minuten überschreitet? — Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Abg. **Stäcker** (SPD): Ich bedanke mich!

Meine Damen und Herren, auch das wird nur ein zusätzlicher Beitrag sein können. Vielleicht wird die CDU-Fraktion ja auch zukünftig den Haushaltsanschlägen des Senators für Arbeit für die Ausländerbetreuung zustimmen. In den vergangenen Jahren war das ja bisher durch die generelle Ablehnung der Haushalte nicht der Fall.

Alle begründeten Prognosen stimmen darin überein, daß die Ausländerbeschäftigung noch Jahrzehnte dauern wird. Die einzige dem demokratischen Rechtsstaat adäquate Ausländerpolitik ist dann eine Politik der Integration. Eine solche Integrationspolitik kann aber nur auf der Grundlage einer langfristigen Konzeption betrieben werden, die den Menschenrechten und Prinzipien des modernen Sozialstaates entspricht.

Die Initiativen der sozialliberalen Bundesregierung und insbesondere des Bundesministers für Arbeit geben hierzu wichtige Impulse. Es ist hier nur an den Beschluß der Bundesregierung vom 6. Juni 1973, Herr Brasse, ich darf daran erinnern, über die Leitlinien zur Ausländerbeschäftigung zu erinnern. Die Deputation für Arbeit hat sich während ihrer dies- (D) jährigen Jugoslawien-Reise ausschließlich und ausführlich über Probleme der Anwerbung, Integrationsmöglichkeit und Förderung von wirtschaftlichen Maßnahmen informiert.

Der für das Land Bremen eingerichtete Landeskoordinierungsausschuß, dem Vertreter der Deputation für Arbeit, die Betreuungsverbände, Kammern, Gewerkschaften und Arbeitgeberverband, die Arbeitsämter und Vertreter der beteiligten Behörden angehören, haben mit der gemeinsamen Erarbeitung eines neuen „Wegweiser" — er liegt allen heute vor — eine gute Arbeit geleistet und werden sich ebenfalls weiter um die Lösung der Ausländerpolitik bemühen.

(Abg. Klein [CDU]: Wird das auch übersetzt?)

Es wird in allen Ausländersprachen herauskommen. Zunächst ist lediglich die deutsche Ausgabe fertiggestellt worden, weil es zeitliche Schwierigkeiten in der Rücksendung der übersetzten Texte gegeben hat. Aber ich finde, es ist eine gute Arbeit, die da zustande gebracht worden ist.

Eine Gesellschaft, die der ausländischen Arbeitnehmer bedarf, muß auch deren berechtigte menschliche und soziale Interessen berücksichtigen. Es ist Aufgabe der Gesellschaft und ihrer politisch relevanten Gruppen, die ausländischen Arbeitnehmer nicht nur am Arbeitsplatz gleichberechtigt zu betrachten, sondern ihnen den Weg in unsere Gesellschaft als

(A) „Mitbürger" — zum großen Teil als „Mitbürger auf Zeit" — zu erleichtern.

Wir sollten dabei allerdings auch nicht vergessen, daß viele Ausländer gemeinsam mit uns bereit sind, auch ihren Teil dazu beizutragen, und es soll deshalb nicht versäumt werden, den Ausländern unter uns für ihren Beitrag zu danken.

Es mag dahingestellt sein — lassen Sie mich das abschließend sagen —, ob die Bundesrepublik indirekt ein Einwanderungsland geworden ist. Der Begriff entstammt dem vergangenen Jahrhundert und wird heute vornehmlich in Ländern verwandt, die noch eine nationalstaatlich orientierte Bevölkerungspolitik betreiben.

Für die Bundesrepublik ist die Zuwanderung die Konsequenz der europäisch orientierten Arbeitsmarktpolitik. Gegenüber den Partnern der EWG wäre eine einschränkende Politik rechtswidrig. Gegenüber der Türkei und Griechenland wäre sie systemwidrig, da diese Länder Verträge mit der EWG haben, die eine Mitgliedschaft vorsehen. Gegenüber Spanien und Portugal wäre sie politisch kurzsichtig, da die Arbeitskräftewanderung die Liberalisierung in diesen Ländern fördert. Gegenüber Jugoslawien wäre sie gefährlich, da jede Schwächung Jugoslawiens europäische Sicherheitsinteressen gefährdet.

Der Spielraum der deutschen Arbeitsmarktpolitik ist klein und allenfalls ausreichend, um eine Ver-
(B) langsamung des Wachstums und eine Obergrenze zwischen 2,5 und 5 Millionen zu diskutieren.

Wir aber, meine Damen und Herren, sollten nie vergessen, daß es Menschen sind, die kommen, die hier arbeiten wollen. Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, daß diese hier lebenden Ausländer eventuell das Proletariat unserer Zeit werden. Wir alle müssen mithelfen, die vier Hauptprobleme Wohnung, Sprache, Schule und berufliche Bildung zu lösen.

Das beinhaltet die Entschließung der SPD-Fraktion, um deren Zustimmung ich hier bitte. — Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat zur Begründung der FDP-Entschließung der Abgeordnete Lahmann das Wort.

Abg. **Lahmann** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! „Liberalismus tritt ein für die Rechte des Individuums, unabhängig von seiner Rasse oder Nationalität. Liberale Gesellschaftspolitik fordert daher Integration der in unserer Gesellschaft lebenden Ausländer, ohne deshalb ihre auf die Herkunft gegründete Eigenart anzutasten".

Diese beiden Sätze finden sich in dem Entwurf einer Wahlaussage, die die Hamburger FDP für die Hamburger Bürgerschaftswahl Anfang nächsten Jahres vorbereitet hat. Sehr eindrucksvolle Sätze, wie ich finde.

(Zuruf von der CDU: Es duftet!)

Ich will gleich hinzufügen, daß ich das Pathos, mit (C)
dem meine beiden Vorredner hier Integrationsfragen erörtert haben, auch sehr eindrucksvoll fand. Es duftete ebenso.

Meine Damen und Herren, ist also Integration, so wie sie hier definiert worden ist, das Gebot der Stunde? Integration, Eingliederung ist offenbar „in". Ich meine, daß wir mit etwas mehr Nüchternheit an dieses doch sehr differenzierte Problem herangehen müßten.

(Abg. Neumann [CDU]: Bitte nicht so leidenschaftslos, Herr Kollege!)

Ist wirklich dieser Ruf nach Integration so undifferenziert gerechtfertigt?

Ich stelle diese Frage, meine Damen und Herren, nicht ohne praktische Erfahrungen, die die Bremer FDP gesammelt hat. Ich darf darauf hinweisen, daß gerade unser Kreisverband Bremen-Nord, dessen Vorsitzenden wir seit kurzer Zeit als Abgeordneten wieder unter uns haben — ich meine Herrn Kuhnert —, sich ganz außerordentliche Verdienste erworben hat mit ganz unkonventionellen Kontakten zu Gastarbeitern. Es sind eine ganze Reihe von Nöten bei diesen unkonventionellen Kontakten zur Sprache gekommen, die uns durchaus deutlich vor Augen führen, welche Schwierigkeiten die ausländischen Arbeitnehmer, speziell in Bremen-Nord, will ich einmal gezielt darauf sagen, haben.

Hier geht es darum, daß die gesellschaftliche Anerkennung fehlt in ganz einfachen praktischen (D)
Fragen. Zum Beispiel gibt es Besuchsverbote für Ausländer in mehreren Gaststätten. Es gibt innerbetriebliche Arbeitsprobleme, eine ungerechtfertigte Schlechterstellung gegenüber deutschen Kollegen und eine, wie es in einem Bericht aus Bremen-Nord heißt, nicht ausreichende Hilfe durch die deutschen Betriebsräte. Es fehlt eine öffentliche Vertretung der ausländischen Arbeitnehmerinteressen auf kommunaler Ebene. Es fehlt eine Information, eine hinreichende Information über das Gastland und über die neue Heimatstadt bei und nach der Ankunft. Das wird ja nun besser werden, nachdem die Senats-Broschüre verteilt werden wird.

Es gibt Beschulungsprobleme für die ausländischen Arbeitnehmerkinder, es fehlen allgemeine und berufliche Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die ausländischen Erwachsenen — Problem Deutschunterricht! Es gibt Wohnprobleme, es gibt die Gefahr — sicher nicht nur in Bremen — der Gastarbeitergettos, möglicher Slums, die entstehen könnten, vielleicht aufgrund unzureichender öffentlicher Förderungseinrichtungen. Es gibt Mietwucher, es gibt diskriminierende Beschränkungen durch einige Vermieter.

Meine Damen und Herren, wir werden ganz sicher aufgrund dieser Erfahrungen, die fortlaufend gesammelt und verarbeitet werden, als Fraktion der Freien Demokraten in diesem Hause mit ganz konkreten Anträgen kommen. Diese ganz konkreten Anträge sehen wir in den Entschließungen, die die beiden großen Fraktionen heute eingebracht

(A) haben, noch nicht. Ich darf Sie vielleicht daran erinnern, daß wir im vergangenen Jahr schon einmal einen Antrag eingebracht hatten, der darauf abzielte, daß die Ortsamts- und Stadtteilbeiräte sich mit den besonderen Problemen der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien befassen sollten. Wir konnten uns damit nicht durchsetzen, weil wir nicht die hinreichende Mehrheit hatten, die damals nach der Geschäftsordnung noch erforderlich war, um solche Anträge zu stellen. Heute ist das anders. Inzwischen haben wir aber auch weitere Erfahrungen gesammelt. Ich sagte es schon, ich wiederhole es: Wir werden konkrete Anträge zur Mitwirkung der Gastarbeiter auf kommunaler Ebene vorlegen.

Aber, meine Damen und Herren, wenn ich von Differenzierung sprach und von differenzierter Betrachtungsweise des Eingliederungsproblems, dann gehe ich davon aus, daß für jeden Liberalen das Individuum — in der Gemeinschaft — das Maß aller Dinge ist, daß also im Grunde auch das Individuum, der einzelne Gastarbeiter, gefragt werden muß, wie er denn überhaupt zur Frage der Eingliederung steht. Und dabei stellt man nämlich ganz gravierende Meinungsunterschiede bei den Ausländern fest.

Ich darf Sie hinweisen auf das Heft Nummer 3 „Der europäische Gemeindetag", das ich heute morgen in meinem Fach in diesem Hause vorgefunden habe. Dieses Heft enthält ein Referat von Herrn Karl-Heinz Stornsberg, Bürgermeister der Stadt (B) Rüsselsheim, über Probleme ausländischer Arbeitnehmer. Ich nehme an — das scheint mir dieser Artikel auszuweisen —, daß Herr Stornsberg ein durchaus intimer Kenner der Probleme auf der kommunalen Ebene ist.

(Abg. Neumann [CDU]: Das Heft haben wir alle vorliegen!)

Sie haben es wohl noch nicht gelesen, es ist noch nicht erwähnt worden.

In diesem Referat wird darauf hingewiesen, daß als ausschlaggebendes Merkmal für die Beurteilung der Integrationsvoraussetzungen die Einstellung des ausländischen Arbeitnehmers — also seine eigene Ansicht — anzusehen sei. Wenn man, was hier geschehen ist, herumfragt bei den ausländischen Arbeitnehmern, dann stößt man darauf — so der Referent —, daß es drei ganz unterschiedliche Gruppen gibt, die durchaus unterschiedliche Meinungen zu dem Problem der Integration vertreten. Ich zitiere:

„Zur ersten Gruppe gehören alle ausländischen Arbeitnehmer, die aufgrund eines kurzfristigen Vertrages als Alleinstehende in die Bundesrepublik einreisen und von dem Unternehmen, für das sie in ihrem Heimatland angeworben werden, in Wohnheimen oder Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden." Herr Stäcker hat vorhin auch schon hervorgehoben, daß es sich dabei um einen nicht unerheblichen Prozentsatz handelt.

Ich zitiere weiter: (C)

„Vertragsabschluß in der Regel auf ein halbes oder auf ein volles Jahr. Das Interesse des Arbeitnehmers dieser Gruppe besteht hauptsächlich darin, in der Zeit seiner Trennung von der Familie einen möglichst guten Arbeitsverdienst zu haben und bei Verhältnissen, die aus der Sicht seiner Heimat und Herkunft vertretbar sind, sparsam zu leben und zu wohnen, um von den Arbeitseinkünften ansehnliche Beträge nach Hause zu überweisen oder Ersparnisse ansammeln zu können. Dieser Ausländergruppe ist, da die ihr Zugehörigen nach Ablauf des halb- oder einjährigen Vertrages wieder heimkehren wollen, an einer Integrierung mit Ausnahme der Gleichbehandlung am Arbeitsplatz nichts gelegen.

Zweitens: Der ausländische Arbeitnehmer ändert seine Einstellung zu diesem Problem jedoch nicht selten im Laufe der Zeit, wenn er sich entschlossen hat, mehrere Jahre in Deutschland zu bleiben. Ohne Bedeutung ist hierbei, ob er seinen bestehenden Arbeitsvertrag verlängert oder ob er die Arbeitsstelle wechselt. Selbst unter diesen Voraussetzungen besteht nach den bisher gesammelten Erfahrungen und den Ergebnissen eingehender soziologischer Untersuchungen nach wie vor bei fast allen Angehörigen dieser Ausländergruppen die feste Absicht, nach Ansammlung eines kleinen Vermögens durch Ersparnisse nach Hause zurückzukehren, um dort das ersparte Geld zur Verbesserung seiner Existenzgrundlage anzulegen. Das gilt auch unter der Voraussetzung, daß der Ausländer seine (D) Familie hat nachkommen lassen. Doch ist bei diesem Personenkreis eine Integrationsbereitschaft aus wohlüberlegtem Eigeninteresse in wesentlich höherem Maße vorhanden, als sie bei der erstgenannten Ausländergruppe mit nur kurzer Aufenthaltsdauer feststellbar ist. Gemeinsam aber ist beiden Gruppen, daß sie in Deutschland nur möglichst geringe Mittel so einzusetzen bereit sind, daß auch durch Eigenleistung die Bedingungen einer sozialen Integration günstiger werden.

Dritte Gruppe: Schließlich ist noch die Ausländergruppe zu erwähnen, die mit einiger Wahrscheinlichkeit aus persönlichen Gründen in der Bundesrepublik dauernden Aufenthalt nehmen wird. Dieser Personenkreis dürfte nach seiner eigenen Einstellung, weil eine Rückkehr in das Heimatland fast völlig ausgeschlossen wird, in der Regel für eine vollständige Integration am geeignetsten erscheinen. In der zweiten Generation ist diese Gruppe fast völlig assimiliert". — Ende des Zitats!

Ich bitte um Verzeihung, daß ich Sie damit so lange aufgehalten habe. Ich hielt aber für wichtig, daß wir uns einmal darüber klar werden, daß man das Problem der Integration eben nicht pauschal sehen kann, sondern daß man dabei sehr genau unterscheiden muß und eben gerade die Betroffenen auch zu ihren wohlerwogenen Interessen hören muß.

Meine Damen und Herren, eine pauschale Eingliederungskonzeption halten die Freien Demokraten nach dieser Sachlage für bedenklich. Wir haben

(A) darum das Hauptanliegen, das wir im Augenblick für aktuell halten und das wir in unserem Entschließungsantrag zum Ausdruck gebracht haben, dadurch ausformuliert, daß wir in den Vordergrund unserer Betrachtungen die Frage stellen: Wie kann man mittelfristig den Zustrom der ausländischen Arbeitskräfte eindämmen?

Ich will gar keinen Zweifel darüber aufkommen lassen: Ich bin der Auffassung, daß wir uns mit allen zulässigen Mitteln darum bemühen müssen — und darin sind wir sicher einig —, den Gastarbeitern, die in unserem Land sind und die uns entscheidend geholfen haben und noch helfen, gleiche soziale und ähnliche staatsbürgerliche Rechte einzuräumen, wie sie deutschen Arbeitnehmern zustehen. Es ist aber eine ganz andere Frage, ob man wirtschaftliches Wachstum ohne Rücksicht auf etwaige negative Folgen für die Lebensverhältnisse — Stichwort Industrieansiedlung — unbedingt mit Hilfe zusätzlich herbeigeholter Gastarbeiter erstreben sollte.

Die sozialen und infrastrukturellen Probleme, die mit dem wachsenden Zustrom von Gastarbeitern verknüpft sind, sind uns allen klar. Die Belastbarkeit unseres Gemeinwesens durch soziale Infrastruktur ist beschränkt. Ich will eine Zahl nennen, wenn sie auch ketzerisch klingt: Fachleute setzen bekanntlich für die Vollintegration eines Gastarbeiters Infrastrukturkosten von 200 000 D-Mark an.

(B) Ich frage mich weiterhin ernsthaft, ob es uns nach einer Kosten-Nutzen-Analyse, die auch immaterielle Gesichtspunkte berücksichtigt, noch als richtig erscheinen kann, ein überproportionales Wirtschaftswachstum durch den zusätzlichen Zustrom von ausländischen Arbeitnehmern zu erkaufen. Ich meine, wir sollten diese Frage im Interesse der bremischen und der potentiellen ausländischen Mitmenschen verneinen.

Ich möchte ein Zitat hinzufügen, das von Herrn Mommsen, dem früheren Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, stammt. Er sagt ganz deutlich, vielleicht ein wenig polemisch, folgendes:

„Für mich ist in keiner Weise klar, ob bei über 3,5 Millionen ausländischen Arbeitskräften — Klammerzusatz: Schwarzarbeiter und Familienangehörige eingerechnet — die Beschäftigung von Gastarbeitern in der Bundesrepublik noch produktivitätsfördernd ist. Wo liegen" — so fragt Mommsen — „schlüssige Unterlagen darüber vor, ob nicht die Infrastrukturmaßnahmen für diese große Zahl von Menschen — Klammer: Schulen, Kirchen, Krankenhausbetten, Dolmetscherdienste, Sozialverpflichtungen einschließlich Renten und so weiter — schon so viel vom Sozialprodukt beanspruchen, daß die mit den Gastarbeitern erreichte Produktivitätssteigerung aufgezehrt wird?"

Meine Damen und Herren, ich will diese Bedenken, die sich an solche Überlegungen anknüpfen, zusammenfassen: Wir Freien Demokraten sind der Auffassung, daß die Gastarbeiter, die bereits in unserem Land leben, auf den sozialen Status der deutschen Arbeitnehmer angehoben werden müssen. (C) Da finden Sie unsere Unterstützung. Wir meinen aber, daß die künftige Anwerbung auf humane Weise mit zulässigen Methoden erschwert werden muß. Weil eine unmittelbare Beziehung besteht zwischen der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte und dem Wirtschaftswachstum, soweit es uns sinnvoll erscheint, will ich dabei ganz deutlich hinzufügen, von welcher Definition des Wirtschaftswachstums wir ausgehen.

Wir meinen: Wirtschaftswachstum darf nicht fetischisiert, aber auch nicht verteufelt werden. Trotz des allgemeinen Unbehagens, trotz der Erkenntnis, daß die Erde endlich ist und dem Wachstum Grenzen setzt, trotz aller Heilslehren des Nullwachstums und der Verzichtsethik, wir brauchen Leistung und Wertschöpfung der Wirtschaft für bessere soziale Bedingungen im eigenen Land und auch zum Beispiel in den Entwicklungsländern.

Nur sagt der Anstieg des Bruttosozialprodukts bekanntlich noch nichts über die qualitativen Aspekte des Wachstums. Gerade der qualitative Gesichtspunkt muß aber heute nach meiner Auffassung den Maßstab für wirtschaftliches Wachstum abgeben. Die bloße Quantität muß demgegenüber zurücktreten. Wir meinen darum, auf unser Problem zurückkommend, daß die Bürgerschaft zuerst den Entschließungsantrag der FDP und die darin ausgesprochenen Empfehlungen beschließen sollte.

(Abg. Brasse [CDU]: Das ist eine Logik!) (D)

Wir meinen, daß die Auffassungen der Gremien und Institutionen, die wir zitiert haben, übereinstimmen in dieser Haltung. Wir meinen, daß weitere Beurteilungskriterien für die arbeitsmarktpolitische Zweckmäßigkeit bei der Anwerbung von ausländischen Arbeitnehmern erforderlich sind. Erst dann, meinen wir, über diese Probleme abschließend und in concreto sprechen zu können.

Ich sehe darum die Entschließungsanträge von SPD und CDU als verfrüht an. Ich meine, wir brauchen nicht Deklamationen, sondern wir brauchen Entscheidungsgrundlagen, sichere Entscheidungsgrundlagen, und sodann Beschlüsse über ganz konkrete Maßnahmen. Dies alles im Interesse sowohl der ausländischen Arbeitnehmer als auch gerade im Interesse der deutschen Arbeitnehmer,

(Abg. John [FDP]: Sehr richtig!)

die ja nicht ganz zu Unrecht sich, zum Beispiel wenn es um Entlassungen geht, gegenüber ausländischen Arbeitnehmern benachteiligt fühlen.

Ich darf deswegen an Sie die Bitte richten, dem FDP-Antrag zuzustimmen und rege gleichzeitig an, daß Sie — CDU und SPD — Ihre Anträge, bis die Entscheidungsgrundlagen vollständig vorliegen, zurückstellen. — Ich danke sehr!

(Beifall bei der FDP)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren! Damit ist die Begründung der vorliegenden Entschließungsanträge erfolgt. Ich würde Sie jetzt bitten, daß wir uns einmal darüber verständigen, wie wir heute in den Beratungen weiter verfahren. Wir haben jetzt noch drei Wortmeldungen zu diesen Tagesordnungspunkten. Aber wie ich aus Erfahrung weiß, wird es sicherlich nicht bei diesen drei Wortmeldungen bleiben. Es besteht der dringende Wunsch von unseren Kollegen aus Bremerhaven, daß sie uns heute spätestens um 18 Uhr 45 verlassen können.

Sind Sie damit einverstanden, daß wir dann heute um 18 Uhr 45 die Beratungen unterbrechen und morgen um 9 Uhr 15 fortfahren?

(Zustimmung)

Dann stelle ich die Übereinstimmung des Hauses fest, daß wir heute um 18 Uhr 45 abbrechen und morgen um 9 Uhr 15 fortfahren werden.

Ist das der Wille des Hauses?

(Zustimmung)

Ich stelle fest, das ist der Wille des Hauses. — Dann werden wir so verfahren.

Als nächster hat das Wort Herr Senator Jantzen.

Senator für Arbeit und für Wirtschaft und Außenhandel Jantzen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will mich bemühen, mit dazu beizu-
(B) tragen, daß zeitlich bis 18 Uhr 45 die Erledigung des Tagesordnungspunkts geschafft werden kann.

Ich möchte nur aufgrund des Zwischenrufs von Herrn Klein darauf hinweisen, daß dieser Wegweiser, der Ihnen vorliegt in Französisch, nämlich für die tunesischen Arbeitnehmer, Griechisch, Italienisch, Portugiesisch, Serbokroatisch, Spanisch und Türkisch in einer Auflage von 28 500 Exemplaren erstellt wird und zur Verteilung kommt. Wir hielten es allerdings für notwendig und konsequent, ihn auch in Deutsch drucken zu lassen, damit die Stellen, die damit zu tun haben, wissen, was da drin steht. Um auch Ihnen keine sprachlichen Schwierigkeiten zu bereiten, haben wir die deutsche Fassung dem Hohen Hause vorgelegt. Punkt eins!

Zu der Frage von Herrn Brasse darf ich vielleicht auf folgendes verweisen: Zu der Frage 1 (1), welche Grundkonzeption vertritt der Senat bei der Lösung der Probleme der ausländischen Arbeitnehmer, hat der Senat seine Grundkonzeption dargestellt. Daraus schlußfolgern zu wollen, er hätte keine Konzeption, scheint mir nicht schlüssig zu sein.

(Abg. Brasse [CDU]: War aber nicht!)

Wir haben wiederholt in der Deputation darauf hingewiesen, daß die Frage der Entwicklung einer Konzeption nicht länder-, nicht gemeindebezogen, sondern bundeseinheitlich geleistet werden sollte. Hier befinde ich mich in völliger Übereinstimmung mit meinem hochverehrten Kollegen und Ihrem Parteifreund Geisler, der auf die damals gestellte Anfrage der CDU-Fraktion in Rheinland-Pfalz auch geantwortet hat: „bundeseinheitlich". (C)

(Abg. Brasse [CDU]: Wir hoffen, daß etwas kommt!)

Ich gehe von der Erkenntnis aus, daß der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit — damit möchte ich jetzt schließen —, sehr konsequent die Auffassung vertritt, auf jeden Fall bundeseinheitlich, damit nämlich auch die Kriterien, die sich daraus für die Verbesserung der sozialen Infrastruktur ergeben, nicht zu neuen wettbewerbsverzerrenden Maßnahmen für Gemeinden und Länder führen können. Das ist wiederholt in der Deputation gesagt worden.

Darf ich weiter davon ausgehen, sehr verehrter Herr Brasse, daß wir auf der Deputationsreise in Jugoslawien bereits den Versuch unternommen haben, Kooperation in Jugoslawien anzubahnen und die Möglichkeit deutscher Investitionen in Jugoslawien besprochen haben, nämlich Kapitalexport zu betreiben und nicht zusätzliche jugoslawische Arbeitnehmer hierherzuholen. Ich hoffe, Ihnen spätestens im Frühjahr 1974 erste Ergebnisse dieser mit uns gemeinsam initiierten Dinge vorlegen zu können.

Wenn das nun alles konzeptionell nicht ausreicht, gehe ich weiterhin von der Erkenntnis aus, daß wir uns außerhalb des Protokolls in der Deputationssitzung für Arbeit darüber einig waren, daß wir eine solche Konzeption gemeinsam, wenn der Bund erste Dinge vorgelegt hat, dann auf die Region zu- (D) schneiden wollten. Sind wir darin einig, daß das in der Deputation besprochen worden ist? Nun aber daraus, das in der Deputation gemeinsam machen zu wollen, zu schlußfolgern, ihr habt ja keine Konzeption, halte ich ein bißchen — entschuldigen Sie den Ausdruck, ich will mir keine Rüge des Präsidenten zuziehen — für vermessen.

(Abg. Brasse [CDU]: Warum dann der Antrag der SPD? — Abg. John [FDP]: Ein Senator kann nicht gerügt werden!)

Entschuldigen Sie, ich glaube, daß der Abgeordnete Stäcker, mein Parteifreund, vorgetragen hat, warum diese Entschließung vorgelegt worden ist, nämlich, um bis zur Vorlage der bundeseinheitlichen Konzeption erste Schritte zur Verbesserung einer Integration durchzuführen.

Hier muß ich Ihnen eins sagen, lieber Herr Brasse: Das ist keine Frage des Geldes, die Frage der Integration ausländischer Arbeitnehmer, das wird auch nicht durch staatliches Dekret erzielbar sein, das wird nur erzielbar sein mit dem Willen der Bevölkerung und nicht gegen den Willen der Bevölkerung!

(Beifall bei der SPD)

Aus meiner manchmal leidvollen Erfahrung in meiner früheren und auch in meiner gegenwärtigen Tätigkeit, ausländische Arbeitnehmer im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus unterzubringen, was uns in der Mehrzahl aller Fälle bei der Familien-

(A) zusammenführung in Bremen gelungen ist, haben wir nachher sehr häufig Schwierigkeiten mit den deutschen Anwohnern, die vordergründige Argumente, wie Geruchsbelästigung wegen Kochens einheimischer Nationalspeisen, vorbringen. In Wirklichkeit wird eine Animosität erzeugt, und dies haben die Zitate aus einer Zeitung von Herrn Stäcker über den Streik bei Ford deutlich gemacht, Schlagzeilen, die nicht dazu beitragen, Animosität abzubauen, sondern neu in unserer Gesellschaft entstehen zu lassen.

Deshalb vertritt der Senat die Auffassung, daß gemeinsam mit allen Institutionen und Körperschaften das Problem der Integration zu lösen ist. Nicht allein, indem wir hier ein sehr löbliches, verbal gut zu vertretendes, finanziell abgesichertes Konzept vorlegen, sondern wir brauchen auch verbreitete Aufklärung in der Bevölkerung, mitzutun und mitzuhandeln. Nur so werden diese Dinge nach meinem Dafürhalten überhaupt leistbar sein.

Und es kommt mir manchmal so vor — und da stimme ich Herrn Lahmann zu —, daß das Wort Integration einigen Leuten, die sich über Ausländerfragen schriftlich äußern, sehr schnell von der Feder, und wenn sie sich dazu erklären, sehr schnell von den Lippen geht, ohne daß Detailkenntnisse, was eigentlich gewollt und gemeint ist, vorhanden sind. Wir beurteilen nämlich die Frage der Integration oder des Rotationsprinzips nur aus unserer Situation. Haben wir eigentlich schon einmal die (B) ausländischen Arbeitnehmer oder die Abgabeländer gefragt, wie sie zu diesen Dingen stehen?

(Abg. Meurer [CDU]: Eben!)

Wir haben es getan, wir sind dabei! Wir haben nämlich den Landeskoordinierungskreis. Und hier darf ich mit freundlicher Genehmigung von Herrn Stäcker die Auflistung, wer alles dabei ist, noch ergänzen. Es sind nämlich auch die Vertreter der ausländischen Arbeitnehmer im Landeskoordinierungskreis. Mit denen haben wir bereits gesprochen.

Sie stimmen doch sicherlich mit mir überein, daß eine freiwillige Rotation zu begrüßen ist, wenn die ausländischen Arbeitnehmer nach begleitender verbesserter Berufsausbildung und in der Gesamtausbildung abgerunderter eines Tages wieder in die Heimatländer zurückkehren, die Frage des Kapitalexports und damit die Ansiedlung geeigneter Industrien in den Ländern wesentlich erleichtert wird. Und wenn Sie mich fragen, halte ich das für eine positive Entwicklung im Rahmen einer sinnvollen Entwicklungshilfe, abgestimmt auf die Menschen, die zu uns kommen, weiter beruflich ausgebildet werden, zurückgehen, um dann Industrien dort zu schaffen, ohne — das sage ich in aller Offenheit, und hier weiß ich mich auch in Übereinstimmung mit dem internationalen Bereich — daß es einer neuen Form der Ausbeutung in diesen Niedriglohn-Ländern kommt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Und zweitens, ich habe nichts dagegen, daß im (C) Ausland investiert wird, aber ich hätte etwas dagegen, wenn aufgrund dieser Billiglohn-Situation den Unternehmern zusätzliche Gewinne entstehen würden. Ich möchte, daß diese Gewinne in den jeweiligen Heimatländern bleiben, um Sozial-, Struktur- und Bildungsvoraussetzungen in den Abgabeländern zu verbessern. Das wäre eine sinnvolle Politik, zu der ich mich bekennen kann.

Sie sehen also aus den wenigen Andeutungen, daß der Senator für Arbeit, was die Frage einer Konzeption angeht, so konzeptionslos doch nicht zu sein scheint. Da Sie uns aber nur gefragt haben nach der Grundkonzeption, haben wir, wie wir es immer tun, pflichtgemäß auf das, was Sie nachgefragt haben, geantwortet. Hätten Sie gefragt, welche Konzeption abgeschlossen, abgestimmt wir hätten, hätte ich mehr dazu sagen können. Das kann aber nachgeholt werden im Rahmen der Deputationsarbeit.

Sie haben die Antwort zur Frage 1 (10) als eine Diffamierung empfunden. Entschuldigung, wir haben nicht von niederen Berufen gesprochen. Das war die Auffassung der Fragesteller. Wir haben nur pflichtgemäß darauf geantwortet und unsere Meinung geäußert. Sie können uns nicht dafür verantwortlich machen, daß Sie so gefragt haben.

Ich halte das allerdings auch nicht für eine Diskreditierung oder Disqualifizierung, wenn wir so antworten, sondern es ging nur darum, auch gegenüber den ausländischen Arbeitnehmern eine sach- (D) liche Richtigstellung vorzunehmen. Denn manchmal habe ich den Eindruck, daß wir es nicht begreifen wollen, warum Tätigkeiten von ausländischen Arbeitnehmern heute noch in unserer Gesellschaft dort übernommen werden, wo deutsche Arbeitskräfte nicht zur Verfügung stehen. Lassen Sie mich das mal so zart ausdrücken, ohne das drastisch sagen zu wollen, woran ich dabei denke. Ich empfinde diese Tätigkeit nicht als einen niederen Beruf, ob das Müllwerker oder andere sind. Der Senator für das Bauwesen kann die klügsten Richtlinien herausgeben. Wenn es nicht Menschen gibt, die sich dieser Tätigkeit widmen, haben wir morgen die Pest in unserem Land. Deshalb ist das kein niederer Beruf.

(Starker Beifall)

Eine weitere Frage, die Frage der Mobilität! Hier herrscht offensichtlich ein Mißverständnis vor. Wir meinen nicht die Mobilität zwischen Nationen, sondern Mobilität zwischen Berufen und Wirtschaftsbereichen. Das haben wir damit gemeint. Und hier sind die ausländischen Arbeitnehmer nach Ablauf ihrer Verträge absolut in ihrer Mobilität wie deutsche Arbeitnehmer nicht eingeschränkt. Gottseidank, hier ist Freizügigkeit, und hier ist die Möglichkeit, daß, wenn man sich beruflich weiter- und fortgebildet hat, man durchaus höherwertige Arbeitsplätze annehmen kann. Und wir tun auch einiges auf dem Gebiet.

Nun, Herr Brasse, eine letzte Feststellung! Die Deputationen für Arbeit sowie für Wirtschaft und

(A) Außenhandel haben ein Fünfpunkteproggramm für die Frage der Industrieansiedlungspolitik beschlossen. Da wird darauf abgezielt, bei der Industrieansiedlungspolitik höherwertige Arbeitsplätze im Niveau wie im Einkommen in unserer Region zu schaffen. An der Arbeitsmarktstudie, die der Senator für Arbeit mit der Arbeiterkammer durchgeführt hat, ist zu erkennen, daß wir eine nachlassende Zahl von Berufsschülern haben und eine steigende Zahl von Schülerinnen und Schülern an weiterbildenden Schulen. Aus diesen Fakten kann man doch bereits heute die Schlußfolgerung ziehen, daß die berufliche Erwartung derjenigen, die weiterbildende Schulen besuchen, wann auch immer sie mit ihrer Berufsausbildung fertig sind, höherwertige Ansprüche an den Arbeitsmarkt, an den Arbeitsplatz stellen werden.

Wenn das bejaht wird — und das ist die politische Absicht —, dann werden wir uns eines Tages auch fragen müssen, daß, wenn ich diese Arbeitsplätze durch Industrieansiedlungsmaßnahmen geschaffen habe, daß es neben diesen höherwertigen, ich will nicht sagen niedere, sondern von den höherwertigen abhängige andere Arbeitsplätze gibt. Wie die zu besetzen sein werden, werden wir uns dann überlegen müssen. Ich bitte auch die FDP, bei der Frage des Zustroms ausländischer Arbeitnehmer an diese sich aus der politischen Absicht, verbesserte Arbeitsplätze zu schaffen, notwendige Schlußfolgerung zu denken.

(B) Ich kann Ihnen heute nicht schlüssig sagen, wie hoch die Zahl sein wird, aber eines kann ich Ihnen absolut schlüssig sagen: Wir liegen im Bundesmaßstab absolut noch unter dem Durchschnittsniveau, gemessen am Anteil der ausländischen Arbeitnehmer an der Zahl der Erwerbspersonen. Wir können uns auch mit vergleichbaren Ballungsgebieten hinsichtlich Einwohnerzahl und Industriestruktur vergleichen: Wir liegen niedrig. Aus dieser bisherigen Erkenntnis möchte ich zur Zeit mit aller Vorsicht schlußfolgern, daß, weil das Umland durch Freisetzungen in der Landwirtschaft noch viele Arbeitskräfte hergeben wird, daß diese Trendentwicklung, die wir haben werden, wenn wir dieses Ziel der Industrieansiedlungspolitik verfolgen, nicht mit einer stark steigenden Zuwanderung ausländischer Arbeitnehmer verbunden ist. (C)

Ich hoffe, daß wir auch in der Lage sein werden, einen Teil deutscher Unternehmer, bremischer Unternehmer anzureizen, verstärkt in den Ländern zu investieren, aus denen ausländische Arbeitnehmer kommen, damit sie sozial nicht entwurzelt werden, wenn sie zu lange hier bei uns sind. Das scheint mir im Interesse der Abgabeländer eine sinnvolle Politik zu sein. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

Präsident Dr. Klink: Als nächster steht jetzt auf der Rednerliste der Abgeordnete Urban. Wie lange brauchen Sie, Herr Urban?

(Abg. U r b a n [CDU]: Ich werde die Redezeit voll in Anspruch nehmen!)

Meine Damen und Herren, dann schlage ich Ihnen vor, daß wir entsprechend unserem Beschluß von vorhin verfahren, die Beratung jetzt unterbrechen und sie morgen fortsetzen. (D)

Ich berufe die Bürgerschaft (Landtag) für morgen, 9.15 Uhr, ein und schließe die heutige Sitzung.

(Schluß der Sitzung 18.38 Uhr)

(A) **Anhang zur Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) vom 5. September 1973 (35. Sitzung):** (C)

Betr.: Entnahme von Wasser zu Kühlzwecken aus der Weser.

Bezug: Zusatzfrage zur Anfrage der CDU-Fraktion im Rahmen der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) am 5. September 1973.

Auf die o. a. Zusatzfrage erteilt der Senat folgende Antwort:

Neben dem Erörterungstermin, zu dem Bremen geladen und in dem Bremen durch Beauftragte zweier Senatsressorts vertreten war, hat die zuständige niedersächsische Wasserbehörde weitere Erörterungstermine über denselben wasserrechtlichen Antrag mit anderen Beteiligten durchgeführt.

Die im Rahmen förmlicher Verwaltungsverfahren durchzuführenden Erörterungen sind nach den einschlägigen Gesetzen nicht öffentlich. Der Kreis der zu ladenden Beteiligten ist vielmehr gesetzlich festgelegt.

Die von der niedersächsischen Wasserbehörde vorgenommene Aufteilung der Erörterung der gegen den Antrag erhobenen Einwendungen, wobei jeweils sachlich gleichgelagerte Einwendungen mit den jeweiligen Beteiligten in (Teil-) Erörterungsterminen behandelt wurden, entspricht der allgemein üblichen Verwaltungspraxis. Bedenken gegen die Art der Aufteilung und die Aufteilung selbst können von Bremen nicht erhoben werden.

Entsprechend der gegebenen Rechtslage war Bremen zu diesen weiteren Erörterungsterminen nicht geladen und zur Teilnahme daran auch nicht berechtigt. Beauftragte des Senats waren in diesen weiteren Erörterungsterminen deshalb nicht anwesend.

(B) (D)

Druck: Hans Krohn, Bremen